

Dierk Hoffmann

Treuhandanstalt – Privatisierung – Öffentlichkeit. Eine Einführung

Ein Jahr nach dem Mauerfall machte eine Verkäuferin aus Ost-Berlin ihrem Unmut über die neue marktwirtschaftliche Ordnung Luft. In einem Zeitungsleserbrief schrieb sie: »Es ist gerade jetzt, da wir vor einem Jahr im November auf der Mauer saßen und gemeinsam mit den Westberlinern Sekt tranken, sehr bedrückend zu hören und zu lesen, wie ›bei uns‹ die Zahl der Arbeitslosen steigt und ›drüben‹ sinkt. So haben wir uns das damals nicht vorgestellt.«¹ Anschließend schilderte sie ihre konkreten Eindrücke von der Arbeitswelt, die sich innerhalb kürzester Zeit radikal verändert hatte. Empört zeigte sich die Verkäuferin über die Verdrängung ostdeutscher Produkte im Warensortiment, worüber sie aus eigener Erfahrung berichtete: »Wir hofften, daß wir unsere Produkte verbessern können und man uns dabei hilft. Statt dessen hat man sie [...] regelrecht aus den Kaufhallen und Geschäften gefegt, ihren weiteren Verbleib als Billigkonkurrenz verhindert.« In ihrer subjektiven Wahrnehmung kamen die bereits einsetzenden Transferzahlungen aus dem Westen bei den Betroffenen nicht an, sondern vergrößerten die soziale Ungleichheit: »Ist es richtig, daß das ganze viele Geld, diese irren Milliarden, die man uns in Bonn besorgt und geborgt hat, nicht schnell genug in die Kassen der Großen zurückfließen können? Und die ›Zinsen‹ müssen wir auch noch tragen.«

Der Leserbrief verdeutlicht erstens die hohen Erwartungshaltungen, die viele Menschen in Ostdeutschland an die Wiedervereinigung knüpf-

1 Leserbrief von Regine H., in: Neue Zeit vom 14.11.1990.

ten. Er unterstreicht zweitens die enorme Dynamik der Ereignisse, die schon bei den Zeitgenossen ein Gefühl der Überwältigung auslöste. Mit zunehmendem Abstand zum 3. Oktober 1990 fällt die Bilanz der deutschen Einheit in der Medienöffentlichkeit sogar noch kritischer aus. Zu den vorgetragenen Monita zählen etwa das nach wie vor bestehende Wohlstands- und Lohngefälle zwischen West- und Ostdeutschland, die vergleichsweise niedrigen Renten,² aber auch die fehlende Repräsentanz Ostdeutscher in den Funktionseliten.³ Im Mittelpunkt der Kritik steht nicht nur die Art und Weise, wie die Transformationsprozesse Anfang der 1990er-Jahre abgelaufen sind, sondern auch die Treuhandanstalt (THA) als zentrale Akteurin. Das Urteil über sie ist nahezu einhellig negativ: Die Behörde wurde in jüngster Zeit als »Kolonialbehörde«⁴ bzw. als »Symbol der Zerschlagung«⁵ bezeichnet. Kritiker haben die Privatisierungspolitik der Behörde etwa als »Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln« beschrieben.⁶ Sogar der Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) und die Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) mit Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten von Thüringen am 5. Februar 2020 werden mit ihr in Verbindung gebracht.⁷ Die Treuhandanstalt ist letztlich eine Projektionsfläche nicht nur für enttäuschte Hoffnungen, sondern auch für politische Interessen. Bei den Landtagswahlkämpfen 2019 in Branden-

2 Vgl. Johanna Weinhold: Die betrogene Generation. Der Kampf um die DDR-Zusatzrenten, Berlin 2021.

3 Vgl. Abschlussbericht der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« vom 8.12.2020, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/abschlussbericht-kommission-30-jahre.pdf> (Zugriff am 11.8.2021).

4 Kolonie Ost? Aspekte von »Kolonialisierung« in Ostdeutschland seit 1990, Tagung des Dresdner Instituts für Kulturstudien am 3./4.4.2019, <https://www.hsozkult.de/event/id/event-89268> (Zugriff am 5.7.2021).

5 Symbol der Zerschlagung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.5.2018.

6 Dietmar Bartsch: Die Treuhandwunde heilen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.6.2019.

7 Vgl. Sebastian Bähr: Glatze der Treuhand. Thomas Kemmerich – Erst unbekannt, dann gehasst, in: Neues Deutschland Online vom 7.2.2020, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1132566.thomas-kemmerich-glatze-der-treuhand.html> (Zugriff am 5.7.2021).

burg, Sachsen und Thüringen wurde sie zum Thema gemacht. Sowohl die Linkspartei als auch die AfD sprachen sich dafür aus, einen parlamentarischen Treuhand-Untersuchungsausschuss in Berlin bzw. in Erfurt einzurichten, obwohl es einen solchen Ausschuss bereits 1993/94 im Deutschen Bundestag gab. Während die beiden Parteien in Ostdeutschland um die Vorherrschaft als Regionalpartei ringen, nutzen auch wirtschaftsliberale Akteure die Erinnerung an die Behörde, um tagespolitische Forderungen zu untermauern. So warnte der CDU-Wirtschaftsrat die Bundesregierung Ende März 2020 vor einer »Treuhandanstalt 2.0«, die durch Staatsbeteiligungen an Unternehmen während der Coronakrise entstehen könne.⁸ Die hier skizzierten Debatten zeigen, dass sich die Ende 1994 offiziell aufgelöste Privatisierungsbehörde nach wie vor als Chiffre eignet, um politische Interessen zu artikulieren.

Die negativen Deutungen der Treuhandanstalt sind nicht neu, sondern gehen bis in die 1990er-Jahre zurück, als die Treuhand mit der Privatisierung der volkseigenen Betriebe der ehemaligen DDR beauftragt war. Sie beeinflussen die gegenwärtigen geschichtspolitischen Debatten immer noch stark. Daraus folgt, dass die Zeitgeschichte vor einer vierfachen Herausforderung steht: Erstens geht es darum, die Umbrüche der 1990er-Jahre als Problemerzeugungsgeschichte der Gegenwart (Hans Günter Hockerts) systematisch und differenziert zu untersuchen. Zweitens gilt es, die damit eng verbundenen geschichts- und erinnerungspolitischen Narrative zu dekonstruieren, die wegen der Sogwirkung öffentlicher Debatten auch auf die Wissenschaft einwirken.⁹ Drittens muss sie

8 Rheinische Post vom 25.3.2020, <https://www.presseportal.de/pm/30621/4555958> (Zugriff am 5.7.2021).

9 Zählleibige Legenden ranken sich bis heute auch um die Treuhandakten und das Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin (IfZ): Die damalige sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration Petra Köpping (SPD) behauptete in einem Interview, das IfZ habe die Treuhandakten erhalten, und beklagte sich darüber, dass die angebliche Aktenübernahme »still« und ohne öffentliche Ausschreibung erfolgt sei. Vgl. Kerstin Decker: Die Seelsorgerin, in: Der Tagesspiegel vom 8.10.2018. Dieselbe Journalistin stellte noch zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit die Behauptung auf, die Akten der Treuhandanstalt seien »auch heute nicht frei zugänglich«. Vgl. dies.: In einem verkauften Land, in: Der Tagesspiegel vom

die Vorstellung von 1989 als Zäsur hinterfragen und nach der Prägekraft der Erfahrungen der 1970er- und 1980er-Jahre für jene der 1990er-Jahre fragen.¹⁰ Viertens ist eine Verinselung des Untersuchungsgegenstands auf einen rein deutschen Bezugsrahmen tunlichst zu vermeiden. Denn der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft traf nicht nur die ehemalige DDR, sondern ganz Osteuropa. Die Transformation ist eine gesamteuropäische Geschichte, mit einer starken globalen Dimension – und ebenso starken nationalen Besonderheiten.

Die Treuhandanstalt stellte für die Marktwirtschaft westdeutscher Prägung ein ordnungspolitisches Novum dar, für das es kein Vorbild gab. Sie entzog sich von Anfang an einer klaren begrifflichen Einordnung, was vor allem mit dem expandierenden Aufgabenprofil und den Enttäuschungen zusammenhing, die viele ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger im Transformationsprozess sammelten. Zeitgenossen kennzeichneten die Treuhandanstalt schon früh mit schillernden Begriffen, die Funktion und Arbeitsweise der Sonderbehörde auf den Punkt bringen sollten. So war

4.7.2020. Auch manche Historikerin kann sich der Verschwörungstheorie nicht entziehen, die sich um die Treuhandakten gebildet hat. So ließ Kerstin Brückweh in einem Beitrag für die Bundeszentrale für politische Bildung den Eindruck entstehen, das IfZ habe einen privilegierten Zugang zu diesen Akten. Vgl. Kerstin Brückweh: Das vereinte Deutschland als zeithistorischer Forschungsgegenstand, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2020) B 28/29, S. 4–10, hier S. 9. Besonders wirkmächtig ist ein Zeitungsartikel des Bochumer Historikers Constantin Goschler, der insinuierte, das IfZ-Projekt folge »parteilichem Intentionen« und sei eine Gefälligkeitsarbeit für den damaligen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Vgl. Constantin Goschler: *Ruinöser Ausverkauf oder alternativloser Umbau?*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24.1.2017. Dieses Narrativ verbreitete auch sein Doktorand Marcus Böick. Vgl. Marcus Böick: *Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994*, Bonn 2018, S. 71. Die Unterstellung fand auch Eingang in die Streitschrift von Petra Köpping. Vgl. dies.: *Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten*, Berlin 2018, S. 39f. Goschlers FAZ-Artikel war offenbar auch Anstoß für eine Sendung des politischen Kabarets im ZDF. Vgl. *Die Anstalt* vom 5.11.2019 (»Die Abwicklung der DDR – 30 Jahre Mauerfall«), <https://www.claus-von-wagner.de/tv/anstalt/20191105-30-jahre-mauerfall> (Zugriff am 19.10.2021).

10 Aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive: Kerstin Brückweh/Clemens Villinger/Kathrin Zöller (Hg.): *Die lange Geschichte der »Wende«*. *Geschichtswissenschaft im Dialog*, Berlin 2020.

etwa von einem »Staat im Staate« die Rede.¹¹ Altbundeskanzler Helmut Schmidt sah in der Anstalt eine »überaus mächtige, mit großen Kompetenzen und Finanzmitteln ausgestattete Nebenregierung«.¹² Das Negativurteil, das sich in der Öffentlichkeit rasch durchsetzte, schlug sich auch in den Buchtiteln zahlreicher Publikationen nieder, die Anfang der 1990er-Jahre erschienen.¹³ Der vorliegende Band bündelt nicht nur wichtige Ergebnisse eines großen Forschungsprojekts des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin,¹⁴ sondern greift weiterführende Fragestellungen auf, die im Mittelpunkt sowohl wissenschaftlicher als auch öffentlicher Debatten stehen. Dabei wird zunächst von der These ausgegangen, dass es sich bei der Treuhandanstalt um eine überforderte Behörde handelte, die vonseiten der Politik zahlreiche Aufgaben zugewiesen bekam und die von Anfang an unter einem beträchtlichen Erwartungsdruck der Öffentlich-

11 Irrwege im Niemandsland, in: Der Spiegel vom 4.3.1991.

12 Helmut Schmidt: Handeln für Deutschland. Wege aus der Krise, Berlin 1993, S. 32.

13 Peter Christ/Ralf Neubauer: Kolonie im eigenen Land. Die Treuhand, Bonn und die Wirtschaftskatastrophe der fünf neuen Länder, Berlin 1991; Heinz Suhr: Der Treuhandskandal. Wie Ostdeutschland geschlachtet wurde, Frankfurt am Main 1991; Martin Flug: Treuhand-Poker. Die Mechanismen des Ausverkaufs, Berlin 1992; Rüdiger Liedtke (Hg.): Die Treuhand und die zweite Enteignung der Ostdeutschen, München 1993.

14 Dierk Hoffmann: Im Laboratorium der Marktwirtschaft: Zur Geschichte der Treuhandanstalt 1989/90 bis 1994. Ein neues Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 66 (2018), S. 167–185. In der Zwischenzeit sind bereits andere Studien erschienen, die auf der Auswertung von Treuhandakten basieren. Vgl. Louis Pahlow/André Steiner: Die Carl-Zeiss-Stiftung in Wiedervereinigung und Globalisierung 1989 bis 2004, Göttingen 2017; Norbert F. Pötzl: Der Treuhand-Komplex. Legenden – Fakten – Emotionen, Hamburg 2019. Dagegen führt Marcus Böick im Archivverzeichnis seiner Dissertation (wie Anm. 9) den Treuhandaktenbestand (B 412) zwar auf, ohne aus ihm aber zu zitieren. Der von ihm angegebene Aktenbestand des Treuhand-Untersuchungsausschusses (THAUA, im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags) wurde erst nach der Drucklegung allgemein öffentlich zugänglich gemacht. Das hat manchen Rezensenten jedoch nicht davon abgehalten, die vermeintliche Auswertung unveröffentlicher Archivalien, insbesondere der Treuhandakten, ausdrücklich hervorzuheben. Vgl. Rezension von Alexander Leipold, in: Neue Politische Literatur (2020), S. 568–570; Rezension von Werner Bühner, in: Francia-Recensio 2020, DOI: 10.11588/frrec.2020.1.71624 (Zugriff am 30.5.2022).

keit stand. Hinzu kamen die enorme zeitliche Dynamik und die rasch auftretenden Folgen der Privatisierungspolitik, die den Handlungsspielraum der Behörde immer wieder neu bestimmten. Daraus ergab sich ein hochgradig komplexes und ein sich dynamisch veränderndes Kräftefeld bzw. Setting, in dem die Treuhandanstalt agierte. Ziel des Bandes ist nicht die enzyklopädische Darstellung aller Tätigkeitsfelder der Treuhandanstalt, sondern eine exemplarische Auswahl einzelner, relevanter Themenfelder, in deren Mittelpunkt das ambivalente und spannungsreiche Wechselverhältnis zwischen Treuhandanstalt und Transformationsgesellschaft steht.¹⁵

1. Zwischen friedlicher Revolution 1989 und deutscher Einheit 1990: Selbstermächtigung und Entstaatlichung

Selbstermächtigung und Selbstdemokratisierung

Mit dem Mauerfall am 9. November 1989 war für die Zeitgenossen in Ost und West nicht absehbar, dass am 1. Juli 1990 die Einführung der Marktwirtschaft in der noch bestehenden DDR und am 3. Oktober die staatliche Einheit Deutschlands kommen würde. Innerhalb von wenigen Monaten veränderte sich für die Menschen in der DDR nahezu vollständig das politische, wirtschaftliche und soziale Koordinatensystem. Mit

15 Der Begriff »Transformationsgesellschaft« tauchte bereits im Untertitel der 2019 publizierten Studie von Steffen Mau über Lütten Klein auf. Vgl. außerdem Michael Schwartz: Transformationsgesellschaft. DDR-Geschichte im vereinigten Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 69 (2021), S. 346–360. Dagegen ist der von Thomas Großbölting eingeführte Begriff der Wiedervereinigungsgesellschaft zeitlich sehr viel enger gefasst, zumal er ähnlich verlaufende sozioökonomische Prozesse in Osteuropa beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft unberücksichtigt lässt. Vgl. Thomas Großbölting: Wiedervereinigungsgesellschaft. Aufbruch und Entgrenzung in Deutschland seit 1989/90, Bonn 2020.

der friedlichen Revolution im Herbst 1989 setzte zunächst ein Prozess der Selbstermächtigung und Selbstdemokratisierung ein, der immer mehr offene gesellschaftliche Debatten ermöglichte.¹⁶ Das zeigte sich nicht nur bei den Montagsdemonstrationen auf den Straßen vieler ostdeutscher Städte, sondern auch in den volkseigenen Betrieben und Kombinat. Eine Statistik des DDR-Innenministeriums registrierte zwischen August 1989 und April 1990 landesweit 206 Streiks und zwölf Betriebsbesetzungen.¹⁷ Betriebliche Proteste, die nach dem Mauerfall am 9. November 1989 verstärkt einsetzten,¹⁸ richteten sich anfangs gegen die Versorgungsmängel der Planwirtschaft und schlossen dabei Kritik an Werks- und Betriebsleitern mit ein. Bei den Forderungen ging es auch um Fragen der sozialen Ungleichheit in den Betrieben, so zum Beispiel die bisherige Praxis bei der Vergabe von Ferienplätzen und Kuren sowie der Pkw-Zuteilung.¹⁹ Darüber hinaus stellten immer mehr Beschäftigte die Legitimation der offiziellen Gewerkschaften – Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) und

16 Dabei zeigten sich aber auch schon Verwerfungen innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft. Zum Gegensatz zwischen Bürgerrechtsbewegung und Intellektuellen auf der einen und Protestbewegung auf der anderen Seite: Detlef Pollack: Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute, Bielefeld 2020, S. 100–104.

17 Vgl. Bernd Gehrke: Die »Wende«-Streiks. Eine erste Skizze, in: Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannt Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokumente, Berlin 2001, S. 247–270, hier S. 247.

18 Dagegen setzt Detlev Brunner den Beginn der Protestbewegung erst im Vorfeld des Staatsvertrags vom 18. Mai 1990 an. Vgl. Detlev Brunner: Auf dem Weg zur »inneren Einheit«? Transformation und Protest in den 1990er-Jahren, in: Marcus Böick/Constantin Goshler/Ralph Jessen (Hg.): Jahrbuch Deutsche Einheit 2020, Berlin 2020, S. 169–186, hier S. 171. Vgl. zur Protestkultur in Ostdeutschland den Beitrag von Christian Rau im vorliegenden Band.

19 Vgl. Jessica Elsner: Enttäuschte Hoffnung. Soziale Ungleichheit im Automobilwerk Eisenach in der Transformationszeit (1989–91), in: Dierk Hoffmann (Hg.): Transformation einer Volkswirtschaft. Neue Forschungen zur Geschichte der Treuhandanstalt, Berlin 2020, S. 174–187, hier S. 175–177. Allgemein zu den betrieblichen Protesten: Ilko-Sascha Kowalczyk: Revolution ohne Arbeiter? Die Ereignisse 1989/90, in: Peter Hübner (Hg.): Arbeit, Arbeiter und Technik in der DDR 1971 bis 1989. Zwischen Fordismus und digitaler Revolution, Bonn 2014, S. 537–610, hier S. 586–592.

Industriegewerkschaften – infrage und forderten die Gründung unabhängiger Gewerkschaften. Schließlich bildeten sich in einigen Betrieben Initiativgruppen, die unter anderem für das Streikrecht und freie Wahlen eintraten.²⁰

Wirtschaftliche Prognosen in Ost und West

Das Produktivitäts- und Wohlstandsgefälle zwischen West- und Ostdeutschland war bereits vor 1989 ein offenes Geheimnis. Die durch den Mauerfall zutage getretenen Wirtschaftsprobleme waren für die ostdeutschen Wirtschaftsexperten nicht völlig überraschend. Um das DDR-Außenhandelsdefizit und das Problem des chronischen Devisenmangels in den Griff zu bekommen, hatte SED-Generalsekretär Erich Honecker 1979 sogar die Erhöhung der Konsumgüterpreise in Erwägung gezogen; Einschnitte im sozial- und konsumpolitischen Bereich schienen kurzzeitig unausweichlich zu sein.²¹ Doch Ost-Berlin hielt bekanntlich am Kurs des Konsumsozialismus fest.²² Ende Oktober 1989 lag der neuen SED-Führung um Egon Krenz eine interne Analyse der Wirtschaftslage vor, die von der Staatlichen Plankommission (SPK) stammte und die Fehler der Planwirtschaft schonungslos benannte. Angesichts der steigenden Westverschuldung wurde eine Wirtschaftsreform gefordert, die jedoch vage blieb und über das in den 1960er-Jahren entwickelte Konzept (Neues Ökono-

20 Aufruf der »Initiative zur demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft«, Initiativgruppe von Arbeitern aus dem VEB ELGAWA, Plauen o.D. [Anfang Oktober 1989], in: Gehrke/Hürtgen (Hg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989 (wie Anm. 17), S. 337.

21 Vgl. Peter Skyba: Sozialpolitik als Herrschaftssicherung. Entscheidungsprozesse und Folgen in der DDR der siebziger Jahre, in: Clemens Vollnhals/Jürgen Weber (Hg.): Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München 2002, S. 39–80, hier S. 65 f.

22 Vgl. Andreas Malycha: Die SED in der Ära Honecker. Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971 bis 1989, München 2014, S. 6.

misches System der Planung und Leitung) nicht wesentlich hinausging.²³ Um die Zahlungsunfähigkeit und eine damit verbundene Senkung des Lebensstandards um bis zu 30 Prozent zu verhindern, schlug die SPK als Ausweg vor, Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Gewährung neuer Kredite aufzunehmen. Im Gegenzug sollte angeboten werden, dass »noch in diesem Jahrhundert solche Bedingungen geschaffen werden könnten, die heute existierende Form der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig zu machen.«²⁴ Mit dem Fall der Mauer zehn Tage später war diesem im Konjunktiv formulierten Vorschlag jedoch jede Grundlage entzogen.

Mit dem Mauerfall am 9. November 1989 verschwand das Außenhandels- und Devisenmonopol, das die SED-Führung rund 40 Jahre besessen hatte. Westliche Waren konnten nun nahezu ungehindert in die DDR gelangen, und die westdeutsche D-Mark entwickelte sich von einer heimlichen Währung zu einer faktischen Leitwährung. Mehrere Zeitungen berichteten Anfang 1990 übereinstimmend, dass ein geschäftstüchtiger Erfurter Gemüsehändler Südfrüchte, die er im benachbarten Nordhessen bezog, nur noch gegen harte D-Mark verkaufte, nachdem er vom zuständigen Rat des Bezirkes eine »Genehmigung zur Annahme fremder Währungen« erhalten hatte.²⁵ Der Verlust der Währungshoheit hatte gravierende Folgen für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der noch bestehenden DDR. Westdeutsche Wirtschaftsexperten machten frühzeitig auf die gewaltigen ökonomischen Risiken aufmerksam. So betonte der wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium in einem Kurzgutachten am 18. November 1989, dass durch die Öffnung

23 Vgl. André Steiner: Die DDR-Volkswirtschaft am Ende, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 112–129, hier S. 118.

24 Zit. nach Hans-Hermann Hertle: Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, in: Theo Pirker/M. Rainer Lepsius/Rainer Weinert/Hans-Hermann Hertle: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S. 309–345, hier S. 344 f.

25 Zit. nach Antje Taffelt: Handel im Wandel, in: Christoph Links/Sybille Nitsche/Antje Taffelt: Das wunderbare Jahr der Anarchie. Von der Kraft des zivilen Ungehorsams 1989/90, Berlin ²2009, S. 127–133, hier S. 130.

der Grenze nach Westen »die latente Wirtschaftskrise dort [in der DDR] sichtbar geworden« sei.²⁶ Daraus ergebe sich für beide deutsche Staaten ein »hoher Entscheidungsdruck«. Um eine Antwort auf die massenhafte Abwanderung von Ost- nach Westdeutschland zu finden,²⁷ welche die »Lebensfähigkeit der DDR« bedrohe, komme es auf eine entscheidende Verbesserung »der Gesamtheit der dortigen Lebensbedingungen« an.²⁸ Dazu sei eine grundlegende Reform des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR notwendig. Wenige Tage später prognostizierte die Deutsche Bundesbank in einem umfangreichen Positionspapier eine Zuspitzung der wirtschaftlichen Probleme in der DDR durch die Grenzöffnung. Den Frankfurter Währungshütern bereitete vor allem die Instabilität der DDR-Mark große Sorgen, gingen sie doch von einem weiter stark sinkenden Wechselkurs der ostdeutschen Währung und einem knapper werdenden Warenangebot in der DDR aus: »Die im Westen gegen D-Mark umgetauschten DDR-Banknoten strömen illegal in die DDR zurück und werden von Ausländern, Westberlinern, aber auch von DDR-Bürgern benutzt, um in großen Mengen billige DDR-Produkte aufzukaufen.«²⁹ Gleichzeitig warnte die Bundesbank davor, das westdeutsche Wirtschaftsmodell zu kopieren, denn die Neuausrichtung der ostdeutschen Wirtschaft in Richtung Marktwirtschaft sei ein vielschichtiger Prozess.

26 Vorläufiger Entwurf (»Wirtschaftspolitische Herausforderungen der Bundesrepublik im Verhältnis zur DDR«) des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, 18.11.1989, S. 1, Archiv Grünes Gedächtnis (künftig: AGG), B.II.1, Nr. 1722, unfol.

27 Die Zahl der Menschen, die der DDR im November 1989 den Rücken kehrten, lag bei insgesamt 73 408. Vgl. Steiner: Die DDR-Volkswirtschaft am Ende (wie Anm. 23), S. 120.

28 Vorläufiger Entwurf (»Wirtschaftspolitische Herausforderungen der Bundesrepublik im Verhältnis zur DDR«) des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, 18.11.1989, ebd., S. 2, AGG, B.II.1, Bd. 1722. Die Arbeitsproduktivität der ostdeutschen Betriebe lag nach Einschätzung des Beirats um mehr als die Hälfte unter der der westdeutschen. Vgl. ebd., S. 4.

29 Deutsche Bundesbank, Positionspapier: Ansätze für eine Wirtschaftsreform in der DDR und begleitende Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik, o.D. [Ende November 1989], Bundesarchiv Berlin (künftig: BArch Berlin), B 102/714614, Teil 1, Bl. 15–53, hier Bl. 19.

Während sich west- und ostdeutsche Experten in der Diagnose über den wirtschaftlichen Zustand der DDR weitgehend einig waren, ergaben sich schon bald unterschiedliche Lösungsansätze. Auf Einladung der Bürgerbewegung »Neues Forum« trafen sich am 27./28. Januar 1990 etwa 250 Wirtschaftswissenschaftler, Unternehmer und Politiker aus beiden deutschen Staaten, um über eine Wirtschaftsreform in der DDR zu diskutieren.³⁰ Dabei herrschte zwar Konsens über den immensen Kapitalbedarf, den die volkseigenen Betriebe für dringend benötigte Investitionen hatten und der mit 900 Milliarden DM beziffert wurde. Die ostdeutschen Teilnehmer äußerten jedoch Vorbehalte gegen einen freien Kapitalzufluss von außen, denn sie befürchteten die Einführung von marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der DDR und damit eine frühzeitige Festlegung auf das westliche Wirtschaftssystem. Ein dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus schien für sie dann nicht mehr möglich zu sein. Dagegen mussten die Teilnehmer aus der Bundesrepublik in der kontrovers geführten Diskussion erkennen, dass die »soziale Problematik umfassend integriert werden muss«, wie das sehr knapp gehaltene Protokoll ausdrücklich festhielt.³¹

Die letzte SED-Regierung unter Ministerpräsident Hans Modrow verfügte von Anfang an über einen geringen Handlungsspielraum, was nicht nur mit der Hypothek einer gescheiterten Wirtschaftspolitik vor 1989, sondern auch mit der Dynamik der Ereignisse seit dem Mauerfall am 9. November zusammenhing. Die Reformversuche unter Wirtschaftsministerin Christa Luft (SED) sahen zwar eine stufenweise Einführung von marktwirtschaftlichen Elementen vor, die allerdings erst 1993 voll wirksam werden sollten.³² Schon Anfang 1990 befürchteten die DDR-Wirtschafts-

30 Auf dieser Grundlage erarbeitete das Neue Forum (Fachbereich Wirtschaft) am 2. Februar 1990 eine Vorlage zur Wirtschaftspolitik für den zentralen Runden Tisch. Vgl. AGG, A – Werner Schulz, Nr. 99.

31 Ebd. Der zentrale Runde Tisch beschloss daraufhin am 5. März 1990 eine Sozialcharta, die sich an die Bonner Regierung richtete und rechtlich einklagbare soziale Standards enthielt. Vgl. dazu Francesca Weil: *Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR*, Göttingen 2011, S. 53.

32 Vgl. Steiner: *Die DDR-Volkswirtschaft am Ende* (wie Anm. 23), S. 125 f.

experten gravierende Veränderungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt. Das in der Verfassung garantierte Recht auf Arbeit sei »zunehmend schwieriger [...] zu verwirklichen«.³³ Durch Umbau bzw. Auflösung von Teilen des DDR-Verwaltungsapparats hätten rund 110 000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren, von denen nur etwa 60 000 berufsfremd wieder eingesetzt werden konnten. Ein wesentliches Problem bestehe darin, dass die »Berufsstruktur der bisher freigesetzten Arbeitskräfte [...] nicht mit den Qualifizierungsanforderungen der freien Arbeitsplätze übereinstimmt«. Die Analyse der DDR-Regierung erfasste die Umwälzungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt, die schon Monate vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion begannen. Auslöser dafür war ein Rückgang der industriellen Produktion im Januar 1990 um 6,3 Prozent,³⁴ der auf einen Arbeitskräfterrückgang, Arbeitsniederlegungen und einen Steuerungsverlust der nach wie vor geltenden Wirtschaftspläne zurückzuführen war. Die Modrow-Regierung bekam diesen Abwärtstrend nicht mehr in den Griff. Eine Umfrage unter DDR-Bürgern zeigte Ende Januar 1990, dass die Mehrheit der Befragten bessere Lebensbedingungen in der Bundesrepublik und nicht mehr in der DDR erwartete.³⁵ Gleichzeitig stieg die Zahl der sogenannten Übersiedler wieder leicht an: Im Januar und Februar 1990 verließen 137 000 Menschen die DDR.

Der Westen als Problemlöser

Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) hatte seit dem Mauerfall umfassende Wirtschaftshilfen immer von der Bereitschaft Ost-Berlins zu grundlegenden politischen und wirtschaftlichen

33 Ministerrat der DDR, Zielstellung, Grundrichtungen, Etappen und unmittelbare Maßnahmen der Wirtschaftsreform in weiterer Verwirklichung der Regierungserklärung vom 17.11.1989, 1.2.1990, BArch Berlin, B 102/714614, Teil 1, Bl. 66–125, hier Bl. 102.

34 Vgl. Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998, S. 128.

35 Vgl. ebd., S. 129.

Reformen abhängig gemacht. An diesem Kurs hielt man grundsätzlich fest, wie Hans Modrow bei seinem Besuch in Bonn am 13. Februar 1990 erneut feststellen musste. Anfang März beschäftigte sich das Bundeswirtschaftsministerium bereits mit der Frage, wie die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrie gesichert werden könnte. Es ging davon aus, dass die DDR-Betriebe bei einem noch zu schaffenden einheitlichen Wirtschaftsgebiet »scharfen Wind aus der Bundesrepublik und anderen Ländern zu spüren bekommen« würden.³⁶ Konkrete Vorschläge betrafen die Ausweitung des Kreditprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für Existenzgründungen (sechs Milliarden DM), ein Infrastrukturprogramm für Grenzregionen (200 Millionen DM in zwei Jahren) und ein Infrastrukturprogramm (fünf Milliarden DM für fünf Jahre).³⁷ Obwohl das Bundeswirtschaftsministerium einen massiven Abbau von Arbeitsplätzen in nahezu allen Wirtschaftsbranchen der DDR befürchtete, ging es offenbar davon aus, die Probleme mit dem bestehenden wirtschaftspolitischen Instrumentarium bewältigen zu können. Nachdem sich in Bonn Anfang 1990 immer mehr die Einsicht durchgesetzt hatte, dass aufgrund der ökonomischen Krise in der DDR eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen beiden deutschen Staaten unausweichlich war,³⁸ bereitete sich neben dem Bundesfinanzministerium auch das Bundeswirtschaftsministerium auf das Szenario vor. Angesichts der schlechten Aussichten für den DDR-Arbeitsmarkt schlugen die Mitarbeiter von Wirtschaftsminister Helmut Haussmann (FDP) vor, »im Haushalt der DDR bzw. des Bundes die notwendigen Mittel in Form eines vorbereite-

36 BMWi, Anlage 1: Erleichterungen der Strukturanpassung in der DDR, 7.3.1990, BArch Berlin, B 102/714614, Teil 2, Bl. 455–457, hier Bl. 457.

37 Das Bundeswirtschaftsministerium entwickelte außerdem mit dem Bundesarbeitsministerium Pläne zur Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der DDR und stellte dafür 65 Millionen DM für 1990 bereit. Vgl. MR [Ministerialrat] Dr. Pieper, Vermerk für Abteilungsleiter I, o. D., BArch Berlin, B 102/714614, Teil 2, Bl. 478–482.

38 Dazu detailliert Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (wie Anm. 34), S. 151–188.

ten Eventualhaushaltes vorzusehen«.³⁹ Dabei war sich die im Ministerium zuständige Arbeitsgruppe über die Risiken einer rasch zu bildenden Wirtschaftsgemeinschaft im Unklaren (»ökonomisch verkraftbar?«).⁴⁰

Es deutet vieles darauf hin, dass das weitverbreitete Bild, in Bonn habe Anfang 1990 die Stunde der Exekutive geschlagen, modifiziert werden muss.⁴¹ Im Gegenteil: Die Bundesregierung war vielmehr Getriebene der politischen Ereignisse in der DDR und musste insbesondere auf den anhaltenden Übersiedlerstrom und die medial geführte Debatte über die damit verbundenen Kosten für die westdeutschen Sozialsysteme reagieren. Die rasche Einführung der D-Mark in der DDR erschien den politischen Akteuren als probates Mittel, um Stabilität in West und Ost zu erzeugen. Dagegen trat die ursprüngliche Überlegung, zeitgleich Wirtschaftsreformen in der DDR einzuleiten, um einen stufenweisen Übergang zu einer deutsch-deutschen Wirtschaftsgemeinschaft zu garantieren, immer mehr in den Hintergrund. Eine kontrollierte und über einen längeren Zeitraum gestreckte Angleichung der ostdeutschen Wirtschaft an marktwirtschaftliche Prinzipien, die von den Wirtschaftsexperten gefordert worden war, schien kaum noch realistisch zu sein, zumal der genauso überraschende wie eindeutige Ausgang der freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 allgemein als Plebiszit für eine schnelle Vereinigung gewertet wurde. So erklärt sich im Übrigen auch die Entscheidung für die Währungsumstellung am 1. Juli 1990: Löhne, Gehälter und andere Einkommen (Renten) waren mit einem Kurs von 1:1 umzustellen; sonstige Forderungen und Verbindlichkeiten unterlagen in der Regel einem Umrechnungskurs von 2:1. Der politisch gefundene Kompromiss, der den hohen Erwartungen der ostdeutschen Bevölkerung Rechnung trug und als Wertschätzung

39 Denkschrift (»Noch zu behandelnde Probleme im Zusammenhang mit der Einführung der Währungsunion und Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft in der DDR«), 2.4.1990, BArch Berlin, B 102/714614, Teil 2, Bl. 447–452, hier Bl. 448.

40 Arbeitsgruppe Innerdeutsche Beziehungen, Notiz für das Gespräch beim Bundeskanzler am 5.4.1990, 4.4.1990, BArch Berlin, B 102/714614, Teil 2, Bl. 464–468, hier Bl. 465.

41 So aber Großböling: Wiedervereinigungsgesellschaft (wie Anm. 15), S. 117.

der Lebensleistung der Ostdeutschen verstanden werden kann,⁴² widersprach den ökonomischen Rahmendaten und den Empfehlungen vieler Wirtschaftsexperten.

Nach dem Mauerfall wurden westdeutsche Politiker auch bei ihren Reisen in die DDR mit den akuten wirtschaftlichen und sozialen Problemen vor Ort konfrontiert.⁴³ Nachdem der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) von seiner Reise nach Dresden am 10./11. Dezember 1989 zurückgekehrt war, wurde das Sozialministerium in Stuttgart damit beauftragt, ein Sofortprogramm in Höhe von 1,5 Millionen DM vorzubereiten, um dem Gesundheitswesen und der Altenpflege in der Elbmetropole mit dringend benötigten Medikamenten und medizinischen Geräten unter die Arme zu greifen. Die baden-württembergische Landesregierung entwickelte sich ab Anfang 1990 für viele Krankenhäuser und Ärzte in Sachsen zum ersehnten Problemlöser: So wurde das Stuttgarter Sozialministerium darum gebeten, Verbandsmaterial und Medizintechnik zu liefern, aber auch Fachpersonal zur Verfügung zu stellen und bei der Sanierung maroder Kliniken behilflich zu sein. Manche Klinikleitung befürchtete in Sachsen offenbar einen Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung. Hilfe erhoffte man sich nicht mehr von der Modrow-Regierung in Ost-Berlin, sondern von einem westdeutschen Bundesland. In Stuttgart wurden rasch Stimmen laut, die vor allzu großen Erwartungen warnten. Aus Sicht eines Ministerialbeamten war die DDR »zunehmend ein Fass ohne Boden«.⁴⁴ Und der Präsident

42 Dieser Befund taucht in der aktuellen Debatte über eine vermeintlich fehlende Wertschätzung der Lebensleistung der ostdeutschen Bevölkerung nicht auf. Vgl. Wolfgang Engler/Jana Hensel: Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein, Berlin 2018; Köpping: Integriert doch erst mal uns! (wie Anm. 9); Thomas Oberender: Empowerment Ost. Wie wir zusammen wachsen, Stuttgart 2020; Cerstin Gammelin: Die Unterschätzten. Wie der Osten die deutsche Politik bestimmt, Berlin 2021.

43 Vgl. zum Folgenden Dierk Hoffmann: Übernahme? Die Rolle der alten Bundesländer beim »Aufbau Ost«. Austausch- und Transferprozesse am Beispiel Baden-Württembergs und Sachsens 1989/90, in: Ilko-Sascha Kowalczyk/Frank Ebert/Holger Kulick (Hg.): (Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes. Teil I: 1989 bis heute, Berlin/Bonn 2021, S. 257–266, hier S. 259 f.

44 Notiz Dr. Zeller für Ministerin Barbara Schäfer (CDU), 12.4.1990, Hauptstaatsarchiv Stuttgart (künftig: HStA Stuttgart), EA 8/603, Bü 50/24.

des Baden-Württembergischen Handwerkstags wies darauf hin, dass »von Woche zu Woche die Diskrepanz zwischen unseren Hilfsmöglichkeiten und dem Unterstützungsbedarf i[n] Sachsen« zunehme.⁴⁵

Auch andere westdeutsche staatliche Akteure erhielten Anfragen aus der DDR. So wandte sich der Bürgermeister der Stadt Kemberg (Bezirk Halle) im Sommer 1990 hilfesuchend an das Bundeswirtschaftsministerium. In der Kleinstadt gab es offenbar weder eine zentrale Trinkwasserversorgung noch ein zentrales Entwässerungssystem. Die Bürger mussten sich – wie beigefügte Fotos belegten – über Handständerpumpen mit Wasser versorgen und die Abwässer flossen teilweise auf die Straßen. Um eine drohende Verseuchung des Trinkwassers zu verhindern, sei die Modernisierung der entsprechenden Anlagen »für die Existenz unserer Stadt und die Gesundheit unserer Bürger« von großer Bedeutung.⁴⁶ Adressat war wieder nicht die ostdeutsche Bezirksverwaltung oder die DDR-Regierung in Ost-Berlin, sondern in diesem Fall ein Bonner Ministerium. Die beiden Beispiele zeigen eine Entstaatlichung in der DDR auf zentraler Ebene, die ein politisches Vakuum erzeugte. Denn mit dem Mauerfall stieg vorübergehend die Bedeutung von Kommunalpolitikern, die mit den tagtäglichen Problemen der ostdeutschen Bevölkerung konfrontiert waren und die ihre Nöte an Amtsträger im Westen richteten. Der Entstaatlichungsprozess erklärt letztlich auch die Geschwindigkeit, mit der das westdeutsche Wirtschafts- und Sozialsystem 1990 auf Ostdeutschland übertragen wurde. Mit anderen Worten: Die Entstaatlichung der DDR und der Transfer des westdeutschen Modells sind zwei Seiten einer Medaille. Die Kennzeichnung dieses dynamischen Prozesses mit dem Begriff »Übernahme« kaschiert diesen Zusammenhang und suggeriert einen

45 Rudolf Ruf an Ministerin Barbara Schäfer, 28.3.1990, ebd.

46 Rat der Stadt Kemberg an Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann, 14.8.1990, BArch Berlin, B 102/703596, unfol. Im BMWi reagierte man etwas ratlos: »[F]inanzielle Möglichkeiten des Bundes zur Unterstützung von Gemeinden für derartige Projekte« seien nicht bekannt. Handschriftlicher Vermerk auf dem Brief, ebd.

ausgefeilten Masterplan, den es so nicht gegeben hat.⁴⁷ Der zunehmende Kontrollverlust, der für die DDR-Regierung im Osten Deutschlands zu konstatieren war, schien auch den Sozialstaat in der Bundesrepublik zu erfassen: Nach Angaben des Arbeitsministers von Nordrhein-Westfalen, Hermann Heinemann (SPD), hatte die Gewerbeaufsicht des Landes bereits im September 1990 in Dutzenden von Fällen illegale Leiharbeit mit Arbeitern aus der noch bestehenden DDR auf Großbaustellen festgestellt.⁴⁸

Aufgrund der zahlreichen Anfragen aus der DDR zur Verbesserung der Infrastruktur, die ab Ende 1989 auf den Schreibtischen der Ministerien in Bonn bzw. in den westdeutschen Landeshauptstädten landeten, bemühte sich das Bundeswirtschaftsministerium darum, die staatlichen Hilfsmaßnahmen zu koordinieren. Dazu wurde auf ein Instrument zurückgegriffen, das sich im Westen bereits bewährt hatte. Die Rede ist von der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur«, mit der in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre jährlich 300 Millionen DM für ein Fördergebiet mit rund 18 Millionen Einwohnern ausgegeben worden waren. Für die Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur in der DDR rechnete das Ministerium zunächst mit einem jährlichen Finanzbedarf von

47 So aber Ilko-Sascha Kowalczyk: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019; Steffen Mau: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin 2019, S. 133–137. Das Narrativ der Übernahme durchzieht auch zahlreiche publizistische Veröffentlichungen in der jüngsten Zeit. Vgl. etwa Engler/Hensel: Wer wir sind (wie Anm. 42); Köpping: Integriert doch erst mal uns! (wie Anm. 9); Oberender: Empowerment Ost (wie Anm. 42); Gammelein: Die Unterschätzten (wie Anm. 42).

48 Vgl. Blüm erteilt Bundesanstalt für Arbeit Prüfauftrag. Baugewerkschaft bestätigt Hinweise auf illegale Leiharbeit, in: Handelsblatt vom 26.9.1990. Der Verdienst lag nur bei einem Drittel der Löhne und Gehälter der westdeutschen Beschäftigten. Vgl. DDR-Leiharbeiter als Billigkräfte in der BRD, in: Die Tageszeitung vom 26.9.1990. Die DDR hatte in den 1980er-Jahren gegen harte Devisen Bauarbeiter in den Westen verliehen, die Dumpinglöhne erhielten und für die keine Sozialversicherungsbeiträge eingezahlt werden mussten. Nutznießer dieser Aktion waren nicht die ostdeutschen Leiharbeiter, sondern die DDR-Außenhandelsfirmen. Vgl. Wie Bronneputzer. Gegen harte Devisen verleiht die DDR Bauarbeiter in den Westen, in: Der Spiegel vom 20.11.1983, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1983-47.html> (Zugriff am 19.7.2021).

einer Milliarde DM.⁴⁹ Dabei ging man davon aus, dass sich die DDR mit einem ebenso hohen Eigenbetrag an der Durchführung der Maßnahmen beteiligen würde. Da das gewählte Finanzvolumen von Anfang an zu gering erschien, kalkulierten die Ministerialbeamten eine Mittelerhöhung ein, »um die dringenden Engpässe an wirtschaftsnaher Infrastruktur zu beseitigen«. Darüber hinaus sollten in etwa acht ausgewählte Regionen der DDR Expertenteams geschickt werden, um bei der Erarbeitung entsprechender Konzepte vor Ort behilflich zu sein.⁵⁰ Bei der Auswahl der Regionen seien »die verschiedenen Problemkategorien, die künftige Länderstruktur und die Signalwirkung« zu berücksichtigen. Nach Einschätzung des Ministeriums reichten die vorgeschlagenen Maßnahmen jedoch nicht aus, um den »Zusammenbruch großer Kombinate« zu verhindern.⁵¹ Falls die DDR das wirtschaftliche Problem allein nicht lösen könnte, müssten sich die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin wieder zusammensetzen.

Bereits im Frühjahr 1990 konnte zwischen der Bundesregierung und den Länderchefs Einvernehmen über die Bildung eines Fonds »Deutsche Einheit« erzielt werden, der bei einer Laufzeit von 4,5 Jahren insgesamt 115 Milliarden DM umfassen sollte.⁵² Finanziert werden sollte dieses Paket durch Einsparungen im Bundeshaushalt (20 Milliarden) und durch eine Nettokreditaufnahme (95 Milliarden). Dabei äußerten einige Bundes-

49 BMWi, Vermerk betr. Infrastrukturprogramm zur Förderung wirtschaftsnaher regionaler Infrastruktur in der DDR, 8.5.1990, BArch Berlin, B 102/703596, unfol.

50 BMWi, Vermerk betr. finanzielle Förderprogramme für die DDR, 11.5.1990, ebd. In einem früheren Konzeptpapier waren sogar neun Regionen genannt worden (Wolgast/Greifswald, Cottbus/Senftenberg/Lauchhammer, Stadt Brandenburg, Halle/Merseburg/Leuna, Böhlau/Espenhain/Rositz, Stadt Pirna, Worbis/Heiligenstadt/Mühlhausen, Suhl/Schleusingen/Ilmenau, Karl-Marx-Stadt/Chemnitz). Vgl. BMWi, Förderung von Projektteams zur Beratung ausgewählter DDR-Regionen beim Aufbau wirtschaftlicher Infrastrukturen auf kommunaler und regionaler Ebene, 18.4.1990, ebd.

51 BMWi, Vermerk betr. Staatsvertrag mit der DDR, 28.5.1990, ebd.

52 Vgl. Ergebnisprotokoll über die Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder am 16.5.1990 in Bonn, in: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 (Dokumente zur Deutschlandpolitik), bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998, S. 1122–1125, hier S. 1124.

länder jedoch grundsätzliche Bedenken gegen den bestehenden Länderfinanzausgleich, der bereits vor 1989 in der Bonner Republik Anlass für öffentliche Debatten gewesen war. So war ein von Hamburg angestrebtes Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht immer noch offen. Der Senat der Hansestadt drängte deshalb darauf, in dem Ergebnisprotokoll einen entsprechenden Hinweis mit aufzunehmen. Im Frühjahr 1990 begannen die politischen Verantwortlichen in Bonn damit, erste Infrastrukturprogramme für Ostdeutschland vorzubereiten, die sich in den Bahnen der bestehenden Wirtschaftsförderung bewegten. Weitergehende Programme schienen erst nach der staatlichen Vereinigung möglich zu sein. Die Bundesregierung stellte dafür zwar Finanzmittel zu Verfügung, die aber sehr knapp bemessen waren. Denn sie ging davon aus, dass die ostdeutsche Seite einen eigenen Beitrag zur wirtschaftlichen Konsolidierung des Landes leisten könne.

Der brüchige Privatisierungskonsens

Zwischen Ost- und Westdeutschland herrschte 1990 weitgehend Einvernehmen darüber, dass westdeutsches und westliches Kapital zwingend notwendig war, um die kostenintensiven Herausforderungen der DDR-Wirtschaft meistern zu können – angefangen von dem Investitionsrückstau in der Industrie bis hin zur Umweltsanierung. So bemühte sich auch die Modrow-Regierung darum, westliche Investoren in die DDR zu locken, und ließ dazu im Januar 1990 ein Joint-Venture-Gesetz in der Volkskammer verabschieden, das eine ausländische Kapitalbeteiligung an ostdeutschen Unternehmen mit bis zu 49 Prozent zuließ.⁵³ Der Wunsch

53 Vgl. Keith R. Allen: Internationale Finanzakteure und das Echo des Sozialismus, in: Deutschland Archiv Online vom 11.12.2019, <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/302083/internationale-finanzakteure-und-das-echo-des-sozialismus> (Zugriff am 1.6.2022). Darüber hinaus musste die von der PDS geführte Regierung Anfang 1990 erkennen, dass weder die Bundesrepublik noch das deutschsprachige Ausland (Schweiz, Österreich) bereit waren, neue Kredite und Bürgschaften zu gewähren, solange die politische Zukunft der DDR ungewiss war.

nach ausländischem Kapital war schließlich ein Türöffner für die Privatisierung der ostdeutschen Betriebe. Damit wurde ein Weg beschritten, auf den die von der SED-PDS geführte Regierung in Ost-Berlin mit dem Joint-Venture-Gesetz – wenn auch in Grenzen (49-Prozent-Regelung) – selbst eingeschwenkt war. 1990 herrschte in der DDR ein parteiübergreifender Konsens, bei dem sich der Wunsch nach westlichem Kapitalimport und die Bereitschaft zur Kooperation mit westlichen Unternehmen (*joint venture*) verknüpften. Doch mit der Teilhabe der Investoren und der damit einhergehenden Teilprivatisierung ostdeutscher Betriebe waren von Anfang an unterschiedliche Ziele und Erwartungen verbunden. Der Privatisierungskonsens begann sich im Herbst 1990 aufzulösen, als erste Betriebe schließen mussten, denen eine Zukunftsfähigkeit abgesprochen worden war. Erste Untersuchungen, die die Regierung de Maizière (CDU) in Auftrag gegeben hatte, lieferten ernüchternde Ergebnisse: Nach Bewertung von 2600 Betrieben lag die Rate der als konkursgefährdet eingestuften Betriebe im Juni 1990 bei 39 Prozent.⁵⁴ Dieses Szenario veranlasste wiederum das Bundeswirtschaftsministerium, das Privatisierungstempo zu erhöhen, um so schnell verfügbare Erlöse zum Ausgleich für die steigenden Verluste zu erzielen. In den Medien hatte das Privatisierungsnarrativ Ende 1990 aber noch nichts an Anziehungskraft verloren. So wurde Treuhandpräsident Rohwedder beim Verkauf der Treuhandunternehmen ein »Schneckentempo« vorgeworfen, obwohl die ersten Betriebsschließungen bereits öffentliche Proteste hervorgerufen hatten.⁵⁵

Im Mittelpunkt dieser dramatischen Entwicklung stand die Treuhandanstalt, die ursprünglich von DDR-Bürgerrechtlern um Wolfgang Ullmann vorgeschlagen worden war, um das Volkseigentum treuhänderisch zu verwalten. Ihnen ging es darum, dessen übereilte Aufteilung unter sogenannten SED-Seilschaften sowie westlichen Investoren zu verhindern. Mit dem wirtschaftlichen Niedergang der DDR, der während der friedlichen Revolution eingesetzt hatte, drängten aber rasch andere

54 Vgl. Marc Kemmler: Die Entstehung der Treuhandanstalt. Von der Wahrung zur Privatisierung des DDR-Volkseigentums, Frankfurt am Main 1994, S. 133.

55 Die Fehler der Treuhand, in: Stuttgarter Nachrichten vom 17.11.1990.

Probleme in den Vordergrund. Die am 1. März 1990 von der Modrow-Regierung gegründete Treuhandanstalt nahm zwar eine wichtige Rolle ein, denn sie wurde Eigentümerin von über 8500 volkseigenen Betrieben und damit verantwortlich für rund vier Millionen Beschäftigte. Da die Behörde Anfang Juli 1990 erst 120 Mitarbeiter hatte, verharrte sie jedoch im »organisatorischen Chaos« und war mit der ihr übertragenen Aufgabe heillos überfordert.⁵⁶ Binnen weniger Wochen wandelte sich die Funktion der Treuhandanstalt: von einer Anstalt zur Bewahrung des Volkseigentums hin zu einer Organisation für die Lösung eines gewaltigen ökonomischen Problems.

Der Funktionswandel schlug sich auch im Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (kurz: Treuhandgesetz) nieder, das die frei gewählte Volkskammer am 17. Juni 1990 mit großer Mehrheit verabschiedete und das die zentrale Rechtsgrundlage für die Arbeit der Behörde bis zur ihrer Auflösung Ende 1994 bildete. Das Gesetz,⁵⁷ das der Anstalt einen relativ großen Gestaltungsspielraum einräumte, legte allgemein fest: »Das volkseigene Vermögen ist zu privatisieren.«⁵⁸ Die Einnahmen sollten vorrangig für die Strukturanpassung der Unternehmen verwendet werden.⁵⁹ Nach einer Bestandsaufnahme sei »nach Möglichkeit vorgesehen, dass den Sparern zu einem späteren Zeitpunkt [...] ein verbrieftes Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen

56 Vgl. Andreas Malycha: Vom Hoffnungsträger zum Prügelknaben. Die Treuhandanstalt zwischen wirtschaftlichen Erwartungen und politischen Zwängen 1989–1994, Berlin 2022, S. 100 f.

57 An der Ausarbeitung des Treuhandgesetzes waren westdeutsche Unternehmensberater im Auftrag der DDR-Regierung beteiligt. Vgl. Interview des Autors mit Karl-J. Kraus vom 8.1.2020.

58 Gesetzblatt der DDR 1990, Teil I, Nr. 33, S. 300–303, hier S. 300 (§ 1, Abs. 1). Die jüngste Darstellung des Treuhandgesetzes bei Detlev Brunner bleibt auf einer rein deskriptiv-normativen Ebene stehen und betont einseitig die fehlende demokratische Kontrolle und Partizipation. Dagegen werden die sich radikal verändernden ökonomischen Rahmenbedingungen zur Erklärung des Funktionswandels der Treuhandanstalt weitgehend unberücksichtigt gelassen. Vgl. Detlev Brunner/Günther Heydemann: Die Einheit und die Folgen. Eine Geschichte Deutschlands seit 1990, Bonn 2021, S. 100–104.

59 Vgl. Gesetzblatt der DDR 1990, Teil I, Nr. 33, S. 300–303, hier S. 301 (§ 5, Abs. 1).

eingräumt werden kann«. ⁶⁰ Die Gründungsurkunde der Treuhandanstalt wies somit ein Spannungsverhältnis auf zwischen Privatisierung einerseits und Ausgabe von Anteilscheinen am Volksvermögen andererseits. Forderungen nach einer grundlegenden Überarbeitung des Treuhandgesetzes, die in der Folgezeit von der Opposition im Deutschen Bundestag immer wieder erhoben wurden, waren jedoch nicht mehrheitsfähig und konnten sich nicht durchsetzen.

Illusionen und Fehleinschätzungen

Die Währungsumstellung am 1. Juli 1990 verschlechterte die Wettbewerbsbedingungen der ostdeutschen Betriebe, die von einem Tag auf den anderen nicht nur Löhne und Gehälter in D-Mark zahlen, sondern auch ihre Produkte in Osteuropa in der neuen Währung verkaufen mussten. Insofern bildet dieses Datum einen tiefen und irreversiblen Einschnitt für die ostdeutsche Wirtschaft. Vielen Treuhandunternehmen, die über keine tragfähige Kapitaldecke verfügten, drohte die Zahlungsunfähigkeit. Aus dem Liquiditätsproblem entwickelte sich zudem noch ein Rentabilitätsproblem, da die Preise der für den Verkauf angebotenen Waren nicht mehr kostendeckend waren. Betriebsschließungen und Arbeitslosigkeit waren nun an der Tagesordnung. So teilte eine Keramikwerkstatt in Erfurt dem zuständigen Arbeitsamtsdirektor am 30. Juni den Arbeitsausfall aufgrund akuter Absatzschwierigkeiten mit; ein halbes Jahr später musste der Betrieb schließen. ⁶¹ Erste Meldungen über steigende Arbeitslosenzahlen in der DDR gab es im Frühsommer 1990. Anfang Juli teilte die Zentrale Arbeitsverwaltung der DDR mit, dass die Zahl der Erwerbslosen

60 Ebd. (§5, Abs. 2).

61 Anzeige über Arbeitsausfall der Keramikwerkstatt F.U. Schmidt, Erfurt, an den Direktor des Arbeitsamtes Erfurt vom 30.6.1990, Thüringisches Hauptstaatsarchiv (künftig: ThHStA), 6-71-0001, Agentur für Arbeit Erfurt, Nr. 2055, Bl. 1 f. Vgl. F.U. Schmidt an Arbeitsamt Erfurt, 19.12.1990, ebd., Bl. 27.

um 47 289 auf 142 096 gestiegen sei.⁶² Mitte Juli lag die Arbeitslosenzahl schon bei 224 000; rund eine halbe Million Beschäftigte befanden sich in Kurzarbeit.⁶³ Damit tauchte in der ostdeutschen Öffentlichkeit ein Phänomen auf, das es in den zurückliegenden vier Jahrzehnten unter dem SED-Regime offiziell nicht gegeben hatte: Arbeitslosigkeit.

Während westdeutsche Journalisten frühzeitig vor den Folgen der Währungsumstellung für die ostdeutschen Betriebe warnten, verbreiteten manche Wirtschafts- und Arbeitsmarktexperten in der Öffentlichkeit erstaunlich optimistische Prognosen. So war der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit Heinrich Franke von der Robustheit des westdeutschen Arbeitsmarkts derart überzeugt, dass er die negativen Folgen der D-Mark-Einführung in Ostdeutschland völlig unterschätzte. Auf die Frage eines Journalisten, ob ihm die in Kraft getretene Währungsunion Sorgen bereite, antwortete Franke: »Nein, überhaupt nicht. Sie [die Währungsunion] macht uns allenfalls zusätzlich Arbeit. Ich gehe sehr optimistisch an die Bewältigung der Probleme heran.«⁶⁴ Darüber hinaus behauptete er, die Wanderungsbewegung aus der DDR in Richtung Westen werde sich mit der Zeit umkehren und die Beitragszahler müssten im Zuge einer vorübergehend erhöhten Arbeitslosigkeit »nicht tiefer in die Tasche greifen«. Auch der Leiter der Abteilung Inland beim Bundespresseamt, Wolfgang Bergsdorf, glaubte zu wissen, dass die ostdeutschen Bundesländer »in drei bis vier Jahren«⁶⁵ das ökonomische Niveau des Westens erreichen würden. Das bedeute zwar Arbeitslosigkeit, »die aber nicht unbedingt sehr viel höher ist als bei uns«. Und der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Wolfgang Röllner, der gleichzeitig Vorstandssprecher der Dresdner Bank war, glaubte das Licht

62 Vgl. Arbeitslosigkeit weiter gesunken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.7.1990. Die Überschrift des Artikels bezog sich nur auf die Arbeitsmarktentwicklung in Westdeutschland.

63 Lagebericht Nr. 2 vom Vorstand der Treuhandanstalt für den Verwaltungsrat, 30.7.1990, BArch Berlin, B 412/8834, Bl. 76–87, hier Bl. 78.

64 Arbeitslose '90 – im Schnitt unter zwei Millionen, in: Welt am Sonntag vom 8.7.1990.

65 Arbeitslose in der DDR werden positive Überraschung erleben, in: Katholische Nachrichten Agentur (KNA) vom 21.9.1990.

am Ende des Tunnels erkennen zu können: »Die Talsohle wird [1991] zu Ende gehen und von einer Aufwärtsentwicklung abgelöst.«⁶⁶ In diesen Chor stimmte selbst das in Ost-Berlin ansässige Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) ein, in dem Wirtschaftsexperten der aufgelösten Staatlichen Plankommission den Systemwechsel überstanden hatten. Sie waren nun Zuarbeiter für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Direktor, Konrad Wetzker, prognostizierte einen wirtschaftlichen Aufschwung, der Mitte 1991 einsetzen werde. Die getroffenen Infrastrukturmaßnahmen würden gemeinsam mit der »Sogwirkung der DM-Kaufkraft wie ein Schneeballeffekt« wirken.⁶⁷ Als sich der rasante Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft schon längst abzeichnete, überwog nicht nur bei einem Großteil der westdeutschen Funktionseleiten das kommunikative Beschweigen der ökonomischen Folgelasten der deutschen Einheit.

Die Privatisierung der ostdeutschen Betriebe war die Stunde der Unternehmensberater und Wirtschaftsprüfer,⁶⁸ deren betriebswirtschaftlicher Sachverstand benötigt wurde, nicht aber der Volkswirtschaftler, deren makroökonomische Expertise angesichts der Dynamik der Ereignisse unbrauchbar erschien. Obwohl sich die Treuhandanstalt schon Ende 1990 bzw. Anfang 1991 mit arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragen beschäftigte, um eine Antwort auf die drohende Massenarbeitslosigkeit zu finden, sahen sich zahlreiche Wirtschaftsweisen in erster Linie als Gralhüter der reinen Marktlehre. Angesichts des sich immer deutlicher abzeichnenden Zusammenbruchs der ostdeutschen Wirtschaft

66 Verbandschef Röllner: Wir Banken helfen Treuhand bei Privatisierung. Die Mitgliederversammlung in Bonn sieht keinen Grund für Schwarzmalerei im Osten, in: Die Welt vom 16.11.1990.

67 Kritische Lage, in: Wirtschaftswoche vom 28.9.1990.

68 Vgl. Marcus Böick: Entdeckung, Expansion, Ernüchterung. Die KPMG/DTG und die deutsche Wiedervereinigung, in: Dieter Ziegler/Jörg Lesczenski/Johannes Bähr (Hg.): Vertrauensbildung als Auftrag. Von der Deutsch-Amerikanischen Treuhand-Gesellschaft zur KPMG AG, München/Berlin 2015, S. 215–249; ders.: Berater in »blühenden Landschaften«. Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater bei der Treuhandanstalt, in: Hoffmann (Hg.): Transformation einer Volkswirtschaft (wie Anm. 19), S. 41–55.

warnten sie gebetsmühlenartig vor einer Dauersubventionierung maroder Betriebe und blendeten in ihren Expertisen die sozialen Folgen des Wirtschaftsumbaus in Ostdeutschland weitgehend aus. Rüdiger Pohl, Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaftslehre an der Fernuniversität Hagen, riet der Politik, »den Abbau unrentabler Arbeitsplätze nicht unnötig zu verzögern«. ⁶⁹ Der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, Horst Siebert, gleichzeitig Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, beschwor das Mantra des westdeutschen Wirtschaftswunders in den 1950er-Jahren und sprach sich in Anlehnung an Joseph Schumpeter für »Anpassungsprozesse der schöpferischen Zerstörung für die alten Betriebe« als Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Neuanfang aus. ⁷⁰

Auch die Regierungszentrale in Bonn blickte anfangs sehr zuversichtlich in die Zukunft. Dabei versuchte man explizit den wirkmächtigen Mythos um den ersten Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard und das sogenannte Wirtschaftswunder der 1950er-Jahre zu nutzen, um Deutungshoheit in der Öffentlichkeit zu gewinnen und Zweckoptimismus zu verbreiten. So fand ein Beitrag Erhards aus dem Jahr 1953 Eingang in interne Papiere zur Vorbereitung der Währungsunion zwischen beiden deutschen Staaten. ⁷¹ Eine wichtige Vorbildfunktion hatte in dem Kontext die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, die als eigentlicher Gründungstag der Bundesrepublik im kollektiven Gedächtnis verankert war. ⁷² Deshalb stellte das Bundeskanzleramt bei der Beantwortung der wirtschaftspolitischen Fragen, die sich aus der immer näher rückenden Wiedervereinigung ergaben, den historischen Bezug ausdrücklich her und

69 Die Politik sollte den Abbau unrentabler Arbeitsplätze nicht unnötig verzögern, in: Handelsblatt vom 25.1.1991.

70 Aufschwung nur bei klaren Eigentumsrechten, in: Handelsblatt vom 6.3.1991.

71 Vgl. Vorlage des Regierungsdirektors Mertes an Bundeskanzler Kohl vom 2.2.1990, in: Deutsche Einheit (wie Anm. 52), S. 749 f.

72 Vgl. dazu Werner Abelshauser: Der »Wirtschaftshistorikerstreik« und die Vereinigung Deutschlands, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 404–416, hier S. 408 f.

weckte so die Hoffnung auf ein zweites, ostdeutsches Wirtschaftswunder, an die sich übrigens auch Verwaltungsratsmitglieder der Treuhandanstalt klammerten.⁷³ Auch damals – so ein Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes – habe Erhard zunächst mit einer Währungs- und Wirtschaftsreform (Aufhebung der Bewirtschaftung) begonnen.⁷⁴ So sei dann der Weg »von der Hoffnungslosigkeit zum späteren ›Wirtschaftswunder‹« gelungen. Aus diesem Geschichtsverständnis speiste sich bekanntlich das Versprechen von den blühenden Landschaften, das Helmut Kohl anlässlich des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 öffentlich gab. Dennoch ist es abwegig, den Beitrag Erhards von 1953 zu einer Blaupause für die Einführung der Marktwirtschaft in Ostdeutschland zu stilisieren.⁷⁵ Hier ist doch zwischen den Ebenen der allgemeinen ordnungspolitischen Symbolpolitik und den konkreten wirtschaftspolitischen Leitbildern zu unterscheiden.

Im Herbst 1990 verbreiteten aber auch andere CDU-Politiker ungebremsen Optimismus. So erwartete der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth den wirtschaftlichen Wendepunkt Mitte 1991: »Danach werde es dort [in Ostdeutschland] Zuwachsraten geben, die wir

73 DDR – ein attraktiver industrieller Standort. Jens Odewald, Verwaltungsratsvorsitzender der Ostberliner Treuhandanstalt, ist betont optimistisch, wenn es um die mitteldeutsche Wirtschaft geht, in: *Welt* am Sonntag vom 30.9.1990.

74 Vgl. Vermerk des Regierungsdirektors Nehring vom 6.2.1990, in: *Deutsche Einheit* (wie Anm. 52), S. 761.

75 Diese These vertrat erstmals: Abelshäuser: *Der »Wirtschaftshistorikerstreit«* und die Vereinigung Deutschlands (wie Anm. 7), S. 409. Dem schlossen sich bis heute andere Historiker kritiklos an, u. a.: Böick: *Die Treuhand* (wie Anm. 9), S. 726; Constantin Goshler: *Transformation reloaded? Die Rolle der Sozialwissenschaften, Zeitgeschichte und Wirtschaftsgeschichte bei der Erforschung des deutschen Einigungsprozesses*, in: Ingo Köhler/Eva-Maria Roelevink (Hg.): *Transformative Moderne: Struktur, Prozess und Handeln in der Wirtschaft. Festschrift für Dieter Ziegler*, Dortmund/Münster 2021, S. 27–41, hier S. 30; Großbölting: *Wiedervereinigungsgesellschaft* (wie Anm. 15), S. 408. Diese Interpretation überschätzt die Handlungsspielräume der politischen Akteure und unterschätzt die politischen und ökonomischen Zwangslagen. Außerdem blendet sie die wirtschaftspolitischen Leitbilder der anderen Akteure innerhalb der Bundesregierung völlig aus. Ihr liegt zudem die in der Geschichtswissenschaft längst überholte Sichtweise zugrunde, nach der alte (verstorbene) Männer Geschichte machen.

einmal in den 50er und 60er Jahren gewohnt waren«. ⁷⁶ Der frisch gewählte sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf erklärte in seiner ersten Regierungserklärung, es werde bereits in wenigen Jahren möglich sein, »den Anschluss an die Entwicklung des Westens« zu finden. ⁷⁷ Biedenkopf, der die wirtschaftspolitischen Kompetenzen Kohls immer wieder in Zweifel zog und frühzeitig Steuererhöhungen zur Finanzierung des Wirtschaftsaufbaus in Ostdeutschland forderte, ⁷⁸ rechnete mit einer Durststrecke von maximal zwei Jahren. ⁷⁹ In seinen 2015 publizierten Tagebüchern musste er der Entwicklung Tribut zollen, ohne das Scheitern der eigenen Prognosen einzugestehen. In nahezu dialektischer Weise plädierte er dafür, »die Kohl'sche Formel« nicht statisch, sondern dynamisch zu verstehen: »Es beginnt zu blühen.« ⁸⁰ Mit ihren Aussagen weckten westdeutsche Politiker und Wirtschaftsexperten Erwartungen in Ostdeutschland, die spätestens ab Anfang 1991 zusehends enttäuscht wurden, als Betriebsschließungen und Entlassungen immer mehr zur Regel wurden.

76 Harte Kritik an der Treuhand. »Schleppende Arbeitsweise und mangelnde Entscheidungsfreude«, in: Stuttgarter Zeitung vom 5.11.1990.

77 Regierungserklärung Biedenkopfs vom 8.11.1990, in: Sächsischer Landtag, 1. Wahlperiode, 2. Sitzung, S. 52–65, hier S. 65, https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=2&dok_art=PIPr&leg_per=1&pos_dok=1&dok_id (Zugriff am 20.7.2021).

78 Das lehnte Kohl 1990 vor allem aus wahltaktischen Gründen kategorisch ab. Vgl. Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2012, S. 594. Kohl sah sich durch ein von der Bundesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft bestärkt, das zu dem Schluss gekommen war, dass sich die deutsche Einheit selbst finanzieren werde und Steuererhöhungen überflüssig seien. Vgl. Kohl ruft zu »großer gemeinsamer Anstrengung« auf. Gutachten: Einheit finanziert sich weitgehend selbst, in: Süddeutsche Zeitung vom 9.10.1990. Ähnlich argumentierte auch einer der fünf Wirtschaftsweisen, Rüdiger Pohl. Vgl. »In Sachsen droht der Zusammenbruch«. Massen-Abwanderung wegen niedriger Gehälter beklagt, in: Süddeutsche Zeitung vom 3.1.1991.

79 Der Münchener Unternehmensberater Roland Berger ging davon aus, dass die ostdeutsche Industrie und der Dienstleistungssektor innerhalb von sechs Jahren auf westdeutschem Niveau sein würden. Vgl. Im Nachtrag, in: Neues Deutschland vom 29.9.1990. Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Klaus Murmann, wagte die Prognose, dass die Angleichung der Produktivität zwischen Ost und West in zwei bis sechs Jahren erfolgen werde. Vgl. Sachsen Unternehmer wollen Altschulden-Erlass, in: Frankfurter Rundschau vom 27.2.1991.

80 Kurt Biedenkopf: Ringen um die innere Einheit. Aus meinem Tagebuch August 1992 bis September 1994, München 2015, S. 402f. (Eintrag zum 19.3.1994).

Die zeitgenössisch geborene Illusion von den bald schon »blühenden Landschaften« dient nach wie vor als Bewertungsmaßstab bei der öffentlichen Debatte über die Bilanz der Treuhandanstalt. Ihr lag zudem eine Fehleinschätzung des am 1. April 1991 ermordeten Präsidenten der Treuhandanstalt, Detlev Karsten Rohwedder, zugrunde. Mit Blick auf die DDR-Wirtschaft hatte er bei einem Pressetermin in Wien im Oktober 1990 etwas schnoddrig angegeben, »der ganze Salat« sei etwa »600 Milliarden DM wert.«⁸¹ Diese Zahl beruhte auf ersten Schätzungen der Modrow-Regierung. Deshalb war das Bonner Wirtschaftsministerium im Mai 1990 davon ausgegangen, dass bei einer raschen Privatisierung mit hohen Verwertungserlösen zu rechnen sei.⁸² Dabei waren allerdings nicht die Altschulden der DDR-Betriebe berücksichtigt, die in der Planwirtschaft keine Rolle gespielt hatten und nach der Währungsumstellung am 1. Juli 1990 mit etwa 120 Milliarden DM voll zu Buche schlugen. Darüber hinaus standen die D-Mark-Eröffnungsbilanzen aus, die von den Treuhandunternehmen noch zu erstellen waren und die den Blick auf den Zustand der ostdeutschen Betriebe teilweise erheblich eintrübten. Aus den anfangs erhofften Verkaufserlösen waren nun Verluste geworden, die erklären, warum mancher Käufer von Treuhandbetrieben nur noch den symbolischen Preis von einer DM zahlte. Hinter der magischen Zahl, die Rohwedder im Herbst 1990 eher widerwillig genannt hatte, stand aber noch etwas anderes: Die westdeutsche Einschätzung der DDR-Wirtschaftskraft wurde mit beeinflusst von einer Legende, die Erich Honecker in die Welt gesetzt hatte. Im *Neuen Deutschland* hatte er 1967 die Behauptung aufgestellt, die DDR gehöre zu den zehn größten Industrieländern der Erde, und konnte sich dabei sogar auf das Statistische

81 Der Richtige, in: Tribüne vom 23.10.1990. Vgl. dazu auch Pötzl: Der Treuhand-Komplex (wie Anm. 14), S. 70 f. Der stellvertretende Verwaltungsratsvorsitzende der Treuhandanstalt, Otto Gellert, stellte die Zahlenangabe von Rohwedder in Zweifel und betonte vielmehr, wenn man auf plus/minus null herauskomme, sei das schon ein Erfolg. Vgl. Hamburger Abendblatt vom 26.10.1990.

82 Ausführlicher dazu Katja Fuder: Schnelle Privatisierung für schnelle Erlöse. Wie die Transformation der DDR-Wirtschaft finanziert werden sollte, in: Hoffmann (Hg.): Transformation einer Volkswirtschaft (wie Anm. 19), S. 70–83, hier S. 73.

Jahrbuch der UNO von 1964 berufen.⁸³ Obwohl DDR-Statistiker intern erhebliche Zweifel geäußert hatten und »eine krasse Überbewertung der Industrieproduktion der DDR«⁸⁴ befürchteten, entwickelte dieser Mythos eine Strahlkraft, die mit dem Ende der DDR nicht verloren ging.⁸⁵

2. Die Treuhandanstalt unter Detlev Karsten Rohwedder 1990/91: Expansion, Professionalisierung und öffentliches Image

Behördenausbau

Bis zum Sommer 1990 erfolgten die Weichenstellungen bei den ersten großen Privatisierungsfällen (zum Beispiel Banken- und Versicherungsbranche⁸⁶ sowie Zeitungsverlagswesen⁸⁷), ohne dass die Treuhandanstalt

83 Dort stand die DDR sogar auf dem siebten Platz. Vgl. André Steiner: Wie die DDR unter die zehn führenden Industrieländer der Welt geriet? Eine Spurensuche, in: *Gebirgasse 18. Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik* 84/2017, S. 3–7, hier S. 5.

84 Zit. nach ebd., S. 6.

85 Vgl. »Größte Vernichtung von Produktivvermögen«, in: *Der Tagesspiegel* vom 1.3.2019, <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/geburtstag-der-treuhandanstalt-groesste-vernichtung-von-produktivvermoegen/24057242.html> (Zugriff am 1.6.2022); Christa Luft: Die Treuhand – die größte Vernichtung von Produktivvermögen in Friedenszeiten, in: *Schicksal Treuhand – Treuhand-Schicksale. Begleitbuch zur Ausstellung*, hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2019, S. 16–20.

86 Westdeutsche Versicherungen und Banken nutzten die chaotische Umbruchphase im ersten Halbjahr 1990, um für sich neue Märkte in der DDR zu erschließen. Dazu steht eine kritische Analyse noch aus. Als Erfolgsgeschichte und aus der Perspektive einer großen Privatversicherung: Barbara Eggenkämper/Gerd Modert/Stefan Pretzlik: *Die staatliche Versicherung der DDR. Von der Gründung bis zur Integration in die Allianz*, München 2010. Aus der Sicht einer westdeutschen Großbank ähnlich unkritisch: Catherine R. Schenk: *Globalisierung und Krise 1989–2020*, in: Werner Plumpe/Alexander Nützenadel/Catherine R. Schenk: *Deutsche Bank. Die globale Hausbank 1870–2020*, Berlin 2020, S. 530–798, hier S. 657–662.

87 Vgl. Mandy Tröger: *Die Treuhand und die Privatisierung der DDR-Pressen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2019) B 35–37, S. 34–39.

daran beteiligt war. Seit ihrer Gründung am 1. März 1990 war sie nur ein zahnloser Papiertiger gewesen. Erst in der Amtszeit von Detlev Karsten Rohwedder als Treuhandpräsident ab Ende August 1990 entwickelte sie sich zu einer funktionsfähigen Organisation, die dem gesetzlichen Auftrag nachkommen konnte. Binnen weniger Wochen stieg der Personalbestand der Behörde im vierten Quartal 1990 rasant an, von 379 (Stand: 30. September 1990) auf 1140 (Stand: 31. Dezember 1990).⁸⁸ Am 31. März 1991 – ein Tag vor Rohwedders Ermordung – gab es bereits 2141 Beschäftigte. In der Treuhandanstalt arbeiteten mehrheitlich Personen, die aus der DDR stammten und die teilweise in verschiedenen Bereichen des DDR-Verwaltungsapparats tätig gewesen waren. Ende 1990 standen 1032 Ost-Mitarbeiter 108 Westkollegen gegenüber; drei Monate später betrug das Verhältnis 1781 zu 360. Anfang 1992 kam jeder dritte Treuhandmitarbeiter aus den sogenannten alten Bundesländern; der prozentuale Anteil erreichte seinen höchsten Wert Ende 1993 (32,6 Prozent).⁸⁹

Rohwedder veranlasste nicht nur den massiven personellen Ausbau, sondern auch den strukturellen Umbau der Treuhandanstalt, um die Arbeitsabläufe effizienter zu gestalten. Ende 1990 wies die Anstalt fünf Unternehmensbereiche sowie vier weitere Vorstandsbereiche auf, die entweder Querschnittsbereiche (für Personal und Finanzen) umfassten oder für die Niederlassungen zuständig waren.⁹⁰ Während die Gesamtbelegschaft der Treuhandanstalt mehrheitlich ostdeutsch geprägt war, traf dies für die Leitungspositionen im Vorstand und in den einzelnen Direktoraten nicht zu. Dies war auf Rohwedder zurückzuführen, der seine in der alten Bundesrepublik geknüpften Netzwerke nutzte, um Spitzen-

88 Vgl. Übersicht der Treuhandanstalt über die Entwicklung des Personalstandes Ost-West-Mitarbeiter vom 24.7.1992, in: Treuhandanstalt (Hg.): Dokumentation 1990–1994, Bd. 11, Berlin 1994, S. 155.

89 Vgl. Personalbericht der Treuhandanstalt für Dezember 1993, in: ebd., S. 196.

90 Vgl. zu den Strukturveränderungen 1990 Malycha: Vom Hoffnungsträger zum Prügelknaben (wie Anm. 56), S. 211–233; Wolfgang Seibel: Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000, Frankfurt am Main/New York 2005, S. 140–153. Die Organisationsgeschichte der Treuhandanstalt ist eine Geschichte des rasanten Ausbaus, permanenten Umbaus und (ab 1992/93) Abbaus.

manager für die Privatisierungsagentur zu gewinnen. Dafür holte er sich die Unterstützung von dem einschlägig bekannten Headhunter Dieter Rickert, der sich nach einer Karriere bei Thyssen und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) selbstständig gemacht hatte und nun Führungskräfte für die Treuhandanstalt suchen sollte. Rohwedder und Rickert hatten sich Mitte der 1980er-Jahre kennengelernt, als Rohwedder auf der Suche nach einem Vorstandsmitglied für den von ihm geführten Stahlkonzern Hoesch gewesen war.⁹¹

Für den Vorstand der Treuhandanstalt konnten als Erste Karl Schirner und Klaus Peter Wild gewonnen werden. Sie leiteten den Unternehmensbereich 1 (Privatisierung und Investors Relations)⁹² bzw. 2 (Sanierung/Abwicklung).⁹³ Schirner kam vom Automobilkonzern Daimler-Benz, wo er leitender Manager und für die Unternehmenskäufe des Konzerns verantwortlich gewesen war.⁹⁴ Der Jurist Klaus Peter Wild hatte in den 1960er-Jahren eine Beamtenlaufbahn im bayerischen Wirtschaftsministerium eingeschlagen und war im Ministerium zuständig für das erste Konkursverfahren des Stahlwerks Maxhütte in der Oberpfalz, an dem der Freistaat Bayern eine Beteiligung hielt. Kurz nach ihnen wurde Birgit Breuel als einzige Frau in den Vorstand berufen, die die Zuständigkeit für die 15 Niederlassungen erhielt. Die CDU-Politikerin, die nach außen stets einen marktliberalen Kurs vertrat, war 1978 Ministerin für Wirtschaft und Verkehr in Niedersachsen unter dem Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) geworden, der sie 1986 dann zur Finanzministerin ernannt hatte. Darüber hinaus wies sie aber auch langjährige Erfahrungen in der Wirtschaft auf, denn sie saß zwölf Jahre im Aufsichtsrat der Volkswagen AG,

91 Vgl. Böick: Die Treuhand (wie Anm. 9), S. 288.

92 Neben der Funktionsverantwortung gab es noch zusätzlich eine Geschäftsverantwortung. Schirner trug die Geschäftsverantwortung für: Schwermaschinen- und Anlagenbau, Werkzeugmaschinenbau, Spezialmaschinen, Dienstleistungen, Flughäfen/Luftfahrt. Vgl. Malycha: Vom Hoffnungsträger zum Prügelknaben (wie Anm. 56), S. 203.

93 Wild hatte die Geschäftsverantwortung für: Optik/Keramik/Feinmechanik, Fahrzeugbau, Küstenindustrie, Verkehr. Vgl. ebd.

94 Vgl. Telefongespräche mit Karl Schirner am 25.3. und 20.5.2019.

der Deutsche Messe AG und bei der Norddeutschen Landesbank AG.⁹⁵ Am 1. Oktober 1990 übernahm Alexander Koch das Vorstandsressort Personal (mit der Geschäftsverantwortung für Arbeitsmarkt und Soziales), das im Zuge der Betriebsschließungen und Massenentlassungen immer wichtiger wurde. Nach einer kaufmännischen Lehre beim US-amerikanischen Reifenhersteller Dunlop AG und einem Soziologiestudium in Frankfurt am Main hatte er 1965 die Personal- und Ausbildungsleitung bei Dunlop übernommen; anschließend war er Vorstandsmitglied für Personal- und Sozialwesen der Braun AG in Kronberg (1974) und der Grun- dig AG (1981) gewesen.⁹⁶

Einen Monat später schlossen sich dem Vorstand noch zwei weitere erfahrene Industriemanager an: Wolf R. Klinz und Hans Krämer. Klinz, der zunächst einen Abschluss als Diplom-Kaufmann erzielt hatte und anschließend mit einer Arbeit über Fragen des Kapitalexports in »Entwick- lungsländern« promoviert wurde, wies eine internationale Berufskarriere vor:⁹⁷ In den 1960er-Jahren war er in der britischen und US-amerikani- schen Automobilindustrie tätig gewesen. 1970 wurde er Projektleiter und dann Partner bei der Unternehmensberatung McKinsey, bevor er 1981 Geschäftsführer der Vereinigten Glaswerke GmbH in Aachen wurde. Von dort wechselte er 1984 zum Messinstrumente-Hersteller (Stromzähler) Landis & Gyr AG in die Schweiz (Zug), wo er Mitglied der Konzernlei- tung wurde. In der Treuhandanstalt übernahm Klinz den Unternehmens- bereich 4 (Beteiligungsverwaltung und -controlling) mit der Geschäfts- verantwortung für einige Wirtschaftszweige.⁹⁸ Der studierte Betriebswirt Krämer, der mit einer Arbeit über die »Finanzpolitik westdeutscher In- dustriekonzerne« promoviert worden war, hatte von 1966 bis 1971 in der Hauptverwaltung des Bertelsmann Verlags gearbeitet – zum Schluss als Mitglied der Konzerngeschäftsleitung.⁹⁹ Er wechselte 1972 zum Essener

95 Tabellarischer Lebenslauf von Birgit Breuel, o. D., BArch Berlin, B 412/8837, Bl. 15.

96 Tabellarischer Lebenslauf von Alexander Koch, o. D., ebd., Bl. 14.

97 Tabellarischer Lebenslauf von Wolf R. Klinz, o. D., BArch Berlin, B 412/8839, Bl. 6.

98 Im Einzelnen: Chemie, Elektrotechnik/Elektronik, Holz/Papier, Textil/Bekleidung/ Leder.

99 Curriculum Vitae von Hans Krämer, o. D., BArch Berlin, B 412/8840, Bl. 85f.

Energiekonzern STEAG, an dessen Spitze er fünf Jahre später als Vorstandsvorsitzender saß. In der Treuhandanstalt erhielt er den Unternehmensbereich 5 (Immobilienverwaltung und -verwertung).¹⁰⁰

Den Vorstand komplettierten zwei Ostdeutsche: Gunter Halm und Wolfram Krause, die dem Unternehmensbereich 3¹⁰¹ bzw. dem Querschnittsbereich Finanzen vorstanden. Der Diplom-Physiker Halm war 1984 zum stellvertretenden DDR-Minister für Glas- und Keramikindustrie ernannt worden. Zwischen November 1989 und März 1990 leitete er das Ministerium für Leichtindustrie; danach amtierte er als Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft.¹⁰² Der Ökonom Krause war von 1968 bis 1974 Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission gewesen. Wegen Kritik am Wirtschaftskurs Ost-Berlins fiel er in Ungnade und wurde in den Parteiapparat der SED-Bezirksleitung Berlin versetzt, wo er bis 1989 blieb. In der Regierungszeit von Ministerpräsident Modrow wurde er zum Staatssekretär ernannt und war zuständig für die Planung einer Wirtschaftsreform; seit dem 1. März 1990 gehörte Krause dem Direktorium der neu gegründeten Treuhandanstalt an.¹⁰³

Die westdeutschen Vorstandsmitglieder standen stellvertretend für die sogenannte Deutschland AG, die sich in der alten Bundesrepublik herausgebildet hatte und die eine enge Verflechtung zwischen den großen Aktiengesellschaften der Industrie, der Banken und der Versicherungen durch gegenseitige Kapitalbeteiligungen und wechselseitige Repräsentanz in Aufsichtsräten aufwies.¹⁰⁴ Sie vereinte die Tatsache, dass sie entweder

100 Mit der Geschäftsverantwortung für: Eisen-/Stahlerzeugung, Metallurgie, Bauindustrie, Hotels und Ferienhäuser, Finanzvermögen, THA-Liegenschaften.

101 Mit der Geschäftsverantwortung für: Land- und Forstwirtschaft, Bergbau/Steine/Erden, Nahrungs- und Genussmittel, Sondervermögen.

102 Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgoß/Dieter Hoffmann (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin 2000, S. 308.

103 Artikel zu Wolfram Krause, in: Biographische Datenbanken der Bundesstiftung Aufarbeitung, <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/wolfram-krause> (Zugriff am 23.7.2021).

104 Einschlägig dazu: Ralf Ahrens/Boris Gehlen/Alfred Reckendrees (Hg.): Die »Deutschland AG«. Historische Annäherung an den bundesdeutschen Kapitalismus, Essen 2013.

über Sanierungs- und Privatisierungserfahrungen verfügten, aufgrund ihrer Tätigkeit in Aufsichtsräten Einblicke in die Leitung eines Unternehmens gewonnen hatten oder im politischen System der Bonner Republik gut vernetzt waren. Alle drei Funktionen erfüllte wie kaum ein anderer der seit Ende August 1990 amtierende Präsident der Treuhandanstalt: Detlev Karsten Rohwedder. Der promovierte Jurist war in den 1960er-Jahren Leiter der Rechts- und Steuerabteilung und schließlich Mitinhaber einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Düsseldorf gewesen.¹⁰⁵ Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) hatte ihn nach dem Regierungswechsel 1969 als beamteten Staatssekretär nach Bonn geholt. Dieses Amt übte er auch unter den nachfolgenden Ministern Helmut Schmidt (SPD), Hans Friderichs (FDP) und Otto Graf Lambsdorff (FDP) bis 1978 aus. Rohwedder, seit 1971 SPD-Mitglied, wechselte 1979 in die Wirtschaft und trat in den Vorstand der Hoesch AG ein, dessen Vorsitzender er ein Jahr später wurde. Als erfolgreicher Sanierer des krisengeschüttelten Konzerns machte er sich bundesweit einen Namen und wurde 1983 von einem Wirtschafts magazin zum Manager des Jahres gewählt. Diese Auszeichnung erhielt er erneut Ende 1990, und zwar in seiner Funktion als Präsident der Treuhandanstalt.

Die wirtschaftspolitischen Leitbilder der Vorstandsmitglieder der Treuhandanstalt wurden also entscheidend geprägt durch die beruflichen Erfahrungen, die diese als Unternehmer, Manager oder Politiker insbesondere in den 1980er-Jahren gewonnen hatten. Sie bildeten eine Matrix, auf deren Grundlage sich die Vorstellungen über die Privatisierung der ostdeutschen Betriebe nach 1990 entwickelten.¹⁰⁶ Angesichts der ersten großen Betriebsschließungen Ende 1990 gerieten diese Leitbilder jedoch auf den Prüfstand, sodass von einem Lernprozess gesprochen werden kann, der langsam begann und der sich bis weit ins Jahr 1991 hinzog. So sprach

105 Vgl. zu den biografischen Angaben Rohwedders: Treuhandanstalt (Hg.): Dokumentation 1990–1994, Bd. 1, Berlin 1994, A24; Kemmler: Die Entstehung der Treuhandanstalt (wie Anm. 54), S. 188 f.; Seibel: Verwaltete Illusionen (wie Anm. 90), S. 126.

106 Bei den Diskussionen in diesem Leitungsgremium spielte übrigens Ludwig Erhards Beitrag von 1953 keine Rolle.

sich Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann in einem Interview dafür aus, »ein paar Säulenheilige« zu kippen, um den ohnehin mühsamen Aufholprozess in Ostdeutschland zu beschleunigen.¹⁰⁷ In dieser schwierigen Lage helfe nur noch unkonventionelles Denken und Handeln. Dieser Lernprozess, der nicht nur die Treuhandspitze und die politischen Akteure auf Bundes- und Landesebene, sondern auch Verbandsfunktionäre und Wirtschaftsvertreter erfasste, schlug sich auch im letzten Rundschreiben nieder, das Rohwedder kurz vor seiner Ermordung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörde verschicken ließ. Der von ihm formulierte Auftrag der Treuhandanstalt lautete nun: »Schnelle Privatisierung – entschlossene Sanierung – behutsame Stilllegung«.¹⁰⁸

Der sogenannte Osterbrief wurde schon zeitgenössisch als Vermächtnis Rohwedders verstanden und prägt das öffentliche und mediale Bild von ihm bis heute. Da die Zahl der Unternehmensprivatisierungen erst in der Amtszeit von Birgit Breuel sprunghaft anstieg, verfestigte sich so im Laufe der Zeit das Bild, Rohwedder habe die Unternehmen erst sanieren und dann verkaufen wollen.¹⁰⁹ Dagegen habe seine Nachfolgerin so schnell wie möglich privatisieren und »die Sache dem Markt« überlassen wollen. Dieser dichotome Gegensatz zwischen Sanierung und Privatisierung bzw. zwischen Sanierer (Rohwedder) und PrivatisiererIn (Breuel) überzeugt je-

107 »Säulenheilige kippen«. Der Arbeitgeberpräsident fordert zum Umdenken auf: Aus der Sozialen soll die Begleitete Marktwirtschaft werden, in: Wirtschaftswoche vom 22.3.1991. In dem Interview stellte er die die suggestive Frage: »Sollen wir denn die Menschen den Prinzipien opfern?«

108 Abgedruckt in: Treuhandanstalt (Hg.): Dokumentation 1990–1994, Bd. 1 (wie Anm. 105), A72–A75.

109 So etwa bei Stefan Locke: Im Maschinenraum der Transformation, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.7.2019, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/der-film-d-mark-einheit-vaterland-bei-arte-und-in-der-ard-16297314.html> (Zugriff am 26.7.2021). Als Kronzeugin diente Birgit Breuel, die dem MDR für eine Dokumentation ein Interview gab, nachdem sie sich jahrelang nicht mehr in der Öffentlichkeit geäußert hatte. Vgl. die MDR/ARTE-Produktion »D-Mark, Einheit, Vaterland – Das schwierige Erbe der Treuhand« von 2019. Vgl. außerdem Ingo Schulze: »Wann sag ich wieder mein und meine alle«. Ansichten eines Ostdeutschen über die Umbrüche von 1989/1990 und deren Folgen, in: Kiran Klaus Patel/Ingo Schulze: Doppelt verbunden, halb vereint. Der Beitritt der DDR zur BRD und zur Europäischen Gemeinschaft, Hamburg 2022, S. 61–106, hier S. 85.

doch nicht, denn in der Verwaltungspraxis ließen sich die beiden Aufgaben oft gar nicht voneinander trennen.¹¹⁰ Die teilweise enge Verzahnung entsprach im Übrigen auch dem Selbstverständnis der Treuhandanstalt. So betonte der Verwaltungsratsvorsitzende der Behörde, Jens Odewald, im Frühjahr 1992: »Aus der täglichen Arbeit wird deutlich, dass beides organisch ineinander greift.«¹¹¹ Innerhalb des Vorstands der Treuhandanstalt kristallisierte sich vielmehr eine ganz andere Trennlinie heraus, die sich an der Beantwortung der Frage entzündete, wie groß der staatliche Einfluss auf die Privatisierungsentscheidungen sein durfte.¹¹² Es ging also um das in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts spannungsreiche Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft, das durch die Herausforderungen der sozioökonomischen Transformation Ostdeutschlands neu austariert wurde.

Wirtschaftspolitische Leitbilder in Bonn

Die Treuhandanstalt war eine nachgeordnete Behörde, die formal der Dienst- und Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums und des Bundeswirtschaftsministeriums unterstand. Beide Ministerien reklamierten zunächst die alleinige Zuständigkeit bei der Privatisierung der ostdeutschen Industrie für sich. Obwohl der Kompetenzkonflikt mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrags am 3. Oktober 1990 zugunsten des Finanzministeriums entschieden worden war, plädierte das Wirtschaftsministerium für einen Wechsel der Fachaufsicht. Jürgen Möllemann

110 So hatte die Treuhandanstalt bereits im Sommer 1990 66 Unternehmen mit insgesamt 260 000 Beschäftigten ausgewählt, denen eine Sanierungsfähigkeit attestiert wurde. Vgl. Lagebericht Nr. 2 vom Vorstand der Treuhandanstalt für den Verwaltungsrat, 30.7.1990, BArch Berlin, B 412/8834, Bl. 76–87, hier Bl. 82–84. In der aktuellen Forschung wird die zeitgenössische öffentliche Debatte immer noch nicht kritisch hinterfragt. Vgl. Brunner/Heydemann: Die Einheit und die Folgen (wie Anm. 58), S. 109 f.

111 Protokoll der 25. Verwaltungsratssitzung vom 28.4.1992, BArch Berlin, B 412/9035, Bl. 239–266, hier Bl. 243.

112 Das bestätigt etwa Karl Schirner in einem Schreiben vom 6.8.2019 an den Verfasser.

(FDP), seit Januar 1991 Bundeswirtschaftsminister, sah die Zuständigkeit seines Ressorts bei der Industrie-, Struktur- und Regionalpolitik durch die Erweiterung des Aufgabenprofils der Treuhandanstalt tangiert.¹¹³ Um eine offene Konfrontation innerhalb der schwarz-gelben Regierungskoalition zu vermeiden, verzichtete er jedoch im Juli 1991 auf eine nachträgliche Änderung der ministeriellen Zuständigkeiten. Der Konflikt zeigt die Einbettung der Behörde in das politische Kräftefeld der Bundesrepublik. Entscheidende Akteure, die Einfluss auf die Arbeit der Treuhandanstalt nehmen konnten, waren vor allem das Bundeskanzleramt und die beiden genannten Ministerien.

Die wirtschaftspolitischen Leitbilder der Bundesregierung unterschieden sich teilweise von denen der Treuhandanstalt. Langfristige Bedeutung hatten zweifellos die ordnungspolitischen Debatten der 1980er-Jahre in der Bonner Republik, die stark vom neoliberalen Zeitgeist geprägt waren. Die Koalition von CDU/CSU und FDP unter Bundeskanzler Helmut Kohl hatte bereits kurz nach dem Regierungswechsel 1982 als eines ihrer zentralen Ziele formuliert, die Wirtschaft zu modernisieren und deren Leistungsfähigkeit zu steigern. Deshalb standen Deregulierung, Entstaatlichung¹¹⁴ und Privatisierung ganz oben auf der politischen Agenda. Darüber hinaus ging es darum, die Durchführung öffentlicher Aufgaben und die Zuständigkeit für öffentliche Güter an den Markt zu delegieren (Vermarktlichung¹¹⁵). Gleichwohl setzte sich Kohl im CDU-Bundesvorstand mehrmals dezidiert vom neoliberalen Wirtschaftskurs des US-Prä-

113 Ausführlicher dazu Andreas Malycha: Politische Kontrolle? Die Bundesregierung und die Treuhandanstalt, in: Hoffmann (Hg.): Transformation einer Volkswirtschaft (wie Anm. 19), S. 27–40.

114 Vgl. Thomas Handschuhmacher: Eine »neoliberale« Verheißung. Das politische Projekt der »Entstaatlichung« in der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre, in: Frank Bösch/Thomas Hertfelder/Gabriele Metzler (Hg.): Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert, Stuttgart 2018, S. 149–176.

115 Vgl. Ralf Ahrens: Macht und Märkte. Vermarktlichung als historische Forschungsperspektive, in: Rüdiger Graf (Hg.): Ökonomisierung. Debatten und Praktiken in der Zeitgeschichte, Göttingen 2019, S. 73–93.

sidenten Ronald Reagan und der britischen Premierministerin Margaret Thatcher ab.¹¹⁶

Dennoch gab es in Bonn 1990/91 keine einheitliche Vorstellung darüber, wie der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft in Ostdeutschland im Einzelnen erfolgen sollte. In den 1950er- und 1960er-Jahren hatten zwar einige Denkschriften auf den Schreibtischen der Amtsstuben gelegen, die als ordnungspolitische Anleitung für die Durchführung der Wiedervereinigung dienen sollten,¹¹⁷ die aber nur eine kurze Halbwertszeit besaßen. Im Zuge der Entspannungspolitik waren sie in den Schubladen verschwunden. Seitdem hatte sich in der Bonner Republik ein Expertenkreis herausgebildet, der das DDR-Wirtschafts- und -Sozialsystem mit staatlicher Finanzierung wissenschaftlich untersuchte. Diese Expertise wurde von der Bundesregierung Anfang der 1990er-Jahre aber nicht weiter abgerufen; stattdessen wurden Institute geschlossen und abgewickelt.¹¹⁸ Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass die Bundesregierung offiziell versuchte, an den Mythos von Ludwig Erhard anzuknüpfen und ihn für ihre Öffentlichkeitsarbeit zu instrumentalisieren. Insbesondere im Bundeskanzleramt diente die Rolle des ersten Bundeswirtschaftsministers bei der Währungsreform von 1948 immer wieder als Referenzgröße. Dagegen dürfte die Arbeit des Beamtenapparats im Bundesfinanz- und Bundeswirtschaftsministerium sehr viel stärker von

116 Vgl. Berichte zur Lage, 13./14. Oktober 1985, in: Helmut Kohl, Berichte zur Lage 1982–1989. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands, bearb. von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 2014, S. 341–364, hier S. 343; Berichte zur Lage, 26./27. Januar 1986, in: ebd., S. 378–398, hier S. 383; Berichte zur Lage, 3./4. September 1992, in: Helmut Kohl, Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands, bearb. von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 2012, S. 381–387, hier S. 381. So auch Peter Beule: Auf dem Weg zur neoliberalen Wende? Die Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er Jahren, Düsseldorf 2019, S. 495 f.

117 Vgl. Böick: Die Treuhand (wie Anm. 9), S. 105–115.

118 Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, Abwicklung der wissenschaftlichen Fachkompetenz zur DDR-Wirtschaft, o. D., BArch Berlin, B 102/714614, Teil 2, Bl. 601–603; vgl. Berliner Forschungsstelle vor der Auflösung. Nach vierzig Jahren Forschung zur Wiedervereinigung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.11.1992.

der langjährigen Verwaltung des industriellen Bundesvermögens (zum Beispiel VEBA, VIAG, Volkswagen) geprägt worden sein.¹¹⁹

Die ordnungs- und marktwirtschaftlichen Gewissheiten, die das Handeln der Bundesregierung und die öffentliche Meinung in Westdeutschland über Jahrzehnte hinweg begleitet hatten, gerieten zum Jahreswechsel 1990/91 ins Wanken. Am 13. März 1991 trafen sich Vertreter des CDU-Wirtschaftsflügels unter der Leitung von Matthias Wissmann, um über die wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland zu diskutieren. Der eingeladene parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Erich Riedl (CSU), kritisierte die Arbeit der Treuhandanstalt scharf und forderte, die Marktwirtschaft müsse wieder »Oberhand« gewinnen.¹²⁰ Der Staat habe schon zu viel investiert und laufe »insofern Gefahr, wie Belgien und Großbritannien mit [seiner] Industriepolitik zu scheitern«. Der Deutschlandchef von McKinsey & Co., Herbert Henzler, zeichnete auf dem Treffen dagegen ein ganz anderes Szenario: Da die »Selbstheilungskräfte des Markts« in Ostdeutschland versagt hätten, sei »in dieser Extremsituation [...] eine staatliche Investitionspolitik« erforderlich. Henzler, der freilich die Chance auf einen neuen riesigen Markt für die Unternehmensberatung erkannt hatte, sprach sich für ein umfassendes »Beschäftigungskonzept« für die Wirtschaft in den ostdeutschen Bundesländern aus. Ein namentlich nicht genannter Teilnehmer zeigte sich danach sichtlich deprimiert und wollte »BMF [Bundesfinanzministerium], BMWi [Bundeswirtschaftsministerium] und »Juristen« (d. h. McKinsey-Berater) in einem Raum eingeschlossen sehen, bis ein wirkliches Konzept für die Probleme vorliege«.

119 Vgl. Katja Fuder: Der Staat als Unternehmer. Das industrielle Bundesvermögen seit 1945, in: Frank Schorkopf/Mathias Schmoedel/Günther Schulz/Albrecht Ritschl (Hg.): Gestaltung der Freiheit. Regulierung von Wirtschaft zwischen historischer Prägung und Normierung, Tübingen 2013, S. 175–196.

120 Die folgenden Zitate nach Dierk Hoffmann: Im Hochgeschwindigkeitszug durch den Strukturwandel. Deindustrialisierung in Ostdeutschland, in: Abschied von der Kohle. Struktur- und Kulturwandel im Ruhrgebiet und in der Lausitz (Bundeszentrale für politische Bildung, APuZ-Edition), Bonn 2021, S. 46–57, hier S. 52.

Neue Herausforderungen, Professionalisierung der Arbeitsabläufe und Kompetenzkonflikte

Aufgrund der Altschulden und fehlender Kapitalreserven stieg bei den ostdeutschen Betrieben der Bedarf an Liquiditätskrediten sprunghaft an, den die Treuhandanstalt anfangs aber kaum decken konnte. Allein für den Juli 1990 beantragten die Treuhandunternehmen Kredite in Höhe von 24,4 Milliarden DM.¹²¹ Da der Kreditrahmen bei 10 Milliarden DM festgelegt war, konnte die Treuhandanstalt nur 41 Prozent der vorliegenden Anträge bewilligen. Eine weitere Herausforderung stellte die Klärung der Eigentumsverhältnisse dar, weil das sogenannte volkseigene Vermögen teilweise auf Enteignungen zu drei unterschiedlichen Zeitpunkten beruhte (vor 1945, zwischen 1945 und 1949, ab 1949). Die damit verbundenen offenen Rechts- und Eigentumsfragen mussten von der Treuhandanstalt bzw. den im Aufbau befindlichen Landesämtern zur Regelung offener Vermögensfragen in jedem Einzelfall geklärt werden. Der Ansturm auf die Vermögensämter war Ende 1991 noch so groß, dass sich das Dresdener Amt angeblich nicht anders zu helfen wusste, als außen die Türklinken abzumontieren.¹²² Nach Angaben des sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (CDU) waren dort zeitweise nur 13 Mitarbeiter mit der Bearbeitung von insgesamt 40 000 Anträgen beschäftigt gewesen, von denen bis Anfang November 1991 erst 320 bearbeitet werden konnten. Die Entscheidungsprozesse der Vermögensämter erschienen vielen Betroffenen nicht nur langwierig und intransparent, sondern schreckten oft potenzielle Investoren ab.

Die angespannte Lage vieler Betriebe wurde zusätzlich noch verschärft durch das Einbrechen der Binnennachfrage nach ostdeutschen

121 W. Krause, THA-Finanzvorstand, Information zum Stand der Ausreichung und Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten durch die Unternehmen im III. Quartal 1990, 15.9.1990, BArch Berlin, B 412/8837, Bl. 80–82.

122 Vgl. Eine Revolution der Verhältnisse wird verlangt. Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf im SZ-Interview, in: Süddeutsche Zeitung vom 8.11.1991.

Konsumgütern.¹²³ Mit der Einführung der D-Mark hatte sich nämlich die Nachfrage nach westdeutschen Produkten erhöht, die zuvor nur wenigen Ostdeutschen zugänglich gewesen waren. Dieser Nachfragerückgang, der auch über ein Absenken der Preise nicht aufzuhalten war, bedeutete das endgültige Aus für viele Treuhandunternehmen in der Konsumgüterindustrie. Die einbrechende Binnennachfrage einerseits und die Eroberung des ostdeutschen Marktes durch westdeutsche bzw. westliche Unternehmen andererseits bedingten somit einander. Als im Laufe des Jahres 1991 die Nachfrage nach ostdeutschen Produkten langsam wieder anstieg, hatten viele Firmen in den sogenannten neuen Ländern bereits Insolvenz anmelden müssen. Noch etwas schwerer wog der Zusammenbruch des Osthandels, der mit der Einführung der D-Mark als alleiniges Zahlungsmittel begann und durch die Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 weiter beschleunigt wurde. Das IAW rechnete für 1991 mit einem Rückgang der Exporte ostdeutscher Firmen nach Osteuropa um bis zu 60 Prozent,¹²⁴ was durch Bartergeschäfte und die Ausdehnung von Hermes-Bürgschaften des Bundes nicht zu kompensieren war.

Das Konsumverhalten der Ostdeutschen war aus westlicher Sicht von Anfang an unberechenbar, denn die westdeutsche Konsumkultur wurde nicht ohne Weiteres übernommen. Nachdem etwa der Tabakkonzern Reemtsma die Zigarettenfabrik Nortak im thüringischen Nordhausen übernommen hatte, reduzierten die Neubesitzer aus Hamburg den Schadstoffgehalt der einstigen DDR-Spitzenmarke *Cabinet*. Da der Verkauf zurückging und die ostdeutschen Raucher das veränderte Produkt offenbar nicht annahmen, machte Reemtsma die Zigarette »wieder so stark und ungesund wie zuvor«.¹²⁵ Die westliche Werbebranche reagierte

123 Vgl. André Steiner: Abschied von der Industrie? Wirtschaftlicher Strukturwandel in West- und Ostdeutschland seit den 1960er Jahren, in: Werner Plümpe/André Steiner (Hg.): Der Mythos von der postindustriellen Welt. Wirtschaftlicher Strukturwandel in Deutschland 1960–1990, Göttingen 2016, S. 15–54, hier S. 48.

124 Vgl. Der Zusammenbruch des Osthandels hat eine höhere Arbeitslosigkeit zur Folge, in: Handelsblatt vom 13.11.1990.

125 Zarter Silberstreif. Trotz des wirtschaftlichen Niedergangs in der ehemaligen DDR beginnen Unternehmen, dort zu fertigen, in: Wirtschaftswoche vom 22.2.1991.

als Erste auf die scheinbar eigensinnige Mentalität der ostdeutschen Bevölkerung: »Test the West« hatte ein großer Tabakkonzern 1990 den Ostdeutschen auf Plakaten zugerufen. Doch dieses Konzept war nicht so ganz aufgegangen. Drei Jahre später warb eine westdeutsche Werbeagentur für eine ostdeutsche Zigarettenmarke mit dem Slogan: »Ich rauche Juwel, weil ich den Westen schon getestet habe.«¹²⁶

Auf die neuen Herausforderungen reagierte die Legislative teilweise mit weiteren Gesetzen, die nicht nur die Privatisierungsarbeit erleichtern sollten, sondern de facto das Aufgabenprofil der Treuhandanstalt vergrößerten.¹²⁷ Darüber hinaus richtete das Bundesfinanzministerium einen Leitungsausschuss ein, der unabhängig sein sollte und deshalb nicht in die Behördenstruktur der Treuhandanstalt integriert wurde. In dem Gremium saßen Wirtschaftsprüfer,¹²⁸ Unternehmensberater¹²⁹ und Juristen. Seine Aufgabe bestand darin, die von den Treuhandunternehmen eingereichten Unternehmenskonzepte zu prüfen und die Sanierungsaussichten auf einer Skala zwischen eins und sechs zu benoten. Auf dieser Grundlage traf der Vorstand der Treuhandanstalt seine Privatisierungsentscheidungen, bei denen er sich an den Empfehlungen des Leitungsausschusses

126 Aus dem Osten, daher gut. Das Beispiel Leipzig: Über Werbeagenturen, Gartenzweige und die Verweigerung der westlichen Konsumkultur, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.5.1993. Erstmals zit. bei: Dierk Hoffmann: Von der Erfahrung zur Historisierung. Die Treuhandanstalt (1990–1994), in: Andreas H. Apelt/Lars Lüdicke (Hg.): Die Treuhandanstalt. Pragmatismus, Erfolgskonzept oder Ausverkauf?, Halle (Saale) 2021, S. 109–122, hier S. 113.

127 Z. B. D-Markbilanzgesetz vom 22.9.1990; Gesetz zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Privatisierung von Unternehmen und zur Förderung von Investitionen vom 22.3.1991; Gesetz über die Spaltung der von der Treuhandanstalt verwalteten Unternehmen vom 5.4.1991; Treuhand-Kreditaufnahmegesetz vom 3.7.1992; 2. Vermögensrechtsänderungsgesetz vom 14.7.1992; Investitionsvorranggesetz vom 14.7.1992. Abgedruckt in: Treuhandanstalt (Hg.): Dokumentation 1990–1994, Bd. 1 (wie Anm. 105).

128 Vgl. Bericht über die Tätigkeit der Wirtschaftsprüfer für die Verwaltungsratssitzung am 9.8.1990, 3.8.1990, BArch Berlin, B 412/8835, Bl. 114 f.

129 Vgl. Schreiben Dannenbergs, BMF, Außenstelle Berlin, an Roland Berger & Partner GmbH, z. Hd. Herrn Kraus, betr. Beratung der Treuhandanstalt, 20.11.1990, BArch Berlin, B 126/320866, Bl. 123–125.

weitgehend orientierte. Gleichzeitig begann der Vorstand der Treuhandanstalt damit, die internen Arbeitsabläufe zu professionalisieren.

Es entsprach dem Selbstverständnis der Bundesregierung und der Treuhandanstalt, dass die Privatisierung der ostdeutschen Betriebe gesetzes- und rechtskonform gestaltet werden sollte. Dazu dienten das bereits erwähnte Treuhandgesetz und die nachfolgenden Gesetzesvorschriften, die in der frei gewählten Volkskammer bzw. im gesamtdeutschen Bundestag mehrheitlich verabschiedet wurden. Diesem Ziel dienten auch einige Vorstandsbeschlüsse, die konkrete Anweisungen für die Unternehmensbereiche und Direktorate zu einem geordneten und damit nachvollziehbaren Arbeitsablauf enthielten. Dieser Prozess der Professionalisierung ist bereits in der Amtszeit Rohwedders zu beobachten: Ende 1990 beschloss der Vorstand erstens eine Regelung, mit der die Zuständigkeitsbereiche zwischen der Treuhandzentrale und den Treuhandniederlassungen abgegrenzt wurden; Letztere erhielten demnach die Verantwortung für die Betreuung von Unternehmen mit bis zu 1500 Beschäftigten.¹³⁰ Anfang 1991 erschien zweitens ein Organisationshandbuch für den internen Gebrauch, »aus dem alles Wissenswerte über die Treuhandanstalt – z. B. Regelwerke, Organisation, interne Abwicklungsverfahren, Regelungen und Richtlinien hervorgehen soll«. ¹³¹ Rohwedder hatte drittens eine Haftungsfreistellung für die Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder bei Ministerpräsident de Maizière beantragt, um Entscheidungen beschleunigen zu können.¹³² Allem Anschein nach erhoffte er sich von dieser Maßnahme auch eine Signalwirkung für westdeutsche Manager, bei der Treuhandanstalt be-

130 Die Regelung sah allerdings einige Ausnahmen vor, z. B. für Flughäfen, Außenhandelsunternehmen, Geld- und Kreditinstitute, Centrum-Warenhäuser, Druckereien und Verlage, Reisebüros und Hotelketten, Zirkusse, Gesellschaften der ehemaligen DEFA, wissenschaftliche Institute. Vgl. THA-Vorstandsbereich Niederlassungen, B. Breuel, Kriterien der Zuordnung der THA-Unternehmen zu den Niederlassungen, o. D., BArch Berlin, B 412/8842, Bl. 14. Die Obergrenze von 1500 Beschäftigten orientierte sich am Mitbestimmungsgesetz von 1976. Vgl. Karriere in Deutschland, in: Die Presse vom 15.3.1991.

131 Einführung zum Organisationshandbuch (OHB) der Treuhandanstalt, BArch Berlin, B 412/26241, Bl. 4.

132 Rohwedder an de Maizière, o. D. [August 1990], BArch Berlin, B 412/8834, Bl. 93 f.

ruflich einzusteigen. Diese hatten wohl auf entsprechende Anfragen mit Zurückhaltung reagiert, befürchteten doch viele, mit einer Zusage ein unkalkulierbares persönliches Risiko einzugehen. Die Haftungsfreistellung war bereits zeitgenössisch heftig umstritten, denn sie schien das negative Image zu bestätigen, das die Treuhandanstalt bereits Anfang 1991 in weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit besaß. Der Verwaltungsrat fasste viertens einen Beschluss zum Umgang mit Interessenkonflikten.¹³³ Da der Führungsspitze der Treuhandanstalt mehrheitlich westdeutsche Unternehmer angehörten, die zusätzlich noch in Aufsichtsräten und Beiräten anderer Firmen saßen, sollte ein Verhaltenskodex entwickelt werden. Die Vorschläge zielten konkret auf eine freiwillige Offenlegung der Ämter und Mandate, aus denen sich Interessenkonflikte ergeben könnten. In der Folgezeit praktizierte der Verwaltungsrat der Treuhandanstalt das sogenannte Stimmverbot, das heißt, das betreffende Mitglied wurde im begründeten Verdachtsfall eines Interessenkonflikts von der Willensbildung ausgeschlossen. Der Verwaltungsrat hielt an diesem Beschluss in der Folgezeit fest.¹³⁴

Die Treuhandspitze erkannte im Spätsommer 1990, dass der eingeschlagene Privatisierungskurs Betriebsschließungen und Massenentlassungen nach sich ziehen würde, und suchte eine Antwort auf die wirtschaftliche Talfahrt in Ostdeutschland. Ende September diskutierte der Vorstand darüber, inwieweit »sozial- und arbeitsmarktpolitisch flankierte Konkursverfahren« zu mehr Akzeptanz bei den Betroffenen führen und bei potenziellen Investoren größeres Interesse wecken würden.¹³⁵ Die Diskussion drehte sich schnell um die Aufstellung und Finanzierung von

133 Vorlage Dr. Lorenz, Sekretär des Verwaltungsrats, für die Sitzung des Verwaltungsrates am 6.11.1990, BArch Berlin, B 412/8840, Bl. 79–84.

134 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats, Manfred Lennings, legte etwa sein Mandat als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Hamburger Stahlwerke nieder, da diese ein Kaufangebot für das Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) abgegeben hatten. Protokoll der 41. Sitzung des Verwaltungsrats am 15.10.1993, BArch Berlin, B 412/9036, Bl. 108–139, hier Bl. 110.

135 Peter Gemählich an Präsident Rohwedder und die Vorstandsmitglieder Wild, Koch, Plaschna, 24.9.1990, BArch Berlin, B 412/2545, Bl. 27 f., hier Bl. 27. Plaschna stand dem Leitungsausschuss vor.

Sozialplänen sowie die Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) bei Kombinat und Großbetrieben, die sich in Auflösung befanden. Nach einem Pilotprojekt für den bekannten und damals bereits in Liquidation befindlichen Fotokamerahersteller Pentacon (Dresden) sollten 10 bis 15 weitere Projekte an »Brennpunkten« in Ostdeutschland eingerichtet werden. Bei Pentacon ging es um rund 6000 Beschäftigte und ihre Arbeitsplätze. Drei Viertel von ihnen sollten im Rahmen des Modellvorhabens weiterqualifiziert oder umgeschult werden. Die Fortbildungsmaßnahmen sollten im Betrieb durchgeführt werden, um den Leuten das Gefühl zu vermitteln, sie seien nicht entlassen worden.

Daraufhin fasste der Vorstand der Treuhandanstalt am 26. Februar 1991 einen Grundsatzbeschluss mit weitreichender Bedeutung und erweiterte so das Aufgabenfeld der Behörde erheblich.¹³⁶ Seit diesem Zeitpunkt beteiligte sich die Behörde in Ostdeutschland an der beruflichen Fortbildung und Umschulung, den ABM, Beschäftigungsgesellschaften und Existenzgründungen (Management-Buy-out) durch Mitarbeiter der Treuhandunternehmen. Doch für diese sozial-, arbeitsmarkt- und mittelstandspolitischen Maßnahmen mussten zuvor noch rechtliche und fiskalische Fragen geklärt werden, denn die neuen Aufgaben entsprachen teilweise nicht dem ursprünglichen Privatisierungsauftrag. Dazu waren Verhandlungen mit dem Bundesfinanzministerium und den ostdeutschen Landesregierungen erforderlich. Darüber hinaus mussten die Tarifparteien eingebunden werden, denn nur so ließen sich Sozialpläne aufstellen.

Durch die Ausweitung des Aufgabenprofils und die damit notwendig gewordenen Absprachen vergrößerte sich der Kreis der Akteure, die an der Privatisierung der ehemals volkseigenen Betriebe (VEB) beteiligt waren. Das schlug sich auch in der Zusammensetzung des Verwaltungsrates nieder, in dem die ostdeutschen Ministerpräsidenten, aber auch Unternehmer und Gewerkschaften (DGB, DAG, IG Metall, IG Chemie-

136 Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung am 26.2.1991, BArch Berlin, B 412/2564, Bl. 8–24, hier Bl. 9–11.

Papier-Keramik) Sitz und Stimme erhielten.¹³⁷ Das korporatistische Wirtschaftsmodell, das sich in der alten Bundesrepublik bewährt hatte und das wichtige Interessengruppen berücksichtigte, diente als Vorbild. Obwohl die letzte Entscheidung beim Vorstand und dem ihm zuarbeitenden Leitungsausschuss lag, hatte der Verwaltungsrat ein Mitspracherecht. Die Treuhandspitze hatte im Übrigen ein eigenes Interesse daran, die ostdeutschen Ministerpräsidenten bei Privatisierungsentscheidungen einzubeziehen, da die Ländervertreter medialen Druck erzeugen und den Länderinteressen Gehör verschaffen konnten.

In der Amtszeit Rohwedders hatte sich die Treuhandanstalt nicht nur zu einer schlagkräftigen Behörde entwickelt. Es offenbarten sich bereits die zentralen politischen Konfliktlinien, die bis Ende 1994 wirkmächtig bleiben sollten. Denn die Ausweitung des Aufgabenkatalogs warf von Anfang an grundlegende staats- und verfassungsrechtliche Fragen auf, tangierte die Treuhandanstalt doch das fein austarierte Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern. In diesem Punkt reagierten die westdeutschen Bundesländer besonders empfindlich. So bat der Vorsitzende der Wirtschaftsministerkonferenz, August R. Lang (CSU) seinen Parteifreund Bundesfinanzminister Theo Waigel als »fach- und rechtsaufsichtlich« zuständigen Minister, die Treuhandanstalt »schnellstmöglich auf deren ureigenste Aufgabe zurückzuführen« und die unternehmerische Tätigkeit der Behörde »so rasch und so weit wie möglich zu begrenzen«.¹³⁸ Dahinter steckte die Sorge, die Treuhandanstalt würde regionale und sektorale Strukturpolitik sowie eine unmittelbare Wirtschaftsförderung zulasten der Länder betreiben. Die Privatisierungsbehörde war deshalb ein Fremdkörper in der föderativen Ordnung der Bundesrepublik, die aus dem Gleichgewicht zu geraten drohte. Das erklärt auch, warum zahlreiche

137 Eine komplette Aufstellung der Mitglieder des THA-Verwaltungsrats zwischen 1990 und 1994 bei Malycha: Vom Hoffnungsträger zum Prügelknaben (wie Anm. 56), S. 207–209.

138 Schreiben August R. Lang an Theo Waigel, 4.10.1990, S. 5, BArch Berlin, B 412/3696, unfol.

politische Akteure in Ost und West ein gesteigertes Interesse an einer raschen Beendigung der Privatisierungsarbeit und an einer zeitnahen Schließung der Behörde hatten.

Unter den ostdeutschen Ministerpräsidenten war es vor allem Biedenkopf, der den Kompetenzkonflikt mit der Treuhandanstalt in der Öffentlichkeit austrug. In seiner ersten Regierungserklärung vor dem frisch gewählten sächsischen Landtag Anfang November 1990 erhob er schwere Vorwürfe gegen die Behörde: »Es gibt kaum einen Gegenstand, zu dem sich die Beschwerden mehr häufen als zur Arbeit der Treuhandanstalt.«¹³⁹ Nach der Gründung der ostdeutschen Länder könne auf eine zentrale Verwaltung des ehemals volkseigenen Vermögens verzichtet werden. Die Aufgabe der Reprivatisierung und Neuordnung der Wirtschaft müsse daher auf die Länderebene verlegt werden.¹⁴⁰ Er gehe davon aus, dass die Außenstellen der Treuhandanstalt in Sachsen mit Stellen der Landesregierung zu »einer Art Treuhandkabinett« zusammengefasst würden, um den Privatisierungsprozess in Übereinstimmung mit den wirtschaftspolitischen Ziele des von ihm geleiteten Kabinetts voranzutreiben. Doch dazu kam es nicht, weil dem Land die personellen und finanziellen Ressourcen fehlten. Das tatsächlich eingerichtete Treuhandkabinett diene in erster Linie zur Verbesserung der Kommunikation zwischen der Treuhandanstalt und dem Land. Die Privatisierungsentscheidungen wurden aber weiterhin in der Berliner Behörde bzw. in ihren Außenstellen getroffen. Nachdem Biedenkopf in den Verwaltungsrat der Treuhand eingezogen war, antwortete er in einem Zeitungsinterview auf die Feststellung, er habe doch unlängst Frieden gemacht mit der Treuhandanstalt und ihrem Präsidenten: »Sagen wir Waffenstillstand.« Dabei vermittelte er den un-

139 Regierungserklärung Biedenkopfs vom 8.11.1990, in: Sächsischer Landtag, 1. Wahlperiode, 2. Sitzung, S. 52–65, hier S. 60, https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=2&dok_art=PIPr&leg_per=1&pos_dok=1&dok_id (Zugriff am 4.8.2021).

140 Dieser Forderung schlossen sich die FDP-Fraktionsvorsitzenden in den ostdeutschen Landtagen an. In einer gemeinsamen Erklärung bezeichneten sie die Treuhandanstalt als »das letzte große Kombinat der Ex-DDR«. Vgl. FDP-Vorsitzende für Auflösung der Treuhand, in: Handelsblatt vom 6.3.1991.

zutreffenden Eindruck, der Verwaltungsrat sei »der eigentliche Ort der Entscheidung«. ¹⁴¹

Mit seinem konfrontativen Kurs verfolgte Biedenkopf zwei Ziele. ¹⁴² Es ging ihm erstens darum, in Sachsen Zuversicht zu verbreiten und Vertrauen zu den neu gegründeten Institutionen des Landes zu schaffen. Dazu grenzte er sich von der Treuhandanstalt in Berlin dezidiert ab und nutzte sie als Blitzableiter für den angestauten Unmut in Ostdeutschland. Es ging ihm zweitens darum, die Stellung Sachsens gegenüber dem Bund zu stärken. Er positionierte sich für die anstehende Auseinandersetzung um die Stellung der Treuhandanstalt innerhalb des bundesdeutschen Föderalismus. Daneben gab es auch noch einen finanziellen Aspekt, denn es ging um die Verteilung der Lasten der deutschen Einheit zwischen dem Bund und den Ländern. Da die ostdeutschen Länder zunächst über keine großen Steuereinnahmen verfügten, hingen sie am Tropf des Bundes. Diese Diskussion hatte bereits im Herbst 1990 begonnen und war im Frühjahr 1991 noch nicht abgeschlossen.

Westdeutsche Aufbauhelfer und »SED-Seilschaften«

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums haben Bund, Länder und Kommunen bis 1995 annähernd 35 000 Mitarbeiter kurzfristig oder auf Dauer als sogenannte Aufbauhelfer in die ostdeutschen Bundesländer

141 »Wir können Deutschland nicht wieder teilen«, in: Neue Zeit vom 31.1.1991. Bereits zwei Wochen zuvor hatte die Tageszeitung *Die Welt* gemeldet, Biedenkopf und Rohwedder hätten ihren Streit über die Zuständigkeiten bei der Privatisierung von Treuhandunternehmen beigelegt. Vgl. Biedenkopf und Rohwedder einigen sich, in: *Die Welt* vom 14.1.1991.

142 Zum Folgenden: Dierk Hoffmann: Der selbst ernannte Musterschüler. Massenarbeitslosigkeit und Kommunikationsstrategie der sächsischen Landesregierung, in: ders. (Hg.): *Transformation einer Volkswirtschaft* (wie Anm. 19), S. 188–200, hier S. 195 f.

geschickt.¹⁴³ Doch diese Zahl sagt wenig aus über den Transfer von Verwaltungswissen. Deshalb lohnt es sich, den Blick auf die Region und auf die Anfangszeit zu richten. Im Folgenden soll kurz die Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und den drei südlichen DDR-Bezirken, aus denen sich im Herbst 1990 der Freistaat Sachsen bildete, beim Verwaltungsaufbau skizziert werden. Entsprechende Kontakte hatten sich zum Jahreswechsel 1989/90 angebahnt, wobei die ostdeutsche Initiative ausschlaggebend war. Vertreter des baden-württembergischen Gemeindetages, die Mitte Januar 1990 eine Besuchsreise nach Dresden unternommen hatten, berichteten, dass sich ihre Gesprächspartner vom Rat des Bezirks »soweit wie möglich nach Baden-Württemberg und nicht in [sic] ein anderes Bundesland orientieren« würden.¹⁴⁴ Die Aufbauhilfe Baden-Württembergs, die sich Ende 1989 zunächst auf Sachhilfen beispielsweise für medizinische Einrichtungen konzentrierte, erstreckte sich ab Spätsommer 1990 auch auf personelle Unterstützung. So wollte die Stuttgarter Landesregierung anfangs 150 Kommunalbeamte, 30 Beamte aus den Stuttgarter Landesministerien und 21 Richter nach Sachsen entsenden. An eine Übernahme der sächsischen Verwaltung durch westdeutsche »Leihbeamte« war ausdrücklich nicht gedacht. Es gab nämlich erhebliche Bedenken, baden-württembergische Beamte »voll in die Hierarchie mit entsprechender Weisungsbefugnis [...] einzubinden, insbesondere im

143 Vgl. Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Materialien zur Deutschen Einheit und zum Aufbau in den neuen Bundesländern. Drucksache 13/2280 vom 8.9.1995, S. 65. Zit. nach Ilko-Sascha Kowalczyk: Woanders ist auch Scheiße! Die Auswirkungen der Transformation nach 1990 auf die Gesellschaft in Ostdeutschland. Ein Überblick, in: Kowalczyk/Ebert/Kulick (Hg.): (Ost)Deutschlands Weg. Teil I (wie Anm. 43), S. 29–57, hier S. 42.

144 Aktenvermerk Dr. Steger über eine Reise nach Dresden, 23.1.1990, S. 7, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, EA 8/603, Bü 50/6. Erstmals zit. bei Hoffmann: Übernahme? (wie Anm. 43), S. 261. Zur Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und Brandenburg Wolf-Rüdiger Knoll: Die Treuhandanstalt in Brandenburg. Regionale Privatisierungspraxis 1990–2000, Berlin 2022; Peter Ulrich Weiß/Jutta Braun: Im Riss zweier Epochen. Potsdam in den 1980er und frühen 1990er Jahren, Berlin 2017, S. 377–388; Christoph Lorke: Von »Besserwessis« und »Jammerrossis«. Administration im Übergang, kommunale »Verwaltungshilfe« und westdeutsche »Aufbauer«, in: Jahrbuch Deutsche Einheit 2020 (wie Anm. 18), S. 206–229.

Hinblick auf evtl. anstehende Personalentscheidungen, die von baden-württembergischen Beamten aufgrund der fehlenden DDR-spezifischen Kenntnisse nicht sachgerecht getroffen werden könnten«. ¹⁴⁵

Angesichts der aufkommenden Arbeitslosigkeit kam dem zügigen Aufbau einer Arbeitsverwaltung bereits im Sommer 1990 eine entscheidende Rolle zu. Dazu wurden westdeutsche Expertise und Manpower benötigt. Der frühere Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Herbert Ehrenberg (SPD) war für kurze Zeit Berater der Zentralen Arbeitsvermittlung in Ost-Berlin gewesen, ¹⁴⁶ und die zehn westdeutschen Landesarbeitsämter hatten die Patenschaft für einige ostdeutsche Arbeitsamtsbezirke übernommen. Der Präsident des Landesarbeitsamts Südbayern Günther Spiegl berichtete, dass aus seinem Bezirk ungefähr 60 Mitarbeiter nach Leipzig, Altenburg und Oschatz abgestellt wurden. ¹⁴⁷ Die entsandten Mitarbeiter hätten sich freiwillig gemeldet und würden in einem Sechs-Wochen-Rhythmus zwischen ihrem alten und neuen Arbeitsplatz pendeln. Bereits im Sommer 1990 hatte die Bundesanstalt für Arbeit (BA) rund 600 Mitarbeiter in die 38 Arbeitsämter der DDR geschickt. ¹⁴⁸ Hinzu kamen Lehrgänge für Arbeitsamtsdirektoren und Abteilungsleiter sowie Schulungskurse für die angehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die von der Nürnberger Behörde durchgeführt wurden.

Die BA plante für 1991 mit einem »gespaltenen Haushalt«: Während der Verwaltungsrat davon ausging, dass für das Gebiet der Bundesrepublik Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein würden, wurde für die noch bestehende DDR mit einer »Lücke von mindestens 25 Milliarden Mark«

145 Vermerk (Kretzer) über eine Reise unter Leitung von Herrn Dr. Zeller am 24./25.7.1990 nach Dresden und Chemnitz, o. D., S. 4, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, EA 8/502, Bü 10/3. Erstmals zit. bei Hoffmann: Übernahme? (wie Anm. 43), S. 263.

146 Vgl. »Sozialstaatsgebot missachtet«. Ehrenberg rügt schwere Versäumnisse bei der deutschen Einheit, in: Frankfurter Rundschau vom 25.10.1990.

147 Vgl. Amtshilfe für die Ost-Kollegen. Arbeitsämter helfen mit Beratern und mit Geld, in: Süddeutsche Zeitung vom 30.10.1990.

148 Vgl. Arbeitsverwaltung sucht DDR-Pioniere. Öffentliche Arbeitsvermittlung für Fach- und Führungskräfte in der DDR kommt langsam in Schwung, in: Handelsblatt vom 31.8.1990.

gerechnet.¹⁴⁹ Dringend benötigt wurden vor allem Spezialisten für das Arbeitsförderungs-gesetz. Da die Bundesanstalt nicht alle Aufgaben personell alleine stemmen konnte, bot sich hier ein Einfallstor für private Anbieter. So entwickelte eine Münchener Beratungsfirma für ostdeutsche Betriebe »umfassende Sanierungskonzepte mit einem sozial verträglichen Charakter«. Das Konzept, das sich wohlklingend »Überführungsgesellschaft« nannte, sah zunächst einmal den Verbleib der Mitarbeiter im Betriebsverbund vor. Entsprechende Pilotprojekte – etwa beim Leiterplatten-Hersteller Elektrophysikalische Werke in Neuruppin – begannen zwar hoffnungsvoll, scheiterten aber schon Monate später.

Die rasche Übernahme von Leitungspositionen in der ostdeutschen Arbeitsverwaltung durch westdeutsche Experten erklärt sich auch durch die öffentliche Debatte über vermeintliche Stasiseilschaften. In den Monaten Oktober und November 1990 wurden fast 40 Arbeitsverhältnisse von leitenden Mitarbeitern – darunter der Direktoren der Arbeitsämter Rostock und Pirna – wegen ihrer Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit bzw. das Amt für nationale Sicherheit aufgelöst.¹⁵⁰ Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) hatte kurz zuvor angekündigt, diese »Seilschaften« zu zerschlagen.¹⁵¹ Deshalb seien die Leiter der Arbeitsämter in Gotha, Jena, Plauen und Schwerin entlassen worden. Die Stasivorwürfe erhielten dadurch noch zusätzliche Nahrung, dass manches Amt in einem ehemaligen Stasigebäude residierte, wie etwa die Zentrale Arbeitsvermittlung in Ost-Berlin. Die Ablehnung, die große Teile der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber der Staatspartei SED und dem Staatssicherheitsapparat in der friedlichen Revolution offen artikuliert hatten, beeinflusste

149 Streit bei der Bundesanstalt über Haushalt '91, in: Frankfurter Rundschau vom 28.9.1990.

150 Nürnberg entlässt ehemalige Stasi-Mitarbeiter. Die Direktoren der Arbeitsämter Rostock und Pirna müssen gehen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.11.1990.

151 Die Job-Vermittler können sich vor Arbeit kaum retten. Alte »Seilschaften« von SED und Stasi in den Ämtern werden entfernt, in: Nürnberger Nachrichten vom 8.11.1990.

die öffentlichen Debatten über das Erbe der DDR in den folgenden Jahren und war ein Katalysator für den Elitenwechsel in Ostdeutschland.

Die öffentlich entbrannte Debatte über SED- bzw. Stasiseilschaften machte auch vor der Treuhandanstalt nicht halt, wobei die Trennungslinie zwischen beiden Sachverhalten gelegentlich verschwamm. Erste Gerüchte über die Stasivergangenheit von Verwaltungsratsmitgliedern kursierten schon vor dem 3. Oktober 1990 in der Presse.¹⁵² Einzelne Mitglieder der Bonner Regierungsfractionen griffen die Bedenken der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung und mancher Belegschaften gegenüber Werksleitungen bereitwillig auf und zogen teilweise gewagte Vergleiche: »Die alten Seilschaften der SED haben sich in den Betrieben und in der Treuhand fest eingenistet. Ihre Netzwerke lassen sich nur mit denen der Mafia in Süditalien vergleichen.«¹⁵³ Dabei geriet sogar der anvisierte Aufbau eines ostdeutschen Mittelstandes in Misskredit: Alte Seilschaften würden sich angeblich bei der Treuhandanstalt für einen Management-Buy-out empfehlen, warnte ein Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftsprüfung an der Universität Hamburg.¹⁵⁴ Dagegen verglich der Personalvorstand der Treuhandanstalt, Alexander Koch, die Situation mit der von 1948: Auch damals seien nicht alle »Nazis« in den Unternehmen gefeuert worden.¹⁵⁵ Die Treuhandanstalt habe keine andere Wahl und müsse die alten Vorstände zunächst einmal in ihrer Funktion belassen, denn das Personal der zweiten oder dritten Reihe stelle keinen adäquaten Ersatz dar.

In der Diskussion wurden rasch Stimmen laut, die eine Differenzierung anmahnten: So wies ein ehemaliger Ministerialdirektor im Bundesjustizministerium darauf hin, dass der Aufbau einer Marktwirtschaft in Ostdeutschland ohne die alte Funktionselite nicht zu schaffen sei. Die alleinige Zugehörigkeit zur SED reiche nicht aus, »um alte und jetzt noch im

152 Stasi-Mann im Verwaltungsrat der Treuhand, in: Stuttgarter Zeitung vom 1.10.1990.

153 »Die verdienen daran, dass alles kaputtgeht«. Treuhandanstalt von den alten Seilschaften durchsetzt, in: Bonner Rundschau vom 23.10.1990.

154 Vgl. »Volkvermögen« per Buy-out an alte SED-Seilschaften?, in: Die Welt vom 20.11.1990.

155 »Damals konnten auch nicht alle Nazis gefeuert werden«. Treuhand-Manager Koch braucht frühere Betriebsleiter, in: Die Welt vom 20.11.1990.

Amt befindliche Führungsleute zu diskreditieren und aus ihren Ämtern zu entfernen.«.¹⁵⁶ Außerdem gebe es unter den früheren Betriebsleitern viele, denen außer ihrer SED-Mitgliedschaft nichts vorzuwerfen sei, und die über Managerqualitäten verfügen würden. Aus Sicht der Treuhandanstalt stellten Netzwerke zwischen früheren SED-Funktionären und Geschäftsleuten aus dem Westen die weitaus größere Bedrohung dar. Diesen Ost-West-Seilschaften ginge es meistens nicht um die Sanierung der Betriebe, sondern darum, »eine schnelle Mark zu machen«, so Rohwedder in einem Zeitungsinterview.¹⁵⁷ Um den zahlreichen Beschwerden und Hinweisen über belastetes Leitungspersonal in der Treuhandanstalt und den Treuhandunternehmen nachgehen zu können, setzte die Berliner Behörde schon im Herbst 1990 sogenannte Vertrauensbevollmächtigte in der Zentrale und den Niederlassungen ein. Dabei handelte es sich um zwei Vertreter des Bundesjustizministeriums und 15 pensionierte Richter, die keinerlei Weisungen unterlagen und nur Empfehlungen aussprechen konnten. Die Einsatzdauer wurde zunächst auf sechs Monate begrenzt. Mit dieser Maßnahme erhoffte sich die Treuhandanstalt eine »vertrauensfördernde Wirkung«.¹⁵⁸

Die Bedeutung der »alten Seilschaften« wurde von manchem Politiker freilich überschätzt. So kritisierte Biedenkopf in seiner ersten Regierungserklärung, dass ehemalige Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre »ihresgleichen neu beschäftigen und zugleich Arbeiter entlassen, die auf der Straße mit so großem Erfolg für ihre Befreiung vom vormundschaftlichen Staat gekämpft haben«.¹⁵⁹ Die Arbeiter hätten aber ein Recht darauf, in ihren Betrieben von Menschen geführt zu werden, denen sie vertrauen können. Nach einer Rundreise durch Sachsen schrieb er in sein Tagebuch:

156 Ebd.

157 Wenn aus Bonzen Manager werden, in: Süddeutsche Zeitung vom 19.11.1990.

158 Protokoll über die 8. Sitzung des Verwaltungsrates am 6.11.1990, BAArch Berlin, B 412/9034, Bl. 372–382, hier Bl. 378. Vgl. zu den Vertrauensbevollmächtigten auch den Beitrag von Andreas Malycha im vorliegenden Band.

159 Regierungserklärung Biedenkopfs vom 8.11.1990, in: Sächsischer Landtag, 1. Wahlperiode, 2. Sitzung, S. 52–65, hier S. 63, https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=2&dok_art=PIPr&leg_per=1&pos_dok=1&dok_id (Zugriff am 16.8.2021).

»Die Menschen haben zunehmend Angst, um die Früchte ihrer friedlichen Revolution betrogen zu werden. Allerorten melden sich die alten Seilschaften wieder zu Wort.«¹⁶⁰ In die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz mischte sich demzufolge die Befürchtung, Vertreter der alten Ordnung würden erneut über wirtschaftliche Macht und Einfluss verfügen. Diese Argumentationslinie hatte auch eine entlastende Funktion, denn sie sollte ein Stück weit die ökonomische Talfahrt in Ostdeutschland erklären.

Der Tätigkeitsbericht, den die Vertrauensbevollmächtigten dem Verwaltungsrat im Sommer 1991 vorlegten, fiel gemischt aus. Auf der einen Seite bestätigte er das anhaltend große Interesse der Öffentlichkeit an der Aufklärung der eingereichten Beschwerden und Hinweise. Im neunmonatigen Berichtszeitraum entfielen allein auf Berlin insgesamt 1554 Eingaben.¹⁶¹ Unterm Strich blieb das Ergebnis jedoch überschaubar und entsprach nicht den hochgesteckten Erwartungen: Nur in zwei bis vier Prozent der relevanten Fälle wurden Empfehlungen zur Auflösung des Arbeitsvertrags ausgesprochen.¹⁶² Die Vertrauensbevollmächtigten orientierten sich bei der Überprüfung von Treuhandmitarbeitern am Tatbestand der »objektiven Kompromittierung«, den der SPD-»Kronjurist« Adolf Arndt im Hinblick auf die NS-Zeit 35 Jahre zuvor geprägt hatte.¹⁶³ Die westdeutschen Richter betonten auf der anderen Seite aber auch die Schwierigkeit der übertragenen Aufgabe, die einer Gratwanderung gleiche. Ihre Aufgabe bestehe nicht darin, »Hexenjagden zu veranstalten« oder »Schuldvorwürfe zu erheben«. Dabei drohe nämlich die Gefahr,

160 Kurt Biedenkopf: Von Bonn nach Dresden. Aus meinem Tagebuch Juni 1989 bis November 1990, München 2015, S. 377 (Eintrag zum 14.10.1990).

161 Bericht der Vertrauensbevollmächtigten vor dem Verwaltungsrat der Treuhandanstalt am 26.7.1991, BArch Berlin, B 412/9034, Bl. 171–174, hier Bl. 171.

162 Erich Bülow, Vertrauensbevollmächtigter beim THA-Vorstand, Bericht über die Tätigkeit der Vertrauensbevollmächtigten zur Sitzung des Verwaltungsrates der Treuhandanstalt am 26.7.1991, 7.8.1991, ebd., Bl. 175–183, hier Bl. 182. Auf Grundlage dieser Empfehlungen sprach die Treuhandanstalt rund 400 Entlassungen aus politischen Gründen aus; innerhalb der Treuhandanstalt waren 35 Personen betroffen. Vgl. Birgit Breuel an Kurt Biedenkopf, 31.7.1991, BArch Berlin, B 412/3180, Bl. 75 f.

163 Bericht der Vertrauensbevollmächtigten vor dem Verwaltungsrat der Treuhandanstalt am 26.7.1991, BArch Berlin, B 412/9034, Bl. 171–174, hier Bl. 172.

»Opfer schlichter Denunziation zu werden«. Damit hatte der Bericht die inhaltlichen Probleme knapp umrissen, die mit der Überprüfung der Eingaben verbunden waren. Der Bericht unterstrich nicht nur die Bedeutung der Vertrauensbevollmächtigten als »Kummerkasten für enttäuschte Bürger«,¹⁶⁴ sondern auch die begrenzte Aussagekraft seiner Empfehlungen. Für die Treuhandanstalt erfüllte sich die Hoffnung nicht, mithilfe der Vertrauensbevollmächtigten sozialen Frieden in den Betrieben herzustellen.

Massenarbeitslosigkeit und Öffentlichkeit

Im Spätsommer 1990 entwickelte sich der Arbeitsmarkt in West- und Ostdeutschland gegenläufig: Während die Erwerbslosenzahlen im Westen sanken, stiegen sie im Osten. In der Presse war daraufhin vom »West-Ost-Gefälle«,¹⁶⁵ »Geteilte[n] Arbeitsmarkt«¹⁶⁶ und »Gespaltene[n] Arbeitsmarkt«¹⁶⁷ die Rede. In der *Berliner Morgenpost* schrieb ein Kommentator, die innerdeutsche Grenze sei auf dem Arbeitsmarkt »noch trennscharf«.¹⁶⁸ Er führte diesen Befund auf die bislang verdeckte Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Bundesländern zurück, die nun offen zutage trete. Insgesamt würden die »alten unrentablen Arbeitsplätze« schneller wegfallen, als neue entstehen könnten. Während das politische Bonn noch Optimismus ausstrahlte, schätzten Journalisten die wirtschaftliche Lage Ostdeutschlands sehr viel nüchterner ein. Bei der Berichterstattung über die ökonomischen Probleme in den ostdeutschen Bundesländern tauchte frühzeitig die Analogie zu Süditalien auf, die als Erster der Staatssekretär im Ost-Berliner Wirtschaftsministerium, Martin Dube (partei-

164 Erich Bülow, Bericht über die Tätigkeit der Vertrauensbevollmächtigten zur Sitzung des Verwaltungsrates der Treuhandanstalt am 26.7.1991, 7.8.1991, ebd., Bl. 175–183, hier Bl. 183.

165 Talsohle wird länger. West-Ost-Gefälle auf dem Arbeitsmarkt, in: Westfälische Rundschau vom 7.11.1990.

166 Geteilter Arbeitsmarkt, in: Berliner Morgenpost vom 7.11.1990.

167 Gespaltener Arbeitsmarkt, in: Süddeutsche Zeitung vom 6.12.1990.

168 Geteilter Arbeitsmarkt, in: Berliner Morgenpost vom 7.11.1990.

los), in einem Interview gezogen hatte.¹⁶⁹ Doch erst nachdem sich Anfang 1991 die Betriebsschließungen immer mehr gehäuft hatten und die dabei entstandene Massenarbeitslosigkeit durch die Instrumente der Vorruhestandsregelung und Kurzarbeit nicht hatte gestoppt werden können, setzte sich in den Medien das Bild von abgehängten Regionen in Ostdeutschland durch, die offenbar Parallelen zum verarmten Süden Italiens aufwiesen.¹⁷⁰ Teile Ostdeutschlands drohten sich zum deutschen Mezzogiorno zu entwickeln,¹⁷¹ während urbane Zentren (z. B. Leipzig, Dresden, Jena) zu prosperieren anfangen.

Das Bild vom Armenhaus der Berliner Republik verdeutlicht, dass von Anfang an Trennungslinien auch innerhalb Ostdeutschlands verliefen. Anfang Mai 1991 besuchte eine Gruppe von SPD-Bundestagsabgeordneten Sachsen. Nach einem Zwischenstopp in Dresden, bei dem sich die Parlamentarier von Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) über Erfolgsgeschichten beim wirtschaftlichen Aufbau des Bundeslandes berichten ließen, ging die Reise weiter nach Ostsachsen. Hier trafen sie auf Kommunalpolitiker, die ihrem Ärger Luft machten. Ein Kirchenvertreter, der gleichzeitig Mitglied des Stadtparlaments in Zittau war, erklärte, »Christus kam bis Eboli – und Biedenkopf nur bis Dresden«. ¹⁷² Die literarische Anleihe kennzeichnete die desolote Stimmungslage im Dreiländereck östlich von Dresden. Verzweiflung und Resignation schienen sich wie Mehltau auf die Gemüter der einheimischen Bevölkerung zu legen. In der Selbstwahrnehmung der Lokalpolitiker hatte sich das Gebiet an der Grenze zu Polen und der Tschechoslowakei zu einer Region entwickelt, die mit der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung in der Landeshauptstadt an der Elbe schon längst nicht mehr Schritt halten konnte.

169 Vgl. Dann wäre hier Süditalien, in: Der Spiegel vom 24.9.1990.

170 Der Kunde ist noch lange nicht König. Erfahrungen über erste Gehversuche der DDR-Bürger in der Marktwirtschaft, in: Süddeutsche Zeitung vom 2.10.1990.

171 Mezzogiorno im Osten. Ein zweites deutsches Wirtschaftswunder wie nach dem Zweiten Weltkrieg kann es in der Ex-DDR nicht geben, in: Wirtschaftswoche vom 5.4.1991.

172 Christus kam bis Eboli – und Biedenkopf nur bis Dresden, in: Frankfurter Rundschau vom 7.5.1991.

Die ostdeutsche Bevölkerung schätzte die eigene wirtschaftliche Lage im Herbst 1990 durchaus kritischer ein als mancher westdeutsche Spitzenpolitiker oder Wirtschaftsvertreter. Das ständige Wiederholen der Zukunftsverheißungen (»Blühende Landschaften«) erzeugte Erwartungen, die von Anfang an im Widerspruch zu den individuellen Transformationserfahrungen standen. Das verdeutlichte eine repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach, die das Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegeben hatte.¹⁷³ Demzufolge waren nur 45 Prozent davon überzeugt, dass ihr Betrieb den Übergang in die Marktwirtschaft überleben werde; jeder fünfte Arbeitnehmer rechnete fest mit der Schließung seines Betriebs. Die überwiegend skeptische Einschätzung galt auch für Arbeitnehmer in Betrieben, die bereits Kontakte zu westlichen Unternehmen geknüpft hatten. Außerdem war eine Mehrheit (85 Prozent) davon überzeugt, dass es noch über einen längeren Zeitraum ein Lohngefälle zwischen Ost- und Westdeutschland geben werde. Nur ein Drittel der Befragten plädierte dafür, das Lohnniveau so rasch wie möglich anzugleichen. Die Sorge um die Zukunft des eigenen Betriebs hielt die Mehrheit jedoch nicht davon ab, an der raschen Einführung des westdeutschen Wirtschaftssystems in Ostdeutschland festzuhalten: Nur fünf Prozent beurteilten die Einführung der sozialen Marktwirtschaft kritisch. Dieses Ergebnis bestätigte auch eine von Ost-Berliner Wissenschaftlern durchgeführte Langzeitstudie.¹⁷⁴

Bereits vor dem 3. Oktober 1990 zählten Frauen und Ausländer zu den Verlierern auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt.¹⁷⁵ Die Gleichstellungsbeauftragte der DDR-Regierung, Marina Beyer, monierte, dass der Anteil arbeitsloser Frauen im August 1990 bei 53 Prozent liege und im Vergleich zum Vormonat gestiegen sei.¹⁷⁶ Die Vorsitzende der Arbeitsge-

173 Vgl. Veraltete Produktionsanlagen, planwirtschaftliche Erblast. Viele Arbeitnehmer in der DDR sind skeptisch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.9.1990.

174 Vgl. Zwei Drittel überzeugt von Marktwirtschaft, in: Neue Zeit vom 2.5.1991.

175 Vgl. Frauenarbeitslosigkeit steigt überproportional, in: Handelsblatt vom 19.9.1990; 85.000 Ausländer müssen DDR verlassen, in: Süddeutsche Zeitung vom 21.9.1990.

176 Vgl. Frauenarbeitslosigkeit steigt überproportional, in: Handelsblatt vom 19.9.1990.

meinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), Inge Wettig-Danielmeier, sprach von einer besorgniserregenden Entwicklung: In einigen Arbeitsamtsbezirken seien ca. 60 Prozent der Erwerbslosen Frauen, so in Erfurt, Suhl und Chemnitz.¹⁷⁷ Doch es ging nicht nur um den offiziell gemeldeten Verlust von Arbeitsplätzen. Wettig-Danielmeier stellte außerdem fest, dass Frauen in vier Wirtschaftssektoren (Land- und Forstwirtschaft, Elektrotechnik, Textil- und Bekleidungsindustrie, chemische Industrie) die Mehrzahl der Kurzarbeiter stellen würden. Dies seien »die Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit von morgen«. Schließlich würden Frauen auch noch bei der Besetzung offener Stellen benachteiligt, da viele Betriebsleiter Männer »rigoros« vorziehen würden.

Auf die dramatische Erschütterung des Arbeitsmarkts reagierte die Regierung von Lothar de Maizière unter anderem mit einem »Rückkehrprogramm« für die rund 85 000 sogenannten Vertragsarbeiter, das die vorzeitige Heimkehr der Beschäftigten aus den Ländern Mosambik, Angola und Vietnam mit einer Abfindung vorsah.¹⁷⁸ Die Betroffenen erhielten bei einer dreimonatigen Kündigungsfrist 70 Prozent des letzten Gehalts, ein einmaliges »Eingliederungsgeld« von 3000 DM sowie den Rückflug bezahlt. Nach Angaben der Hilfsorganisation Cap Anamur kehrten innerhalb weniger Monate etwa 20 000 vietnamesische Facharbeiter in ihre Heimat zurück.¹⁷⁹ In dem Zusammenhang berichtete die Ausländerbeauftragte der Regierung in Ost-Berlin, Almuth Berger, dass in den Betrieben »den als ›Fidschis‹, ›Mossis‹ und ›Briketts‹ geschmähten Afrikanern und Vietnamesen mittlerweile offener Hass« entgegenschlage.¹⁸⁰ Belegschaften würden sogar mit Streik drohen, sollten die »Fremdarbeiter« nicht entlassen werden. Bereits Anfang Oktober gab es in der

177 Vgl. Frauen tragen die Last der Einheit. AsF weist auf steigende Arbeitslosenzahlen in Ex-DDR hin, in: Frankfurter Rundschau vom 15.10.1990.

178 Vgl. 85.000 Ausländer müssen DDR verlassen, in: Süddeutsche Zeitung vom 21.9.1990.

179 Vgl. 20.000 Vietnamesen verließen die Ex-DDR, in: Süddeutsche Zeitung vom 23.10.1990.

180 Erst gefeiert, jetzt gefeuert. Ausländer in der Ex-DDR sind Opfer der Einheit, in: Augsburgener Allgemeine vom 26.10.1990.

Presse verstärkt Hinweise auf »Ausländerhass« und »Angst unter den Gastarbeitern«.¹⁸¹

Parallel zum Aufkommen der Massenarbeitslosigkeit ist aber auch eine Selbstermächtigung der Betroffenen zu konstatieren, die sich in der Gründung von Arbeitsloseninitiativen manifestierte. Diese bildeten sich ab März 1990 zunächst auf lokaler und regionaler Ebene, später dann auf Landesebene, und arbeiteten in der Regel auf ehrenamtlicher Basis.¹⁸² In Thüringen wurde die Gründung des Landesarbeitslosenverbands vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB)¹⁸³ und in Sachsen von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)¹⁸⁴ unterstützt. Zu den selbst gesteckten Zielen gehörten die Beratung von Arbeitslosen, die Vermittlung bei Umschulungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie die organisatorische Unterstützung von Selbsthilfegruppen. Inwiefern es sich dabei nicht nur um eine Übernahme, sondern auch um eine Aneignung und Neuprägung westdeutscher Vorbilder handelte, müsste noch sehr viel eingehender untersucht werden. Vereinzelt organisierten sich auch Frauen, die arbeitslos geworden waren, und suchten Unterstützung in Westdeutschland. Auf dem gemeinsamen 2. Frauenkongress Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins wurde etwa ein Selbsthilfeprojekt von Bremer Architektinnen vorgestellt. Wegen ungeklärter Eigentumsverhältnisse und fehlender Finanzausstattung schien dieser Weg in Ostdeutschland nicht sonderlich vielversprechend zu sein. Ostdeutsche Kongressteilnehmerinnen wurden gleichzeitig mit dem trotzigen Aus-

181 Die politische Freiheit gibt auch dem Ausländerhass Raum. In der ehemaligen DDR geht die Angst unter den Gastarbeitern um, in: Stuttgarter Zeitung vom 10.10.1990. Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* hatte bereits am 2. April 1990 auf den Ausbruch von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in der DDR hingewiesen. Vgl. Ulrich Herbert: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 1173.

182 Vgl. Von Arbeitslosen für Arbeitslose. Fragen an Peter Bauer, Vorsitzender der Arbeitsloseninitiative Thüringen e.V., in: *Tribüne* vom 19.11.1990.

183 Vgl. »Schnupper-Kurse« für Arbeitslose. Was will die Arbeitsloseninitiative Thüringen?, in: *Thüringer Allgemeine* vom 8.10.1990.

184 Interview mit Rüdiger Mikeska am 8.11.2018. Mikeska war Vorsitzender des Landesarbeitslosenverbandes Sachsen und später stellvertretender Bundesvorsitzender. Koordinator des Arbeitslosenverbandes der DDR und späterer Präsident war Klaus Grehn.

spruch zitiert: »Selbsthilfe ist dringend angesagt. Auf Hilfe ›von oben‹ zu warten, ist sträflich.«¹⁸⁵

Die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt löste in Ostdeutschland rasch eine Protestwelle aus.¹⁸⁶ Eine durch die Medien geisternde »Sterbeliste«, auf der Treuhandunternehmen standen, deren Schließung angeblich beschlossene Sache war, brachte Anfang 1991 das Fass zum Überlaufen. Dementis der Treuhandanstalt konnten die Wogen nicht mehr glätten.¹⁸⁷ Beschäftigte nutzten den öffentlichen Raum, um mit teilweise spektakulären Aktionen auf den drohenden Verlust ihrer Arbeitsplätze aufmerksam zu machen. Damit verlor die Kommunikationsstrategie der politischen Akteure auf Bundes- und Landesebene, die bis dahin ganz stark von Zukunftsversprechungen geprägt gewesen war, endgültig an Überzeugungskraft. Nachdem die Treuhandanstalt angekündigt hatte, die Produktion des Wartburg im traditionsreichen Automobilwerk Eisenach (AWE) einzustellen, blockierten am 25. Januar 1991 etwa 1000 Fahrzeuge die Autobahn A4 bei Eisenach.¹⁸⁸ Die Blockade zeigte begrenzte Wirkung, denn das Ende der Automobilproduktion konnte zumindest um einige Wochen verschoben werden. Nahezu zeitgleich fanden in allen ostdeutschen Bundesländern Protestaktionen statt, bei denen sich auch Kirchenvertreter beteiligten. Unter den Demonstrationsteilnehmern überwogen Frustration, Enttäuschung und Wut immer mehr; die öffentliche Stimmung drohte zu kippen. Der 1. Vorsitzende

185 Zur Selbsthilfe greifen, in: Ostsee-Zeitung vom 22.11.1990.

186 Vgl. dazu auch Marcus Böick: »Aufstand im Osten«? Sozialer und betrieblicher Protest gegen die Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau in den frühen 1990er Jahren, in: Dieter Bingen/Maria Jarosz/Peter Oliver Loew (Hg.): Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhe in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989, Wiesbaden 2012, S. 167–185, hier S. 172–175.

187 »Mehr ostdeutsche Betriebe lebensfähig als erwartet«. Diskussion um Arbeit der Treuhandanstalt hält an, in: Süddeutsche Zeitung vom 26.11.1990. Über die Existenz einer »Sterbeliste« bei der Treuhandanstalt wurde bereits in der Regierungszeit von Lothar de Maizière berichtet. Vgl. Bei der Treuhand gibt es keine »Sterbeliste«, in: Thüringer Allgemeine vom 20.9.1990.

188 Vgl. Elsner: Enttäuschte Hoffnung (wie Anm. 19), S. 183.

der IG Metall, Franz Steinkühler, goss auch noch Öl ins Feuer, als er der Treuhandanstalt vorwarf, sie verstehe sich offenbar als »Verkaufsagentur und Schlachthof«.¹⁸⁹

In der Folgezeit nahmen die Gewerkschaften eine wichtige Rolle ein, denn sie übernahmen oftmals die Organisation der Protestveranstaltungen. Nach einem Aufruf der IG Metall gingen in Mecklenburg-Vorpommern schätzungsweise 35 000 Menschen auf die Straße, um für den Erhalt der Arbeitsplätze in der Werftindustrie zu demonstrieren.¹⁹⁰ Mancher Betriebsrat verfolgte diese Entwicklung aber auch mit Sorge: Bei einer Schließung der Werft drohe »eine neue Revolution, dann sind die Menschen nicht mehr von der Straße wegzukriegen«.¹⁹¹ Einige Betriebsleitungen befürchteten daraufhin, dass die Proteste in Ausschreitungen ausarten könnten. Als ein Demonstrationzug in Neuruppin von den Elektrophysikalischen Werken durch die Stadt zog, ließ die Geschäftsleitung des Feuerlöschgeräte-Werks die Tore verrammeln und sperrte so die eigene Belegschaft aus.¹⁹² Dagegen wollten Leipziger Gewerkschaftsfunktionäre die Montagsdemonstrationen der friedlichen Revolution neu auflegen und Demonstranten »wieder über den Ring ziehen« lassen.¹⁹³ Eine Konferenz der IG Metall in Leipzig, an der Vertreter von 280 Treuhandbetrieben teilnahmen, verabschiedete eine Erklärung, die von der Treuhandanstalt eine aktive Sanierungspolitik mit beschäftigungsfördernden Maßnahmen verlangte.¹⁹⁴ Im Frühsommer kam es dann vermehrt zu Betriebsbesetzungen,

189 Wörtlich, in: Neue Ruhr Zeitung (Essen) vom 15.3.1991.

190 Vgl. Proteste der Metaller im Osten. »Milliarden für den Krieg, für uns nur einen Fußtritt?«, in: Frankfurter Rundschau vom 21.2.1991.

191 »Hier fliegt bald der Deckel hoch«. Kommunen und Betriebe, Gesundheitswesen und Landwirtschaft – kaum ein Bereich in der ehemaligen DDR, der nicht vor dem Ruin steht, in: Stern vom 28.2.1991.

192 Vgl. ebd.

193 Montagsproteste geplant. IG Metall kritisiert Privatisierungspolitik der Treuhand und alten Filz, in: Leipziger Tageblatt vom 27.2.1991.

194 Vgl. ebd.

so etwa bei den Sachsenring Automobilwerken in Zwickau¹⁹⁵ oder beim Kühlschrankschrankhersteller dkk Scharfenstein im Erzgebirgskreis Zschopau.¹⁹⁶

Anfang 1991 begann sich im politischen Bonn allmählich die Erkenntnis durchzusetzen, dass die bisher ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen würden, um den wirtschaftlichen Niedergang in Ostdeutschland aufzuhalten. Einzelne Mitglieder der Bundesregierung mussten in der Öffentlichkeit einräumen, sich mit ihren optimistischen Prognosen geirrt zu haben. Zähneknirschend erklärte Bundeswirtschaftsminister Möllemann, dass der saarländische Ministerpräsident und SPD-Kanzlerkandidat von 1990, Oskar Lafontaine, bei der Bewertung der Entwicklung in Ostdeutschland »möglicherweise in einigen Details näher dran gelegen« habe.¹⁹⁷ Gegenüber dem Wochenmagazin *Der Spiegel* gab er zu: »Wir haben uns verschätzt.«¹⁹⁸ Die Bundesregierung musste sich vor allem der Finanzierungsfrage stellen, der sie 1990 mit Blick auf die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl am 2. Dezember beharrlich ausgewichen war. Steuererhöhungen waren nun kein Tabu mehr. Drei Monate nach der gewonnenen Wahl einigte sich die neue und alte Regierungskoalition auf eine Anhebung der Mineralölsteuer um 25 Pfennige je Liter, einen Zuschlag zur Lohn- und Einkommenssteuer (Solidaritätszuschlag) sowie eine Erhöhung der Versicherungssteuer. In Anspielung auf das Wahlversprechen Kohls, für die Finanzierung der deutschen Einheit die Steuern nicht zu erhöhen, war am 27. Februar 1991 auf der Titelseite der *Bild*-Zeitung zu lesen: »Der Umfaller – Die Steuerlüge«.

195 Vgl. Sachsenring-Besetzung zieht Kreise. Belegschaftsaktionen in weiteren Betrieben, in: *Der Tagesspiegel* vom 19.6.1991.

196 Vgl. Besetzung nun im dkk-Werk. Belegschaft fordert Erhalt des Standortes Scharfenstein, in: *Neue Zeit* vom 19.6.1991. Vgl. dazu Sylvia Wölfel: Zwischen ökologischer Verantwortung und ökonomischem Zwang. Vom VEB dkk Scharfenstein zur FORON Hausgeräte GmbH, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 54 (2009), S. 179–201.

197 Aufbau im Osten schwieriger und teurer als erwartet. Möllemann gibt Lafontaine teilweise recht, in: *Rheinische Post* vom 13.2.1991.

198 Das verklärte Wunder, in: *Der Spiegel* vom 18.2.1991.

3. Die Treuhandanstalt unter Birgit Breuel (1991–1994): Behörde im Umbau, ökonomischer Strukturwandel und soziale Konflikte

Organisation und Verwaltungsarbeit

Im Frühjahr 1991 erschütterte ein Ereignis die Öffentlichkeit in Deutschland: Nach einem Brandanschlag auf die Berliner Treuhandniederlassung in der Nacht auf Karfreitag fiel Detlev Karsten Rohwedder in der Nacht auf Ostermontag einem Mordanschlag zum Opfer, der einem Kommando der Roten Armee Fraktion (RAF) zugeschrieben wurde. In der Folgezeit flauten die ostdeutschen Massenproteste etwas ab. Obwohl die Kritik an der Treuhandanstalt nicht abbrach, war doch der bis dahin anschwellenden Protestbewegung vorerst der Schwung genommen.¹⁹⁹ Bereits am 13. April ernannte der Verwaltungsrat Birgit Breuel zur neuen Präsidentin der Treuhandanstalt,²⁰⁰ die von Anfang an die Kontinuität zu ihrem Amtsvorgänger betonte. Die Personalexpansion setzte sich weiter fort: Die Treuhandanstalt zählte Mitte 1991 insgesamt 2722 Beschäftigte und am Jahresende 3604. Den Zenit erreichte die Behörde am 30. Juni 1992, als die Personalstärke bei 3941 lag.²⁰¹ Danach war die Entwicklung des Personalbestands rückläufig. Genauso schnell wie der Aufbau erfolgte der Abbau der Mitarbeiterzahl, zunächst in den Niederlassungen und danach in der Berliner Zentrale.

199 Vgl. Marcus Böick: Beziehungsgeschichten von Treuhandanstalt und Gewerkschaften in der ostdeutschen Transformationslandschaft. Konflikte, Kooperationen, Alltagspraxis, in: Detlev Brunner/Michaela Kuhnhenne/Hartmut Simon (Hg.): Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation, Bielefeld 2018, S. 109–129, hier S. 114.

200 Beschluss der 14. Verwaltungsratssitzung am 13.4.1991, BArch Berlin, B 412/8846, Bl. 12.

201 Vgl. Übersicht der Treuhandanstalt über die Entwicklung des Personalstandes Ost-West-Mitarbeiter vom 24.7.1992, in: Treuhandanstalt (Hg.): Dokumentation 1990–1994, Bd. 11 (wie Anm. 88), S. 155.

Dem Wechsel im Präsidentenamts folgte eine Umbildung des Vorstandes im Mai/Juni 1991.²⁰² Nachdem Karl Schirner sowie die beiden verbliebenen Ostdeutschen im Vorstand, Gunter Halm und Wolfram Krause, ausgeschieden waren, mussten drei Vorstandsbereiche neu besetzt werden. Den Unternehmensbereich 1 übernahm Hero Brahms, der gleichzeitig das neu geschaffene Amt des Vizepräsidenten erhielt. Der studierte Betriebswirt war seit 1982 Vorstandsmitglied der Hoesch AG und damit ein unmittelbarer Kollege Rohwedders gewesen. An der Spitze des von Halm geleiteten Unternehmensbereichs 3 stand künftig Günter Rexrodt, der in den 1980er-Jahren in der Berliner Senatsverwaltung Staatssekretär (für Wirtschaft) bzw. Senator (für Finanzen) und 1990/91 Vorstandsvorsitzender der Citibank AG in Frankfurt am Main gewesen war. Die dritte Personalie betraf Klaus Schucht, der einen neu geschaffenen Unternehmensbereich 6 (Kommunalvermögen/Wasserwirtschaft, Energiewirtschaft, Chemie, Textil/Bekleidung/Leder)²⁰³ übernahm. Der promovierte Bergbauingenieur hatte seit 1976 als Vorstandssprecher der Bergbau AG Westfalen (Ruhrkohle) amtiert. Damit saßen zwei erfahrene Ruhrgebiets-Manager im Vorstand der Treuhandanstalt, die über industrielle Erfahrungen in einer Krisen- und Sanierungsregion verfügten.²⁰⁴ Der Querschnittsbereich »Niederlassungen und Länderfragen«, den bislang Birgit Breuel geleitet hatte, wurde aufgelöst und zum Teil auf den Unternehmensbereich 4 von Klinz übertragen.²⁰⁵

Nachdem die ostdeutschen Ministerpräsidenten – insbesondere Kurt Biedenkopf – mit Nachdruck darauf gedrängt hatten, die Länderinteressen bei der Privatisierung stärker zu berücksichtigen, mussten die Bundesregierung und die Treuhandanstalt reagieren. Bereits am 18. Dezember 1990 war die Wirtschaftsministerkonferenz zusammengekommen, um eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Sachsen einzusetzen, die

202 Vgl. Seibel: *Verwaltete Illusionen* (wie Anm. 90), S. 169.

203 Organigramm der Vorstandsbereiche der Treuhandanstalt vom 2.5.1991, BArch Berlin, B 412/8847, Bl. 31–40, hier Bl. 31.

204 Vgl. Seibel: *Verwaltete Illusionen* (wie Anm. 90), S. 169.

205 Vgl. Malycha: *Vom Hoffnungsträger zum Prügelknaben* (wie Anm. 56), S. 202 f. und 224.

entsprechende Forderungen bündeln sollte.²⁰⁶ Am 14. März 1991 einigten sich der Bundeskanzler und die ostdeutschen Regierungschefs darauf, Treuhand-Wirtschaftskabinette zu bilden, die »mit präziser politischer Verantwortung« ausgestattet sein sollten,²⁰⁷ wobei jedoch die Zuständigkeiten und Kompetenzen der neu zu bildenden Gremien lange Zeit unklar blieben. Im Kern ging es darum, das Verhältnis zwischen den Ländern und der Privatisierungsbehörde auszutarieren. Dadurch veränderten sich Struktur und Arbeitsweise der Treuhandanstalt, die das Direktorat Länderfragen personell ausbauen musste und für jedes Bundesland ein eigenes Referat einrichtete. Die Grundsatzentscheidung vom 14. März schloss Reibungspunkte zwischen beiden Seiten nicht aus. So beklagte sich die Treuhandanstalt unter Verweis auf eine Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) darüber, dass »die Investitionstätigkeit der Kommunen und damit der Wirtschaftsaufschwung durch das Fehlen zahlreicher Landesgesetze und Verwaltungsvorschriften gehemmt wird«. ²⁰⁸

In den folgenden Monaten entwickelte die Treuhandanstalt ein Privatisierungsmodell mit Länderbeteiligung, das die ostdeutschen Bundesländer stärker ins Boot holte und etwa eine Minderheitsbeteiligung über die jeweilige Landesbank vorsah.²⁰⁹ Demzufolge sollten die Länder und private Investoren sanierungsfähige Unternehmen gemeinsam von der Treuhandanstalt erwerben und bis zum Abschluss der Sanierung betreuen. Diese auf maximal sieben Jahre angelegte Zusammenarbeit schloss auch strukturpolitische Maßnahmen für das jeweilige Unternehmen mit ein. Das Modell stieß aber bei den ostdeutschen Bundesländern auf große

206 Das geht aus dem Bericht der Arbeitsgruppe Treuhandanstalt der Wirtschaftsministerkonferenz vom 18.3.1991 hervor. Vgl. BArch Berlin, B 412/3697, unfol.

207 Birgit Breuel an die Wirtschaftsminister von Sachsen (Kajo Schommer) und Sachsen-Anhalt (Horst Rehberger), 26.3.1991, BArch Berlin, B 412/3697, unfol.

208 Dr. Dorenberg an Birgit Breuel, betr. Behinderung der Treuhandanstalt durch fehlende Gesetze der Länder, 16.10.1991, BArch Berlin, B 412/9426, Bl. 234–236, hier Bl. 234.

209 Verwaltungsratsvorlage (»Privatisierung mit Länderbeteiligung«) vom 4.2.1992, BArch Berlin, B 412/8857, Bl. 13–17.

Skepsis, denn diese wiesen insbesondere auf ihren stark eingeschränkten Finanzierungsspielraum hin. Schärfster Kritiker war das sächsische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, das beanstandete, die angestrebten Staatsbeteiligungen würden zu einer »Erpressbarkeit des Freistaates« führen. Die Treuhandanstalt setze das Land mit diesem Modell »einer von Sachsen nicht gewünschten Diskussion über Staatsbeteiligungen aus«.²¹⁰ Der Treuhandanstalt gelang es nicht, die Kritik mit dem Hinweis zu entkräften, die Beteiligung sei zeitlich fristet.

Aus Sicht der Vorstandsmitglieder erleichterte die Bildung der Treuhand-Wirtschaftskabinette die Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Bundesländern offenbar nicht. So schrieb Klaus Schucht in sein Tagebuch: »Endlose Debatte im Vorfeld ausgelöst durch den Bericht des Vorstandes über das Verhältnis Bund/Länder.«²¹¹ Dabei ging es nicht nur um die Finanzierung der Altlastensanierung, sondern auch um vertraglich fixierte Subventionszahlungen der Länder. Daneben gab es noch weitere Gesprächszirkel, die dazu führten, dass das Kommunikationsnetz noch engmaschiger wurde.²¹² Dazu zählten vor allem die regelmäßigen Treffen der Chefs der ostdeutschen Staatskanzleien im Bundeskanzleramt (»Bohl-Runde«²¹³). Zur Klärung von Fachfragen trafen sich monatlich Vertreter der Treuhandanstalt mit Vertretern einzelner Länderministerien (»Monatsgespräche«). Darüber hinaus fanden bei größeren Privatisierungsfällen sogenannte Branchengespräche statt. Schließlich traf die Treuhandanstalt mit einzelnen Ländern gesonderte Absprachen: So gab es mit Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern Vereinbarungen »zur Begleitung von regional bedeutsamen und sanierungsfähigen Unternehmen«.

210 Ergebnisvermerk der THA-Länderkoordination (P L2) über eine Besprechung im SMWA [Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit] am 14.1.1992, BArch Berlin, B 412/9426, Bl. 166–168, hier Bl. 167.

211 Tagebuch Klaus Schucht, Eintrag zum 24.7.1992, Bundesarchiv Koblenz (künftig: BArch Koblenz), N 1585, Bd. 17, Bl. 731.

212 Überblick über die Koordination zwischen Treuhandanstalt und neuen Ländern, o. D. [Dezember 1993], BArch Berlin, B 412/3215, Teil 1, Bl. 307–310. Der Überblick wurde für den Treuhand-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zusammengestellt.

213 Friedrich Bohl (CDU) war von 1991 bis 1998 Chef des Bundeskanzleramts.

Die Treuhandanstalt reagierte auf die Zunahme des Privatisierungstempos und die damit verbundene öffentliche Kritik, indem sie das interne Regelwerk verschärfte und zusätzliche Kontrollinstanzen schuf. So wurde ein Mustervertrag für Beratertätigkeit verbindlich festgelegt, der in der Direktion Recht erarbeitet worden war.²¹⁴ Dieser enthielt unter anderem eine Deckelung der Honorarsätze auf maximal 2000 DM pro Tag und eine Begrenzung der maximalen Laufzeit auf drei Monate. Die Registrierung aller Beraterverträge sollte ausschließlich im Personalresort erfolgen. Darüber hinaus ließ der Vorstand Handlungsanweisungen für die Privatisierung und Abwicklung von Treuhandunternehmen ausarbeiten, die für die Behördenmitarbeiter verbindlich waren.²¹⁵ Schließlich entwickelte das Direktorat Umweltschutz/Altlasten ein Fachhandbuch, das den Umgang mit umweltbelastenden Rückständen in ostdeutschen Industrieanlagen regeln sollte.²¹⁶

Seit dem Frühjahr 1991 gab es drei interne Kontrollinstanzen, die weiter ausgebaut wurden: die Abteilungen Controlling und Revision sowie die Stabsstelle für besondere Aufgaben. Die Stabsstelle für besondere Aufgaben hatte unter der Leitung eines beurlaubten Staatsanwalts strafrechtlich relevante Vorgänge in der Treuhandanstalt zu untersuchen.²¹⁷ Bis zum Spätsommer 1991 gab es in 257 Fällen Recherchen wegen des Verdachts der Untreue, des Betrugs und der Bestechlichkeit. Die Fälle betrafen den früheren DDR-Außenhandelsbereich Kommerzielle Koordinierung, Manipulationen bei der Abrechnung von Außenhandelsgeschäften in Transferrubel, das Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR sowie Straftatbestände beim Verkauf von

214 THA-Vorstandsbereich Personal, Richtlinie zum Abschluss von Beraterverträgen (gültig ab 1.6.1991), BArch Berlin, B 412/9426, Bl. 257 f.

215 Abwicklungshandbuch (Stand: Januar 1992), BArch Berlin, B 412/23908; Handbuch Privatisierung vom 28.4.1992, BArch Berlin, B 412/23939.

216 Fachhandbuch Altlasten des Direktorats Umweltschutz/Altlasten (Teilbereich Altlasten) vom 9.6.1992, BArch Berlin, B 412/23732.

217 Protokoll über die 18. Sitzung des Verwaltungsrats am 13.9.1991, BArch Berlin, B 412/9034, Bl. 88–111, hier Bl. 89f. Vgl. dazu auch den Beitrag von Rainer Karlsch im vorliegenden Band.

Unternehmen und Immobilien. Sofern die Prüfung eine strafrechtliche Relevanz ergab, sollte die personell unzureichend ausgestattete Stabsstelle die Vorgänge an die zuständigen Staatsanwaltschaften abgeben. Das war zunächst jedoch nicht möglich, da die ostdeutschen Bundesländer in der Anfangszeit noch nicht über funktionsfähige Staatsanwaltschaften verfügten, die die Ermittlungen hätten übernehmen können. Die Einrichtung der Stabsstelle entfaltete eine Wirkung sowohl nach außen als auch nach innen: Zum einen signalisierte sie der Öffentlichkeit, dass die Treuhandanstalt auf Missstände und Fehlverhalten reagierte. Zum anderen hatte sie eine disziplinierende Wirkung auf die Mitarbeiter der Treuhandanstalt und der Treuhandunternehmen. Die Einrichtung der Stabsstelle geschah allerdings auch auf öffentlichen Druck, denn im Frühjahr 1991 kursierten in der Presse erste Vorwürfe über angeblich korrupte Mitarbeiter.²¹⁸ Zwei Jahre später geriet die Treuhandniederlassung Halle ins Fadenkreuz der Medienöffentlichkeit und der Justiz. Einzelne Manager der bereits Ende September 1992 geschlossenen Niederlassung sahen sich mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert, die das öffentliche Bild der Treuhandanstalt weiter ramponierten.²¹⁹ Vieles deutet darauf hin, dass es sich bei diesen Verfehlungen um Einzelfälle handelte.²²⁰ Bis zum Herbst 1993 bearbeitete die Stabsstelle insgesamt 1351 Fälle, von denen 1204 abgeschlossen werden konnten.²²¹ Nach Angaben der Treuhandanstalt war es bei rund 47 000 Privatisierungsverträgen angeblich nur zu einer Verurteilung gekommen. Angesichts der großen Menge der Privatisierungsfälle waren die internen Ermittler mit ihrer Aufgabe letztlich überfordert.

218 Betrugsskandal bei der Berliner Treuhand?, in: Berliner Morgenpost vom 11.4.1991. Die Ermittlungen hatte in diesem Fall das Dezernat Wirtschaftskriminalität bei der Berliner Kriminalpolizei übernommen, das den entstandenen Schaden auf mindestens 500 Millionen DM schätzte.

219 Vgl. Böick: Die Treuhand (wie Anm. 9), S. 458 f.

220 Vgl. dazu auch den Beitrag von Rainer Karlsch im vorliegenden Band.

221 Protokoll der 41. Sitzung des Verwaltungsrates am 15.10.1993, BArch Berlin, B 412/9036, Bl. 108–139, hier Bl. 132.

Als die Treuhandanstalt ihren Zenit – gemessen an der Personalstärke und der Zahl der monatlich abgeschlossenen Privatisierungsfälle – erreicht hatte, liefen bereits die Gespräche zwischen Bundesfinanzministerium und Vorstand über den Rückbau der Behörde. Mitte 1993 lag dem Verwaltungsrat eine Beschlussvorlage vor, die eine Übertragung der noch bestehenden Aufgabenbereiche »auf neue Träger« vorsah.²²² In dem Konzept nahmen privatrechtliche Akteure eine zentrale Rolle ein.²²³ Konkret war die Bildung von mehreren rechtlich selbstständigen Organisationseinheiten als Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) vorgesehen, die an die Stelle der Treuhandanstalt treten sollten. In der Aussprache äußerten vor allem die Gewerkschafts- und Ländervertreter grundsätzliche Bedenken: Die Beschlussvorlage »determiniere auf organisatorischer Ebene die Aufgabe staatlicher Verantwortung für deren [der Treuhandunternehmen] Sanierung und Erhaltung [und] greife parlamentarischen Abstimmungsvorgängen und solchen zwischen Bund und Ländern vor«. Der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik Hermann Rappe beantragte eine Vertagung, da er erst den entsprechenden Gesetzentwurf einsehen wollte. DGB-Chef Heinz-Werner Meyer sprach sich ebenfalls gegen eine Entscheidung aus, solange nicht geklärt sei, »wer nach dem Ende der Treuhandanstalt die unternehmerische Verantwortung für [...] langfristig nicht privatisierbare Unternehmen« trage.²²⁴ Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf kritisierte die Übertragung der »Sanierungsverantwortung auf privatrechtliche Service-Gesellschaften« und forderte den Bund auf, »seine Verantwortung für die über 1994 hinaus bestehenden Sanierungsaufgaben als öffentliche Hand uneingeschränkt« wahrzunehmen.²²⁵ Da ein Referentenentwurf des Finanzministeriums für

222 So Birgit Breuel auf der 39. Sitzung des Verwaltungsrates am 16.7.1993, in: BArch Berlin, B 412/8875, Bl. 19–46, hier Bl. 35.

223 Vgl. Seibel: *Verwaltete Illusionen* (wie Anm. 90), S. 323.

224 Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrates am 16.7.1993, BArch Berlin, B 412/8875, Bl. 19–46, hier Bl. 37.

225 Ebd., Bl. 39.

ein Treuhandstrukturgesetz im September 1993 vorgelegt werden sollte, war jedoch Eile geboten. Darüber hinaus galt es, den Beschäftigten der Treuhandanstalt eine Perspektive zu geben. Nach kontroverser Diskussion stimmte der Verwaltungsrat einer überarbeiteten Beschlussvorlage zu, die den vorgebrachten Einwänden teilweise Rechnung trug.

Doch das Gesetzgebungsverfahren zog sich unerwartet in die Länge: Nachdem der Bundesrechnungshof harsche Kritik an der geplanten privatrechtlichen Auslagerung von Aufgaben der Treuhandanstalt geübt hatte, lehnte auch der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den vorgelegten Entwurf ab.²²⁶ In der Folgezeit kristallisierte sich schließlich eine andere Lösung heraus, die sich als geschickter Schachzug erweisen sollte – die Gründung der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) als Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt. Am Ende ging es dann schnell: Vor laufenden Kameras schraubte die Präsidentin der Treuhandanstalt Birgit Breuel am 30. Dezember 1994 das Behördenschild im Eingangsbereich ihres 1992 in Detlev-Rohwedder-Haus umbenannten Amtssitzes ab. Die symbolträchtige Aktion suggerierte die Auflösung der öffentlich umstrittenen Anstalt, deren Aufgabe von der bis heute existierenden, mittlerweile jedoch in Liquidation befindlichen BvS übernommen wurde. Während die Treuhandanstalt zutreffend als »erinnerungskulturelle ›Bad Bank‹ des Ostens« bezeichnet wird,²²⁷ kann mit der BvS kaum jemand in der Öffentlichkeit etwas anfangen.

226 Vgl. Seibel: *Verwaltete Illusionen* (wie Anm. 90), S. 338 u. 341. Wie aufgeladen die Diskussion über die Zukunft der Treuhandanstalt war, zeigt die Reaktion von Birgit Breuel, die im Verwaltungsrat die Kritik des Bundesrechnungshofs an den Organisationsvorschlägen »als ehrenrührig« zurückwies. Protokoll der 46. Verwaltungsratssitzung am 18.3.1994, BArch Berlin, B 412/9037, Bl. 355–379, hier Bl. 368.

227 Constantin Goschler/Marcus Böick: *Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Treuhandanstalt* (Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie), Bochum 2017, S. 10. <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/wahrnehmung-bewertung-der-arbeit-der-treuhandanstalt-lang.html> (Zugriff am 17.8.2021).

Privatisierung und die Suche nach Alternativen

Unter Birgit Breuel beschleunigten sich die Privatisierungsabschlüsse der Treuhandanstalt. Lag die Anzahl der Privatisierungsentscheidungen im ersten Quartal 1991 noch bei etwa 800, erhöhte sie sich innerhalb eines halben Jahres sprunghaft auf etwa 1500 (drittes Quartal 1991).²²⁸ Kritische Kommentatoren waren sich schon zu Beginn der Amtszeit Breuels sicher, die Treuhandpräsidentin habe die Privatisierung schon immer geliebt.²²⁹ In der medialen Wahrnehmung, aber auch in der Forschung überwiegt der Eindruck, nach der Ermordung Rohwedders habe die Zeit der »Hochgeschwindigkeitsprivatisierungen«²³⁰ begonnen, in der nur noch betriebswirtschaftliche Aspekte im Zentrum gestanden hätten. Der Versuch der Treuhandspitze, die Privatisierungsentscheidungen zu standardisieren und einem Regelwerk zu unterwerfen, erscheint so als eine »mathematisch strenge Ordnungssystematik«.²³¹ Andere betonen wiederum, dass die Privatisierungspolitik dem wirtschaftspolitischen Kurs der britischen Premierministerin Margaret Thatcher (»There is no alternative«) nur wenig nachgestanden habe.²³² Das hohe Privatisierungstempo habe letztlich zu einem Überangebot an Betrieben und einem Preisverfall geführt, sodass Staatsbetriebe »verschleudert« worden seien.²³³ Hinter diesen Bewertungen steht die durchaus berechtigte Frage, welche anderen Möglichkeiten es zum Verkauf der ostdeutschen Betriebe gegeben hätte. Im Fol-

228 Vgl. Seibel: *Verwaltete Illusionen* (wie Anm. 90), S. 186 (Abb. II. 10).

229 Vgl. Die Privatisierung liebte Birgit Breuel schon immer, in: *Die Tageszeitung* vom 13.4.1991.

230 Böick: *Die Treuhand* (wie Anm. 9), S. 390.

231 Ebd., S. 414.

232 Frank Bösch: *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*, München 2019, S. 293.

233 Philipp Ther: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2016, S. 105. Diese Kritik äußerte schon Hans-Werner Sinn Anfang 1991. Vgl. ders.: Verteilen statt verkaufen. Bei der Privatisierung sollte die Zuteilung von Vermögenswerten und Startpositionen Vorrang haben, in: *Wirtschaftswoche* vom 25.1.1991.

genden soll zunächst der Ablauf der Privatisierung an drei ausgewählten Fallbeispielen kurz skizziert und anschließend die Frage nach den Alternativen untersucht werden.

Ein kohärentes Gesamtkonzept zur Privatisierung der ostdeutschen Betriebe hat es weder bei der Bundesregierung noch bei der Treuhandanstalt jemals gegeben. Die Privatisierung verlief im Einzelfall höchst unterschiedlich und war von verschiedenen Faktoren abhängig. Bei der Analyse müssen beispielsweise die Betriebsgröße, der Zeitpunkt der Privatisierung, die Markt- und Ertragslage und das Produktsortiment des Unternehmens, die potenziellen Kaufinteressenten, aber auch der politische Handlungsrahmen vor Ort Berücksichtigung finden. Neue Forschungsergebnisse zeigen zudem, dass es nicht ausreicht, den Blick nur auf die Erstprivatisierung eines Unternehmens zu werfen. Der Untersuchungszeitraum muss teilweise auf die ganzen 1990er-Jahre, mitunter auch darüber hinaus erweitert werden. Generell gilt, dass die Entscheidungen der Treuhandanstalt in der Frühphase unter einem Mangel an Zeit und fachlicher Expertise litten.

Im Fall der ostdeutschen Pharmaindustrie setzte die Treuhandanstalt bis zum Frühjahr 1991 auf den schnellstmöglichen Verkauf an große westdeutsche Unternehmen.²³⁴ Zu diesem Zeitpunkt verfügte die Behörde noch nicht über das nötige Personal, um wettbewerbskonforme Ausschreibungen durchzuführen. Für die Privatisierungsentscheidung war weniger der Verkaufserlös entscheidend als vielmehr die rasche Integration der ostdeutschen Standorte in die Strukturen der westdeutschen Unternehmen. Der Treuhandanstalt gelang es dann ab Sommer 1991, die Ausschreibungs- und Verkaufspraxis zu verbessern. In keinem anderen Bereich der chemischen Industrie wurden letztendlich ähnlich hohe Erlöse erzielt wie im Pharmabereich. Der Zeitpunkt der Privatisierung war grundsätzlich mitentscheidend für den langfristigen Erfolg. Während es

234 Ausführlicher dazu Rainer Karlsch: Einheitsgewinner. Die Privatisierung der ostdeutschen Pharmaindustrie, in: Hoffmann (Hg.): Transformation einer Volkswirtschaft (wie Anm. 19), S. 112–129.

in der Frühphase zur Abwicklung der Pharma Neubrandenburg GmbH kam, was in erster Linie mit den hohen Entschuldungs- und Modernisierungskosten zusammenhing, kann der Verkauf der drei großen ostdeutschen Pharmahersteller (Arzneimittelwerk Dresden, Jenapharm, Berlin-Chemie) als Erfolg gewertet werden.

Im zweiten Beispiel geht es um die Stahlwerke in Hennigsdorf und Brandenburg an der Havel. Hier stieß die Privatisierungsentscheidung der Treuhandanstalt zunächst auf Kritik der unterlegenen inländischen Bewerber und der betroffenen Belegschaften, denn der Zuschlag ging an die italienische Riva-Gruppe.²³⁵ Die Beschäftigten besetzten Ende 1991 sogar das Hennigsdorfer Stahlwerk. Daraufhin solidarisierten sich Vertreter der westdeutschen Stahlunternehmen mit der ostdeutschen Belegschaft, um Einfluss auf die Entscheidung der Treuhandanstalt zu nehmen. Diese musste sich von den Gewerkschaften und der brandenburgischen Landesregierung vorwerfen lassen, das Votum für einen ausländischen Investor sei ihr wichtiger als das Wohl der Stahlwerker. Die Behörde ließ sich bei ihrer Entscheidung nicht nur von den Arbeitsplatz- und Investitionszusagen der Anbieter leiten. Sie wollte mit ihrer Entscheidung auch dem Vorwurf begegnen, bei der Privatisierung der ostdeutschen Betriebe hätten ausländische Kaufinteressenten keine Chance. Hinzu kam die Tatsache, dass die Treuhandanstalt den westdeutschen Stahlriesen misstraute, die sich etwa bei der Übernahme des Kaltwalzwerks in Oranienburg nicht an die Vertragsbestimmungen gehalten hatten. Am Ende musste sich die Treuhandanstalt aber auch Kritik gefallen lassen, da sie die Verkaufsgespräche durch die nachträgliche Präzisierung der Ausschreibungskriterien erschwert hatte.

Im Mittelpunkt des letzten Fallbeispiels steht der Automobilzulieferer Umformtechnik Erfurt (UTE). Diese Privatisierung, bei der mehrere Kaufinteressenten eine Rolle spielten, gestaltete sich äußerst schwierig

235 Vgl. hierzu Wolf-Rüdiger Knoll: Zwischen Abbruch und Aufbruch. Die Treuhandanstalt und der Verkauf der Stahlwerke Hennigsdorf und Brandenburg im Kontext der europäischen Stahlkrise, in: Hoffmann (Hg.): Transformation einer Volkswirtschaft (wie Anm. 19), S. 143–160.

und zog sich über viele Jahre hin.²³⁶ Da der Pressenbauer Anfang der 1990er-Jahre mit erheblichen Absatzschwierigkeiten zu kämpfen hatte, versuchte die Treuhandanstalt zunächst, Investoren vornehmlich aus dem Ausland zu gewinnen. Nachdem die ersten Verkaufsgespräche ergebnislos abgebrochen werden mussten, blieb der tschechische Großkonzern Škoda Plzeň Anfang 1994 als einziger Investor übrig. Ein erster Übernahmeversuch wurde rasch abgeschlossen, obwohl Finanzierungszusagen der beteiligten Banken aufgrund unkalkulierbarer Risiken noch nicht vorlagen. Die Verhandlungen über das Finanzierungskonzept gefährdeten den Vertragsabschluss und setzten die Treuhandanstalt unter Zugzwang, denn diese wollte die Privatisierung bis Ende 1994 abschließen. Da Škoda jedoch die vertraglichen Zusagen nicht einhalten konnte und in der Folgezeit selber in eine finanzielle Schieflage geriet, wurde die Privatisierung in der Öffentlichkeit durchweg als Misserfolg gewertet. Erst durch die Übernahme der UTE durch einen westdeutschen bzw. österreichischen Kaufinteressenten in den 2000er-Jahren konnte die Zukunft des Unternehmens gesichert werden.

Einen Sonderfall stellten die sogenannten industriellen Kerne dar, denn hier garantierte der Staat den Privatisierungserfolg mit umfangreichen finanziellen Mitteln. Dabei handelte es sich um Unternehmen des produzierenden Gewerbes, die aus den ehemaligen Kombinat der DDR hervorgegangen waren und mehr als 1000 Beschäftigte hatten. Um eine dauerhafte wirtschaftliche Rückständigkeit, soziale Verwerfungen und eine weitere Abwanderung von gut qualifizierten, jungen Fachkräften zu verhindern, wollten Bundes- und Landespolitiker solche Großunternehmen im Kern erhalten.²³⁷ Davon erhofften sie sich eine Signalwirkung für die betreffenden Regionen. Obwohl das Konzept der industriellen Kerne

236 Einschlägig Eva Schäffler: Ein Privatisierungsmarathon à la Treuhand. Die Übernahme der Umformtechnik Erfurt durch Škoda Plzeň, in: Hoffmann (Hg.): Transformation einer Volkswirtschaft (wie Anm. 19), S. 96–111.

237 Rainer Karlsch: Industrielle Kerne in Ostdeutschland. Entstehung, Erhalt und Wandel, in: Stefan Grüner/Sabine Mecking (Hg.): Wirtschaftsräume und Lebenschancen. Wahrnehmung und Steuerung von sozialökonomischem Wandel in Deutschland 1945–2000, Berlin/Boston 2017, S. 149–167, hier S. 149.

erst 1992 offizieller Bestandteil der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in Ostdeutschland wurde, reichen seine Ursprünge bis zum Kanzlerversprechen für den Erhalt des Chemiestandorts in Sachsen-Anhalt vom Frühjahr 1991 zurück.²³⁸ Nach diesem Vorbild sollten weitere Industriestandorte langfristig gerettet werden,²³⁹ so etwa die Warnowwerft in Mecklenburg-Vorpommern,²⁴⁰ das Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) in Brandenburg,²⁴¹ die Jenoptik GmbH in Thüringen sowie das Zentrum für Mikroelektronik Dresden (ZMD).

Das Konzept zum Erhalt der industriellen Kerne, an das sich die Bundesregierung und die Treuhandanstalt seit 1991/92 verzweifelt klammerten, verstellte jedoch den Blick auf die Schwierigkeit, im Umfeld der auserkorenen Großstandorte tragfähige mittelständische Strukturen aufzubauen. Die Treuhandanstalt richtete den Fokus auf den einstmals intakten ostdeutschen Mittelstand, der vom SED-Regime in mehreren Anläufen – zuletzt 1972 – verstaatlicht worden war. Bereits die Modrow-Regierung hatte die Reprivatisierung eingeleitet. Damit verband sich die Hoffnung, die enteigneten Unternehmer, von denen viele schon in den 1950er-Jahren in die Bundesrepublik geflohen waren, würden nun zurückkehren und ihre Betriebe wieder übernehmen. An dieser Illusion hielt auch die Bundesregierung lange Zeit fest. Erschwerend kam hinzu, dass viele Firmen 1990 in ihrer ursprünglichen Form nicht mehr existierten oder aber in einem wirtschaftlich desolaten Zustand waren. Die eigentliche Hürde stellte jedoch die komplizierte Eigentumsfrage dar. Sie erwies sich als schwere Hypothek auf dem Weg zur Revitalisierung des

238 Vgl. Rainer Karlsch: Die Leuna-Minol-Privatisierung. Skandalfall oder Erfolgsgeschichte?, in: Deutschland Archiv Online vom 26.5.2020, <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/310467/die-leuna-minol-privatisierung-skandalfall-oder-erfolgsgeschichte> (Zugriff am 19.8.2021).

239 Vgl. Antwort der Bundesregierung vom 4.5.1994 auf die Große Anfrage des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann und der Gruppe der PDS/Linke Liste: Erneuerung industrieller Kerne, in: Treuhandanstalt (Hg.): Dokumentation 1990-1994, Bd. 11 (wie Anm. 88), S. 739–800, hier S. 746 u. 762.

240 Vgl. dazu demnächst die Einzelstudie von Eva Lütkemeyer im Rahmen des IfZ-Treuhandprojekts.

241 Vgl. dazu Knoll: Die Treuhandanstalt in Brandenburg (wie Anm. 144).

industriellen Mittelstands in Ostdeutschland, denn die Restitution zog sich in vielen Fällen über mehrere Jahre hin und schreckte Investoren ab.²⁴² Diese Bürde erklärt unter anderem auch den ausgebliebenen Erfolg der Mittelstandspolitik der Treuhandanstalt: Unterm Strich konnten ostdeutsche Bürger nicht in dem Maße wie erhofft als aktive Teilnehmer der sozialen Marktwirtschaft gewonnen werden.

Die Tätigkeit der Treuhandanstalt wurde stets von öffentlichen Debatten begleitet, in denen sich Politiker, Gewerkschafts- und Wirtschaftsvertreter mit Alternativvorschlägen zu Wort meldeten. Dabei entstand häufig der Eindruck eines vielstimmigen Chors: Die einzelnen Vorschläge hatten oft nur eine tagespolitische Bedeutung, waren in der Regel nicht aufeinander abgestimmt und daher nicht mehrheitsfähig. So forderten sächsische Landtagsabgeordnete und Unternehmer »die Streichung aller Altschulden ostdeutscher Unternehmen«²⁴³ bzw. einen »Schuldenerlass für privatisierte Betriebe«.²⁴⁴ Obwohl Arbeitgeberpräsident Murmann und Sachsens Wirtschaftsminister Kajo Schommer (CDU) die Forderung unterstützten,²⁴⁵ versandete der öffentliche Vorstoß, da die Befürworter die Frage nach der Gegenfinanzierung unbeantwortet ließen. Darüber hinaus schien Murmann der Kampf gegen die Kurzarbeitergeld-Sonderregelung, die Sozialplanregelungen in Ostdeutschland (nach § 613 BGB) und die Tarifpolitik der Gewerkschaften wichtiger zu sein, die er als arbeitsmarktfeindlich geißelte. Dagegen setzten sich die fünf regionalen Wirtschafts- und Unternehmerverbände in den ostdeutschen Bundesländern dafür ein, die Substanz der Industrie in Ostdeutschland zu er-

242 Vgl. Max Trecker: Die Wiedervereinigung als »Stunde Null« des ostdeutschen Mittelstands? Über verpasste Chancen, in: Hoffmann (Hg.): Transformation einer Volkswirtschaft (wie Anm. 19), S. 84–95, hier S. 92. Vgl. außerdem ders.: Neue Unternehmer braucht das Land. Die Genese des ostdeutschen Mittelstands nach der Wiedervereinigung, Berlin 2022.

243 Plädoyer für einheimische Produkte. Im Landtag notiert, in: Neue Zeit vom 25.2.1991.

244 Sachsens Unternehmer wollen Altschulden-Erlass, in: Frankfurter Rundschau vom 27.2.1991.

245 Eindringliches Plädoyer für eine Streichung der Altschulden ostdeutscher Unternehmen, in: Handelsblatt vom 27.2.1991.

halten. Als Alternative schlugen sie ein treuhänderisches Modell vor, bei dem Banken oder Kapitalbeteiligungsgesellschaften innerhalb von zwei Jahren ein Unternehmen »nach abgestimmtem Sanierungskonzept zur Selbständigkeit führen«.²⁴⁶ Ein entsprechender Vorstoß scheiterte allerdings in Sachsen im Sommer 1992, nachdem die Banken das Prestigeprojekt Biedenkopfs («Sachsenfonds») platzen ließen.²⁴⁷ Ganz andere Sorgen hatten ostdeutsche Betriebsräte aus zehn Großbetrieben, die auf Einladung der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) Ende Februar 1991 nach Bonn gereist waren. Dort warfen sie der Treuhandanstalt vor, sie orientiere sich »ausschließlich an kurzfristiger Rentabilität«.²⁴⁸ Überlebensfähige Betriebe bräuchten aber drei bis fünf Jahre, um sich »umzustrukturieren und schwarze Zahlen zu schreiben«. Einzelne Gewerkschaftsvertreter beklagten sich bitter darüber, dass in Westdeutschland »ganze Wirtschaftszweige und Betriebe jahrelang unterstützt werden, während in Ostdeutschland auch Erfolg versprechende Sanierungskonzepte« verworfen würden. Von dieser Seite wurde die Forderung nach langfristiger Sanierung der ostdeutschen Betriebe und umfangreichen Subventionszahlungen immer lauter öffentlich vorgetragen.

Im Frühjahr 1991 nahm der medial geführte Streit über den wirtschaftspolitischen Kurs in Ostdeutschland an Schärfe zu, denn Betriebs-schließungen und Massenentlassungen beherrschten immer mehr den Alltag der ostdeutschen Bevölkerung. Dabei tauchten auch erstmals Forderungen nach Staatsbeteiligungen auf, wobei das Volkswagenwerk (VW) manchem Kommentator als Referenzgröße diente: Wäre der Wolfsburger Automobilbauer »nicht rechtzeitig in Staatsregie übergegangen, gäbe es den prächtig verdienenden Betrieb heute nicht mehr«.²⁴⁹ Und weiter: Wartburg, Zeiss und andere stünden nun »vor genau diesem Schicksal«.

246 Treuhand-Politik lässt keinen Spielraum zu. Ost-Unternehmensverbände schlagen neues Sanierungsmodell vor, in: Der Morgen vom 1.3.1991.

247 Vgl. dazu Hoffmann: Der selbst ernannte Musterschüler (wie Anm. 142), S. 196.

248 Eine faire Chance wird nicht gewährt. Ostdeutsche Betriebsräte klagen Treuhand an, in: Die Tageszeitung vom 28.2.1991.

249 Sven Bernitt: Schlag nach bei Erhard, in: Der Morgen vom 2.3.1991.

Die wirtschaftspolitische Kehrtwende der Bundesregierung, die in dem Konzept der industriellen Kerne ein Jahr später seinen Niederschlag fand, stieß anfangs in der Öffentlichkeit auf ein eher geringes Interesse. Der vom ökonomischen Niedergang geprägte Diskurs sollte in den folgenden Jahren dadurch noch Auftrieb erhalten, dass die geretteten Standorte nur etwa ein Drittel der Arbeitsplätze langfristig sichern konnten. Insofern überrascht es nicht weiter, dass sich die politischen Akteure in der Öffentlichkeit mit alternativen Gesamtkonzepten zurückhielten. Stattdessen überwogen punktuelle Lösungsvorschläge, die mit den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Initiatoren weitgehend korrelierten. So schlug Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher für die FDP – wenig überraschend – »großzügige Abschreibungsregelungen für Investitionen« und ein »Niedrigsteuergbiet« für Ostdeutschland vor.²⁵⁰

Bei den Liberalen wurden zeitgleich West-Ost-Bruchlinien erkennbar: Im Gegensatz zur westdeutsch dominierten Bundespartei hielten die FDP-Fraktionsvorsitzenden in den ostdeutschen Landtagen die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt für »falsch, weil die schnelle Privatisierung anstelle einer möglichen Sanierung im Vordergrund stehe«.²⁵¹ Eine ähnliche Position vertraten ehemalige DDR-Bürgerrechtler wie Wolfgang Ullmann,²⁵² die sich Anfang Februar 1990 in der Partei Bündnis 90 zusammengeschlossen hatten. Der Partei war bei der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 aufgrund der Sonderregelung im Wahlgesetz (Wahlgebiet Ost) der Sprung über die Fünfprozenthürde gelungen, an der die Grünen im Wahlgebiet West gescheitert waren. Im Frühsommer 1991 forderte Werner Schulz, der die Funktion des Sprechers der Bundestagsgruppe übernahm, einen klaren gesetzlichen Auftrag zur Sanierung der

250 Hans-Dietrich Genscher: Die Treuhand muss neu organisiert und personell verstärkt werden, in: *Welt am Sonntag* vom 3.3.1991.

251 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6.3.1991.

252 Vgl. Heftige Kritik an der Treuhand. Bündnis 90 will Radikalreform, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 5.3.1991.

Treuhandunternehmen und zum Arbeitsplatzzerhalt.²⁵³ Obwohl sich der von ihm eingereichte Entwurf für ein neues Treuhandgesetz explizit an ostdeutsche Abgeordnete in allen Fraktionen richtete, die in ihren Wahlkreisen aufgrund der wirtschaftlichen Talfahrt mächtig unter Druck standen, fand sich dafür im Deutschen Bundestag keine Mehrheit.

Im Herbst 1991 versetzte Franz Steinkühler den Vorstand der Treuhandanstalt mit einem öffentlich inszenierten Vorstoß in helle Aufregung.²⁵⁴ Der Vorsitzende der IG Metall, der nicht im Verwaltungsrat saß, präsentierte auf einer eilig anberaumten Pressekonferenz am 22. Oktober »ein neues Modell zur Finanzierung der ostdeutschen Wirtschaft«.²⁵⁵ Das Modell sah vor, einen Treuhand-Vermögensfonds (THV) zu bilden, der alle sanierungsfähigen Treuhandunternehmen verwalten sollte. Dabei knüpfte Steinkühler teilweise an Überlegungen des Runden Tisches Anfang 1990 an, denn er sprach sich dafür aus, kostenlose Anteilscheine an die ostdeutsche Bevölkerung zu vergeben – allerdings nur zu 50 Prozent des Fondsvolumens. Die andere Hälfte sollten abhängig Beschäftigte freiwillig erwerben können bzw. besserverdienende Selbstständige über eine Zwangsabgabe finanzieren. Das Vermögen des Fonds sollte nach den Vorstellungen des IG-Metall-Chefs in einem komplizierten, dreistufigen System geschaffen und von einer Treuhand-Industrieholding AG betreut werden. Steinkühler verfolgte mit dieser überraschenden Initiative drei Ziele: Erstens wandte er sich damit gegen die laufende Debatte über die Einführung eines Investivlohnes,²⁵⁶ der von anderen Gewerkschaften ge-

253 Presseinformation von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 146/91 vom 13.6.1991, AGG, B.II.2, Nr. 317; Parlamentarisches Koordinierungsbüro Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag, Projekt-Vorschläge [u. a. zum Treuhandgesetz], 30.8.1991, AGG, A – Werner Schulz, Nr. 73.

254 Tagebuch Klaus Schucht, Eintrag zum 22.10.1991, BArch Koblenz, N 1585, Bd. 14, Bl. 331.

255 Metall Pressedienst vom 22.10.1991, BArch Berlin, B 412/2607, Bl. 305–307, hier Bl. 305.

256 Rede Franz Steinkühlers auf der Pressekonferenz am 22.10.1991, ebd., Bl. 308–324, hier Bl. 314. Der Investivlohn ist ein Teil des Arbeitsentgelts, das nicht als Geld an den Arbeitnehmer, sondern in Form einer Unternehmensbeteiligung ausgezahlt wird.

fordert wurde.²⁵⁷ Zweitens verband er den Vorschlag mit der Forderung nach tariflichen Einkommensverbesserungen, um Arbeiter und Angestellte in die Lage versetzen zu können, Fondsanteile zu kaufen. Damit versuchte er den Kritikern seiner Tarifpolitik den Wind aus den Segeln zu nehmen. Drittens griff er die Kritik der Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag an der Treuhandanstalt auf, die in der Medienöffentlichkeit kurzzeitig sehr populär schien. Die Treuhandspitze befürchtete, in den Strudel der politischen Auseinandersetzung über die Zukunft der Anstalt hineingezogen zu werden, und zwar mit unabsehbaren Folgen für die laufende Privatisierungspolitik. In einem internen Papier wiesen leitende Mitarbeiter aus dem Direktorat Arbeit und Sozialpolitik darauf hin, dass das Modell der IG Metall »ohne massiven Einsatz von Steuermitteln funktionsunfähig« sei.²⁵⁸ Steinkühler unterschätzte offenbar den Finanzierungsbedarf für den von ihm vorgeschlagenen THV, denn er ging implizit von einem viel zu geringen Verlustausgleich aus. Da die Bundesregierung keinerlei Anstalten machte, auf den Vorschlag auch nur ansatzweise einzugehen, versandete der Vorstoß Steinkühlers, der damit bei den anderen Gewerkschaften übrigens keine Sympathiepunkte sammeln konnte.

Die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt führte zu Wettbewerbsverzerrungen, nicht nur zwischen west- und ostdeutschen Firmen, sondern auch innerhalb Ostdeutschlands. Diese waren zwar nicht intendiert, stellten aber die marktwirtschaftlichen Vorstellungen insbesondere zur zentralen Funktion des Wettbewerbs grundsätzlich infrage. Im Herbst 1992 berichtete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) über westdeutsche Unternehmen sowie Fach- und Spitzenverbände, die sich besorgt zeigten über »drohende Kampfpreise ostdeutscher Betriebe mit Subventionen durch die Treuhandanstalt«.²⁵⁹ Einzelne Unternehmen

257 Vgl. zur Rolle der Gewerkschaften in der Transformationszeit Anfang der 1990er-Jahre Christian Rau: Die verhandelte »Wende«. Die Gewerkschaften, die Treuhand und der Beginn der Berliner Republik, Berlin 2022.

258 Allgemeine Einschätzung von Werner Bayreuther, o. D., BArch Berlin, B 412/2607, Bl. 325.

259 Viele Branchen haben Angst vor Ost-Dumping. Aufregung über Kampfpreise mit Treuhand-Subventionen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.10.1992.

wandten sich auch direkt an das Bundeswirtschaftsministerium: So kritisierte eine Firma aus West-Berlin, die sich auf den Import von geschliffenen Spiralbohrern aus der Sowjetunion bzw. deren Nachfolgestaaten spezialisiert hatte, dass die Preisentwicklung inzwischen ein Niveau erreicht habe, das »unter unseren Einkaufspreisen liegt und ein weiteres Geschäft unmöglich macht«. ²⁶⁰ Für den Rückgang der Verkaufszahlen wurde eine thüringische Werkzeugfabrik verantwortlich gemacht, die mit »subventionierten Kampfpreisen« den Markt aufmische. Das Ministerium zeigte zwar Verständnis für die Nöte der Firma, stellte sich aber vor die zuständige Treuhandniederlassung (Gera) und verteidigte die kritisierte Preisbildung: Unter der früheren Geschäftsleitung habe die Werkzeugfabrik bis Mitte 1991 hohe Lagerbestände geschaffen, die sich aufgrund des Wegfalls des Osthandels angehäuften hätten. Um den drohenden Konkurs des Unternehmens abzuwenden, müssten diese Bestände rasch auf dem westlichen Markt abgesetzt werden. ²⁶¹ Über Wettbewerbsverzerrungen im Werkzeugmaschinenbau beklagte sich auch ein Unternehmen aus dem Großraum Stuttgart. Der Vorstandsvorsitzende machte dafür die Treuhandanstalt verantwortlich: »In unserer Branche ist es sehr schwer gegen die Konkurrenz aus Fernost [...] bestehen zu können. Eine noch härtere Konkurrenz sind aber neuerdings die Wettbewerber aus den neuen Bundesländern, die unsere schon ausgereizten Preise noch einmal zweistellig unterbieten; nach dem Motto: die Treuhand gleiche es ja aus«. ²⁶² Inwieweit die Vorwürfe zutrafen oder nur vorgeschoben waren, lässt sich an dieser Stelle nicht abschließend klären. Entscheidend ist jedoch die Tatsache, dass die Treuhandanstalt von den Wirtschaftsakteuren nun auch als Fremdkörper in der marktwirtschaftlichen Ordnung wahrgenommen wurde. Damit befand sich die Privati-

260 Wilhelm Tatje KG Berlin an Staatssekretär von Würzen, 20.2.1992, BArch Berlin, B 102/700745, unfol.

261 Staatssekretär von Würzen an Wilhelm Tatje KG Berlin, 26.11.1992, ebd.

262 Hubert Heller, Vorstandsvorsitzender der Heller AG, Nürtingen, an Bundeswirtschaftsminister Dr. Möllemann [sic], 23.11.1992, BArch Berlin, B 102/700747, unfol.

sierungsbehörde in einer neuen, ungewohnten Frontstellung gegenüber Unternehmen und Verbänden.²⁶³

Der Druck auf die Treuhandanstalt nahm weiter zu, denn Wirtschaftsverbände schlossen sich der Kritik an: Die Behörde würde »bisher unverkäufliche Betriebe [...] künstlich am Leben« halten und die »Dumping-Preispolitik« fortsetzen, die bereits zu DDR-Zeiten betrieben worden sei.²⁶⁴ Zu den vorgetragenen Bedenken gegenüber den Subventionspraktiken kam auch noch die Warnung vor einem Arbeitsplatzabbau im Westen hinzu.²⁶⁵ Dennoch verteidigte das Bundeswirtschaftsministerium die Treuhandanstalt gegen die gehäuft vorgetragene Kritik und verwies auf den zeitlich befristeten Charakter der Subventionspolitik in Ostdeutschland: Das »vorübergehende Arbeiten mit Niedrigpreisangeboten [sei] nicht notwendigerweise ein unzulässiges Dumping [...], sondern eine durchaus zulässige Marktstrategie«.²⁶⁶

Bei dieser ordnungspolitisch höchst strittigen Frage zeigte sich aber auch eine Kluft zwischen den Treuhandunternehmen, die bereits privatisiert worden waren, und denen, die sich noch in der Obhut der Behörde befanden. Beispielhaft lässt sich das Problem an der thüringischen Textilregion Mühlhausen verdeutlichen. Hier waren viele Betriebe bis Ende 1992 privatisiert worden. Die einzige Ausnahme bildete das Unternehmen

263 Diese Problematik wird von manchen Ökonomen übersehen, die behaupten, die Treuhandanstalt hätte ihre Arbeit einfach fortsetzen müssen, um den Konvergenzprozess nicht ins Stocken geraten zu lassen. Es sei ein »Hauptfehler« der Bundesregierung gewesen, die Behörde 1994 aufzulösen. Vgl. Dalia Marin: 30 Jahre Politikversagen: Deutschland mit zwei Seelen, in: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 99 (2019), S. 670 f., <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2019/heft/10/beitrag/30-jahre-politikversagen-deutschland-mit-zwei-seelen.html> (Zugriff am 23.9.2021); dies.: Warum sich Ostdeutsche so oft für rechte Parteien entscheiden, Spiegel-Online vom 5.6.2021, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/sachsen-anhalt-warum-sich-ostdeutsche-so-oft-fuer-rechte-parteien-entscheiden-a-45f4ccb3-d167-4a24-bfbf-22da32c459df> (Zugriff am 23.9.2021).

264 Thomas Pfeiffer, Hauptverband der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie, an Herrn Rempe, BMWi, 23.10.1992, BArch Berlin, B 102/700746, unfol.

265 W. Baaden, Verband Deutscher Keramik- und Feinsteinzeug-Fabriken, an Reg.Dir. [Regierungsdirektor] Jürgen Kraetsch, 26.10.1992, ebd.

266 Notiz Plessing, BMWi, betr. Schreiben des Gesamtverbandes der Deutschen Maschinen-Industrie vom 18.1.1993, 28.1.1993, BArch Berlin, B 102/700747, unfol.

Mülana, für das die Treuhandanstalt offenbar einen Neubau errichten wollte. Dagegen protestierten die umliegenden ehemaligen Treuhandunternehmen,²⁶⁷ die sich dadurch in ihrer Marktposition benachteiligt sahen. Für ihr Anliegen konnten sie die zuständige Industrie- und Handelskammer sowie den Gesamtverband der Deutschen Maschinen-Industrie mit Sitz in Stuttgart gewinnen. Deren Hauptgeschäftsführer war empört über die Vorgehensweise der Behörde: »Besonders pervers erscheint es mir, wenn die Treuhand [...] billigend in Kauf nimmt, dass nicht nur etablierte Anbieter, sondern insbesondere erst vor kurzem privatisierte bzw. reprivatisierte Treuhandunternehmen in ihrer Existenz« gefährdet werden.²⁶⁸ Darüber hinaus beklagten sich, wie es in dem Zitat aufscheint, auch reprivatisierte Unternehmen, die sich gegenüber Treuhandbetrieben im Nachteil sahen, über Wettbewerbsverzerrungen.²⁶⁹

Internationale Aspekte der Privatisierungspolitik

Obwohl die Treuhandanstalt nur sechs Prozent der Unternehmen an ausländische Investoren verkaufte, war die Privatisierungspolitik von internationalen Rahmenbedingungen und Verflechtungen in einem weit- aus größeren Maße beeinflusst, als bisher angenommen.²⁷⁰ Anfang der 1990er-Jahre zeichneten sich die Grenzen nationaler Wirtschaftspolitiken immer mehr ab, denn die zunehmende Europäisierung und Globalisierung prägten die nunmehr gesamtdeutsche Wirtschaft. Dabei erhielt die Europäische Gemeinschaft (EG) bzw. ab 1993 die Europäische Union (EU)

267 Vgl. Helmut Petersein, geschäftsführender Gesellschafter der noble mode Strickwaren GmbH Mühlhausen, an Herrn Schröder, THA, 9.12.1992, ebd.

268 Peter F. Giernoth, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der Deutschen Maschinen-Industrie, an Konrad Neundörfer, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der Textilindustrie, 23.11.1992, ebd.

269 Peter Hamann, Sport- und Freizeitbekleidung Meerane, an Bundeskanzler Helmut Kohl, 1.2.1993, BArch Berlin, B 102/700750, unfol.

270 Vgl. dazu demnächst die Einzelstudie von Keith R. Allen im Rahmen des IfZ-Treuhandprojekts.

eine zentrale Aufgabe, etwa bei der Festlegung von Absatzkontingenten und bei der Kontrolle und Genehmigung von Beihilfen oder Subventionszahlungen. Das wirkte sich vor allem auf die Privatisierung der Werften- und Stahlindustrie, aber auch der chemischen Industrie in Ostdeutschland aus. Außerdem spielten internationale Akteure eine wichtige Rolle bei der Privatisierung ostdeutscher Betriebe, etwa als Berater, Kapitalgeber und Investoren.

Für einzelne ostdeutsche Regionen und Branchen konnten Beihilfezahlungen in Brüssel beantragt werden.²⁷¹ Die Finanzierung erfolgte vor allem aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).²⁷² Die finanzielle Größenordnung war auch für die Zeit nach dem offiziellen Ende der Treuhandanstalt beachtlich: Das Bundesfinanzministerium ging davon aus, dass aus dem EU-Strukturfonds in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre nochmals 18,6 Milliarden ECU (European Currency Unit) nach Deutschland fließen würden.²⁷³ Dabei hatte sich aber rasch abgezeichnet, dass die von der Bundesregierung in Brüssel beantragten Mittel den Herausforderungen nicht ganz gerecht wurden, vor denen die ostdeutschen Länderchefs standen. Das betraf auch die Zweckbindung der EFRE-Mittel an die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe. Deshalb hatte der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf versucht, EU-Mittel nachträglich über Landesprogramme abzuwickeln. Er wollte auf diese Weise »dringende Maßnahmen« zur Erneuerung der regionalen Infrastruktur sowie zum Strukturwandel finanzieren, die bislang nicht »förderfähig« waren.²⁷⁴ Dem Vorstoß Biedenkopfs wurden im Bundesfinanzministerium jedoch kaum Chancen auf Erfolg eingeräumt.

271 Vgl. dazu den Beitrag von Keith R. Allen im vorliegenden Band.

272 Im Gegenzug hatte die Europäische Kommission Bonn dazu gedrängt, die Zonenrandförderung Ende 1994 zu beenden. Vgl. Astrid M. Eckert: Zonenrandgebiet. Westdeutschland und der Eiserne Vorhang, Berlin 2022, S. 111.

273 Dr. Funkschmidt, BMWi, Vermerk vom 17.1.1994, BArch Berlin, B 102/702766, unfol.

274 Biedenkopf an Bruce Millan, EU-Kommissar für Regionalpolitik und Kohäsion, 21.12.1993, ebd.

Die Bundesregierung unterschätzte die Folgen ihrer vollmundigen Ankündigung, in den ostdeutschen Bundesländern würden rasch blühende Landschaften entstehen, nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland. Die gewagte Prognose erwies sich sogar als Bumerang für Verhandlungen in Brüssel. Wettbewerbskommissar Karel Van Miert lehnte eine Verlängerung der Ende 1995 auslaufenden Sonderregelungen für Ostdeutschland ab und verwies auf die optimistische Gesamteinschätzung der Bonner Regierung Anfang der 1990er-Jahre. Damals sei die Kommission bereit gewesen, einen größeren Spielraum zu gewähren. Doch aus Bonn habe man stets »von den erfolgreichen Fortschritten des Wiederaufbaus« gehört.²⁷⁵ Daher habe die Kommission den Eindruck gewonnen, dass die »unnormale Situation nach 1989 nun einer Normalität, wie sie auch in anderen Mitgliedstaaten bestehe, gewichen sei«. Er zeigte sich zwar erschrocken über die Wirtschaftsdaten, die ihm der BvS-Sonderbeauftragte Klaus von Dohnanyi vorgelegt hatte, und zog die Förderbedürftigkeit ostdeutscher Industrieunternehmen grundsätzlich nicht in Zweifel. Die beschriebene Lage stehe aber – so Van Miert – »im krassen Widerspruch zu dem öffentlichen Eindruck, der über die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands [...] auch in die Hauptstädte der Mitgliedstaaten vermittelt werde«. Seiner Einschätzung nach würden sich insbesondere die südeuropäischen Mitgliedstaaten dem deutschen Begehren widersetzen. Der Gesprächsvermerk macht deutlich: Die Bundesregierung war Gefangene ihrer eigenen Kommunikationspolitik geworden!

Der ökonomische Umbruch in Ostdeutschland war von einer »doppelten Transformation«²⁷⁶ geprägt, in der sich einigungsbedingte Probleme und globale Veränderungen des Wirtschafts- und Finanzsystems überla-

275 Dr. Klaus von Dohnanyi, BvS-Sonderbeauftragter Markt & Staat, Vermerk über ein Gespräch mit den EU-Kommissaren Karel Van Miert und Martin Bangemann sowie Botschafter Dietrich von Kyaw in Brüssel am 12.9.1995, o. D., BArch Berlin, B 102/724226, unfol.

276 Heinrich Best/Everhard Holtmann: Die langen Wege der deutschen Einigung. Aufbruch mit vielen Unbekannten, in: dies. (Hg.): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung, Frankfurt am Main/New York 2012, S. 9–39, hier S. 11.

gerten und gegenseitig verschärften. Die Einführung der Marktwirtschaft erfolgte in Ostdeutschland nicht nur nach westdeutschem Vorbild, sondern auch unter den Bedingungen einer weltweit immer stärker vernetzten Wirtschaft, die ihrerseits den Westen unter Reformdruck setzte. Die Vorstellung einer nachholenden Modernisierung in den ostdeutschen Bundesländern nach 1990 greift insofern zu kurz, als sich die Bundesrepublik als Zielgröße in dieser Zeit selbst veränderte. Die zunehmende Finanzierung über internationale Finanz- und Kapitalmärkte und der Einstieg ausländischer Investoren bedeuteten langfristig das Ende der »Deutschland AG«. ²⁷⁷ Die vielfältigen Verflechtungen zwischen großen Aktiengesellschaften der Industrie, Banken und Versicherungen, die die Wirtschaftsstrukturen in Westdeutschland jahrzehntelang geprägt und feindliche Übernahmen verhindert hatten, begannen sich langsam aufzulösen. ²⁷⁸

Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft erfolgte nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft nicht nur in Ostdeutschland, sondern in ganz Osteuropa. ²⁷⁹ Dabei sind unterschiedliche Entwicklungspfade und Geschwindigkeiten zu beobachten. Eine vergleichende Perspektive kann den Blick schärfen, um sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. ²⁸⁰ In der Forschung kursiert die These, dass die

277 Hartmut Berghoff betont die Kontinuität der westdeutschen Spielart des koordinierten Kapitalismus und die Angleichung an das angelsächsische Modell. Vgl. Hartmut Berghoff: Die 1990er Jahre als Epochenschwelle? Der Umbau der Deutschland AG zwischen Traditionsbruch und Kontinuitätswahrung, in: *Historische Zeitschrift* 308 (2019), S. 364–400, hier S. 398.

278 Im Energiesektor und bei der Braunkohle war das Bundeswirtschaftsministerium offenbar gegen eine Beteiligung ausländischer Investoren und verfolgte »das Konzept des closed shop«. Tagebuch Klaus Schucht, Eintrag zum 11.6.1991, BArch Koblenz, N 1585, Bd. 11, Bl. 97 f. Mit diesem protektionistischen Kurs konnte sich das Ministerium aber nicht gegen Bundeskanzler Kohl durchsetzen.

279 Einflussreich in der Bewertung: Ivan Krastev/Stephen Holmes: *Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung*, Berlin 2019.

280 Vgl. dazu demnächst die Studie von Eva Schäffler zur Tschechoslowakei bzw. Tschechischen Republik im Rahmen des IfZ-Treuhandprojekts. Vgl. zu Polen Florian Peters: Vom »Polenmarkt« zum Millionär? Der Markt als Erfahrungsraum und Ordnungsmodell der Transformationszeit in Polen, in: Dierk Hoffmann/Ulf Brunnbauer (Hg.): *Transformation als soziale Praxis. Mitteleuropa seit den 1970er Jahren*, Berlin 2020, S. 108–124.

DDR-Wirtschaft der »radikalsten Schocktherapie im postkommunistischen Europa unterzogen« worden sei.²⁸¹ Vieles deutet aber darauf hin, dass es sich bei den ostdeutschen Bundesländern um einen Sonderfall handelte. Die sozioökonomische Transformation fand nur in einem Teil des wiedervereinigten Deutschland statt, und zwar unter Bedingungen offener Grenzen. Deshalb waren einige Maßnahmen ausgeschlossen, die anderen ostmitteleuropäischen Staaten zur Verfügung standen, um den wirtschaftlichen Niedergang aufzuhalten: die Abwertung der Landeswährung und handelspolitischer Protektionismus. Die finanziellen und sozialen Kosten der wirtschaftlichen Neuordnung in Ostdeutschland konnten zu einem beträchtlichen Teil vom westdeutschen Wohlfahrtsstaat aufgefangen werden, was bis heute als Transferzahlungen verbucht wird. Insgesamt überwogen in den ostdeutschen Bundesländern die Vorteile einer stabilen, sofort verfügbaren Rechtsordnung, einer sich schnell verbessernden Infrastruktur²⁸² und von finanziell vergleichsweise umfangreichen Fördermöglichkeiten.

Strukturwandel und Verlusterfahrungen in Ostdeutschland

Die eigentliche Herkulesaufgabe, vor der die Treuhandanstalt 1990 stand, war nicht so sehr die Privatisierung der ehemaligen volkseigenen Betriebe, sondern vielmehr der damit einhergehende Strukturwandel in Ostdeutschland. Auf die strukturpolitische Bedeutung der sogenannten industriellen Kerne für die wirtschaftliche Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern in den 1990er-Jahren ist bereits hingewiesen worden. Da für die SED-Führung die Garantie der Vollbeschäftigung stets oberste Priorität genossen hatte (»Recht auf Arbeit«), war eine Anpassung der DDR-Wirtschaft an den weltweiten Strukturwandel in der Ära Honecker kaum erfolgt. Das zeigte sich nicht nur im Hochtechnologie-

281 Ther: Die neue Ordnung auf dem Kontinent (wie Anm. 233), S. 94.

282 Vgl. Andreas Wirsching: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012, S. 71.

sektor, etwa bei der Massenherstellung von Mikrochips. Außerdem war die Planwirtschaft immer planloser geworden: So hatte Ost-Berlin Ende der 1970er-Jahre eine Energiewende mit langfristig fatalen ökonomischen und ökologischen Folgen vollzogen (Rückkehr zur Braunkohle), um über den Export von Mineralölprodukten (aus sowjetischem Erdöl) dringend benötigte Devisen zu bekommen und dadurch die Außenhandelsbilanz ausgleichen zu können. Ende der 1980er-Jahre hatte die DDR-Wirtschaft gegenüber der Bundesrepublik einen Modernisierungsrückstand von ungefähr zehn Jahren.²⁸³ Der verschlafene Strukturwandel²⁸⁴ lastete wiederum als schwere Hypothek auf den ostdeutschen Betrieben, wie sich nach dem Mauerfall 1989 zeigte. Denn nun musste der Preis dafür gezahlt werden, dass sich die Staats- und Parteiführung der DDR in den 1970er- und 1980er-Jahren standhaft geweigert hatte, auf den Veränderungsdruck zu reagieren, der vom globalen Strukturwandel ausging. Da einige Vorstandsmitglieder und Manager der Treuhandanstalt über Privatisierungs- und Sanierungserfahrungen aus den 1970er- und 1980er-Jahren verfügten, überrascht es nicht, dass der Strukturwandel in Ostdeutschland nach westdeutschem Vorbild erfolgte.²⁸⁵

Die nach dem Mauerfall einsetzende und durch die Öffnung zu den Weltmärkten ausgelöste ökonomische Transformation Ostdeutschlands vollzog sich in nur wenigen Jahren.²⁸⁶ Nur zum Vergleich: Der Strukturwandel im westdeutschen Ruhrgebiet setzte mit der Talfahrt der Kohle Ende der 1950er-Jahre ein und fand erst Ende 2018 seinen vorläufigen

283 Vgl. Ralf Ahrens/André Steiner: Wirtschaftskrisen, Strukturwandel und internationale Verflechtung, in: Frank Bösch (Hg.): *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*, Bonn 2015, S. 79–115, hier S. 92.

284 André Steiner kennzeichnet die 1980er-Jahre treffend als eine Periode, die in der DDR von wirtschaftlichem und politischem »Strukturkonservatismus« geprägt gewesen sei. Vgl. Steiner: *Abschied von der Industrie?* (wie Anm. 123), S. 43.

285 Vgl. Veit Damm: »Keine Wende«? Finanzhilfen für ostdeutsche Betriebe und Kontinuitäten der Subventions- und Strukturpolitik in der »Ära Kohl« nach 1989, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 58 (2017) 2, S. 513–536, hier S. 515.

286 Vgl. zum Folgenden Hoffmann: *Im Hochgeschwindigkeitszug durch den Strukturwandel* (wie Anm. 120), S. 52f.

Abschluss. Damit fallen zunächst einmal die sehr unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Veränderungsprozesse in Ost und West ins Auge, sodass sich für die ostdeutschen Bundesländer eher Nordengland und nicht Westdeutschland als Vergleichsregion anbietet.²⁸⁷ Ein Resultat des Strukturwandels in Ostdeutschlands war die Veränderung der Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Wirtschaftsbranchen, die teilweise dramatisch einbrachen. In der Land- und Forstwirtschaft lag der Beschäftigungsgrad Ende 1994 nur noch bei 27 Prozent des Niveaus von Ende 1989. Im Bergbau- und Energiesektor war er auf 36 Prozent gesunken, in der Metall- und Elektroindustrie sowie im verarbeitenden Gewerbe auf 49 bzw. 55 Prozent. Deutliche Zuwachsraten verzeichneten dagegen die Bauwirtschaft (115 Prozent) sowie Banken und Versicherungen (266 Prozent).²⁸⁸

Die offizielle Arbeitslosenstatistik wies für Ostdeutschland 1991 im Jahresdurchschnitt eine Quote von 10,2 Prozent auf, die deutlich über dem Wert in den westlichen Bundesländern lag (6,2 Prozent) und in den folgenden Jahren weiter ansteigen sollte (1994: 15,7 Prozent).²⁸⁹ In dem Zusammenhang fallen drei Besonderheiten auf: Erstens lag die Unterbeschäftigung durch Kurzarbeit, Vorruhestand, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Umschulung de facto sehr viel höher, teilweise um zehn Prozent über der offiziellen Arbeitslosenquote. Zweitens waren Frauen sehr viel stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. Das galt insbesondere für die Textilindustrie, wo der Anteil weiblicher Beschäftigung traditionell sehr hoch war. Drittens zeigten sich deutliche regionale Unterschiede, wie etwa in Sachsen: Während im Arbeitsamtsbezirk Dresden die

287 Vgl. Lutz Raphael: *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019, S. 327 f. u. 425.

288 Zu den Zahlen Günther Schmid/Frank Oschmiansky: *Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung*, in: Gerhard A. Ritter (Hg.): *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 11: *Bundesrepublik Deutschland 1989–1994. Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung*, Baden-Baden 2007, S. 435–489, hier S. 451.

289 Vgl. Dietmar Hobler/Svenja Pfahl/Lisa Schubert: *Arbeitslosenquoten 1991–2019* (WSI-Genderdatenportal 2020), S. 5, <https://docplayer.org/202445652-Wsi-gender-datenportal-bearbeitung-dietmar-hobler-svenja-pfahl-lisa-schubert.html> (Zugriff am 19.6.2022).

Erwerbslosenrate 1991 im Jahresdurchschnitt bei 7,9 Prozent lag, betrug sie im Arbeitsamtsbezirk Oschatz 11,0 Prozent.²⁹⁰

Die Erfahrung von Massenarbeitslosigkeit, die viele Ostdeutsche nach 1990 machen mussten, erzeugte nicht nur neue soziale Ungleichheiten, sondern prägte auch nachhaltig die politischen und kulturellen Einstellungen vieler Menschen in den ostdeutschen Bundesländern. Mit den Betriebsschließungen gingen nicht nur sicher geglaubte Arbeitsplätze verloren. Es verschwand auch die betriebszentrierte sozialistische Arbeitswelt, die für die Bevölkerung bis zum Mauerfall 1989 eine Rundumversorgung mit Polikliniken, Kitas und Ferienheimen bis hin zu Feierabendheimen und Kulturhäusern bereitgehalten hatte. Damit veränderten sich einerseits die Arbeitswelten²⁹¹ und die daran gekoppelten tradierten Familien- und Frauenbilder. Andererseits zeigte sich bereits Anfang der 1990er-Jahre, dass die durch das SED-Regime garantierte sozialistische Arbeitswelt die Erwartungshaltungen großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung langfristig geprägt hatte. So wurde das in der DDR-Verfassung garantierte Recht auf Arbeit auch von Bürgerrechtlern aufgegriffen und gelangte Anfang März 1990 in die Sozialcharta des Runden Tisches. Allem Anschein nach favorisierten viele Ostdeutsche einen starken, das heißt fürsorgenden Staat, der die Ausgestaltung der sozialen Lebenswirklichkeit eben nicht den Tarifparteien oder den Marktkräften überließ. Die wirtschaftliche Talfahrt in den ostdeutschen Bundesländern und die anhaltende Massenarbeitslosigkeit in den 1990er-Jahren haben diese Grundhaltung noch einmal verfestigt. In der alten Bundesrepublik war diese Forderung jedoch nicht mehrheitsfähig, auch wenn sie bei den Verhandlungen zum Staatsvertrag über die deutsche Einheit von Teilen der politischen Linke übernommen worden war.²⁹²

290 Vgl. Landesarbeitsamt Sachsen, Jahreszahlen 1991 (Statistische Mitteilungen), S. 20.

291 Vgl. dazu Wolfgang Engler: Von der arbeiterlichen Gesellschaft zur Marktwirtschaft. Der Umbruch der Arbeitswelt im Osten, in: Martin Sabrow/Alexander Koch (Hg.): Experiment Einheit. Zeithistorische Essays, Göttingen 2015, S. 75–93.

292 Vgl. Stellungnahme des Parteirats der SPD vom 26.6.1990 zum Zweiten Staatsvertrag, in: Ilse Fischer (Hg.): Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90, Bonn 2009, S. 358 f., hier S. 359.

Neben dem Verlust des Arbeitsplatzes und dem Verschwinden der sozialistischen Arbeitswelt gab es für viele Ostdeutsche aber noch eine weitere Verlusterfahrung, die im Vergleich insbesondere zur westdeutschen Kohle- und Stahlindustrie deutlich zutage tritt: Im Ruhrgebiet hatte sich nämlich über Jahrzehnte eine Kommunikationsstrategie herausbilden können, die offenbar für viele Betroffene glaubhaft und authentisch war. Als am 21. Dezember 2018 offiziell die letzte Zeche in Bottrop geschlossen wurde, waren unter anderen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) anwesend. In seiner Ansprache erklärte Laschet nicht nur, dass das Bundesland dem »schwarzen Gold« viel zu verdanken habe, er betonte auch, dass das Zeitalter der Kohle eine »Erfolgsgeschichte« gewesen sei.²⁹³ Am Vorabend hatte noch ein ökumenischer Gottesdienst im Essener Dom stattgefunden. Die dabei medial ausgestrahlten Bilder, die eine kulturell eingebaute Praxis des Abschiednehmens von einer Industriebranche dokumentierten, sucht man in Ostdeutschland nach 1990 vergebens. Das hängt nicht nur mit dem rasanten Tempo des Strukturwandels östlich der Elbe zusammen, sondern auch mit der Gleichzeitigkeit der politischen Umwälzungen. Die Legitimation der politischen Akteure der alten Ordnung – insbesondere der SED, der Blockparteien und der Massenorganisationen – war in der friedlichen Revolution mehrheitlich infrage gestellt worden. Diese hätten den sozioökonomischen Strukturwandel nicht mehr glaubhaft begleiten können. Und die Institutionen der neuen Ordnung befanden sich im Aufbau und verfügten noch nicht über den dafür nötigen Vertrauensvorschuss. Die Lage wurde zusätzlich noch verschärft durch die über vier Jahrzehnte weit fortgeschrittene Entkirchlichung und das gleichzeitige Fehlen fester zivilgesellschaftlicher Strukturen. Das alles könnte eine Erklärung dafür sein, dass wir es im Zusammenhang mit dem Strukturwandel in Ostdeutschland auch mit einem Verlust kultureller Identität zu tun haben, der sich in den

293 Ende einer Ära: Schlussakt für den Steinkohlebergbau in Deutschland, in: Zeit-Online vom 21.12.2018, www.zeit.de/news/2018-12/21/schlussakt-fuer-den-steinkohlebergbau-in-deutschland-181220-99-304792 (Zugriff am 24.9.2021).

öffentlichen Debatten zu den Jahrestagen der deutschen Einheit und mit zunehmendem zeitlichen Abstand zu den Umbrüchen der 1990er-Jahre immer stärker bemerkbar macht.

Soziale Proteste und Kommunikationsstrategien

Der Protest, der sich in Ostdeutschland gegen die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt Ende 1990 zu formieren begann, nahm im Frühjahr 1991 an Stärke und Intensität weiter zu. Vor den Werktoeren vieler Betriebe, deren Zukunft ungewiss war, demonstrierten Beschäftigte für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Die Protestbewegung, die von Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten unterstützt wurde, folgte zwar ähnlichen Mustern, war aber dezentral und im lokalen Raum organisiert. Zu den materiellen Sorgen der Menschen stellte sich auch noch ein Zustand kollektiver Desillusionierung ein. So erklärte der Leipziger Superintendent Friedrich Magirius: Nachdem die »erste Begeisterung, am westlichen Wohlstand teilhaben zu können«, verflogen sei, kehre nun »eine schlimme Ernüchterung« ein.²⁹⁴ Die brandenburgische Arbeitsministerin Regine Hildebrandt (SPD) brachte die toxische Stimmungslage in der Bevölkerung prägnant auf den Punkt: »Wenn das so weitergeht, fliegt hier bald der Deckel hoch.« Pressemeldungen über eine gestiegene Selbstmordrate in der Stadt und im Kreis Potsdam bzw. eine wachsende Anzahl von Anrufen bei der Telefonseelsorge in Berlin unterstrichen die Ausweglosigkeit, in der sich offenbar einige Ostdeutsche befanden.²⁹⁵

Neben spontanen Arbeitsniederlegungen und Betriebsbesetzungen bildeten sich im Sommer 1992 sogenannte Komitees für Gerechtigkeit, zunächst in Dresden und Berlin. Während in der Elbmetropole angebe-

294 »Hier fliegt bald der Deckel hoch«. Kommunen und Betriebe, Gesundheitswesen und Landwirtschaft – kaum ein Bereich der ehemaligen DDR, der nicht vor dem Ruin steht, in: Stern vom 28.2.1991.

295 Ebd.

lich 400 Menschen an der Gründungsversammlung des ersten lokalen Komitees teilnahmen, trafen sich im Ost-Berliner Bezirk Marzahn etwa 60 Teilnehmer, die sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung des Bezirks wandten.²⁹⁶ Zu den Initiatoren gehörten Vertreter von PDS und Bündnis 90, aber auch der CDU. Ziel sei die Schaffung einer »breiten Bürgerbewegung«, die sich über öffentliche Veranstaltungen »ein Mandat in der Kommunalpolitik verschaffen« sollte. Beide Komitees verstanden sich ausdrücklich als parteiunabhängige Bürgerbewegungen. Presseberichten zufolge hatten auch Geistliche und Vertreter von Bürgerinitiativen an den Auftaktveranstaltungen teilgenommen. Nach Angaben der Initiatoren war das öffentliche Echo enorm: Aus mehreren ost- und westdeutschen Städten und Gemeinden seien Anfragen gekommen; Einzelpersonen, Arbeitslosenverbände und Bürgerinitiativen hätten ihre Unterstützung zugesagt. Daraufhin zog Peter-Michael Diestel (CDU), der zu den Gründungsvätern der Komitees zählte, sogar die Bildung einer eigenständigen Partei in Erwägung.²⁹⁷ Die Komitees boten offenbar einen Raum zur Artikulation ganz unterschiedlicher politischer Interessen, die insbesondere die PDS nutzen konnte, um sich als ostdeutsche Protest- und Interessenpartei zu profilieren.²⁹⁸ Dennoch waren die Ziele der SED-Nachfolgepartei mit denen der locker organisierten Komitees keineswegs deckungsgleich:

296 Vgl. Erste Komitees in Dresden und Berlin. Ost-Sammlungsbewegung kommt ins Laufen, in: Neues Deutschland vom 20.7.1992. In anderen Zeitungsberichten wird die Teilnehmerzahl der Dresdner Veranstaltung nur mit 200 angegeben. Vgl. Frust lag in der Luft. Gerechtigkeitskomitee in Dresden konstituiert, in: Neue Zeit vom 20.7.1992.

297 Vgl. Erste Komitees in Dresden und Berlin. Ost-Sammlungsbewegung kommt ins laufen, in: Neues Deutschland vom 20.7.1992. Andere ostdeutsche CDU-Mandats-träger gingen dagegen auf Distanz zu den Komitees, so z. B. der Fraktionsvorsitzende im sächsischen Landtag, Karl-Heinz Binus, und der Präsident des sächsischen Landtags, Erich Iltgen. Vgl. Der Landtag – Denkfabrik oder nur Abstimmungs-maschine?, in: Sächsische Zeitung vom 16.7.1992. Auf ihrem Bundesparteitag im Oktober 1992 beschloss die CDU schließlich, dass die Mitarbeit in den »Komitees für Gerechtigkeit« unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Partei sei. Vgl. Thorsten Holzhauser: Die »Nachfolgepartei«. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Berlin/Boston 2019, S. 103.

298 Vgl. Holzhauser: Die »Nachfolgepartei« (wie Anm. 297), S. 101–105. Holzhauser betont allerdings einseitig die Instrumentalisierung der Protestbewegung durch die PDS und unterschätzt die Heterogenität und relative Eigenständigkeit der Komitees.

Im Mittelpunkt von deren Forderungen standen zwar Fragen der sozialen Gerechtigkeit (Arbeitslosigkeit, Löhne, Renten und Mieten). Darüber hinaus wurden aber auch Vorschläge zur inneren Sicherheit artikuliert. Es sei ein Fehler gewesen, so wurde ein Teilnehmer der konstituierenden Sitzung in Dresden zitiert, die »Stasi-IMs zu enttarnen, [...], hätte man die gelassen, gebe es jetzt fünfzig Prozent weniger Kriminalität«. Teile der Komitees zeigten sich tendenziell ausländerfeindlich (»Probleme der Ausländer«)²⁹⁹ und skeptisch gegenüber der repräsentativen Demokratie (»Man könne sich selbst regieren«). Die Gründung der Komitees löste im Vorstand der Treuhandanstalt, aber auch in den westdeutschen CDU-Verbänden »große Unsicherheit und Erregung« aus.³⁰⁰

Die Tätigkeit der Treuhandanstalt wurde von Anfang an von einer unglücklich erscheinenden Kommunikationspolitik begleitet, die angesichts der Größe der Privatisierungsaufgabe und der Vielzahl der Arbeitsfelder einer Sisyphusarbeit glich. Das begann zweifellos im Herbst 1990, als Präsident Rohwedder in der Öffentlichkeit etwas vorschnell die Bilanzsumme des volkseigenen Vermögens präsentierte. Mit dem Stimmungswechsel in der ostdeutschen Öffentlichkeit Anfang 1991 stand die Behörde immer öfter mit dem Rücken zur Wand. Der Alltag der Menschen entsprach nicht den Versprechen der politischen Akteure (»blühende Landschaften«). Im Kreuzfeuer der Kritik stand schnell die Treuhandanstalt, die als Blitzableiter für die Politik diente. Das machte es nahezu unmöglich, eine für die Öffentlichkeit überzeugende Sprachregelung für die Dynamik und Folgen des Transformationsprozesses zu finden. Dennoch blieb es nicht aus, dass

299 Die hier zu beobachtende Xenophobie, die aber schon im Sommer 1990 in Ostdeutschland latent vorhanden war, entlud sich erstmals im September 1991 in Hoyerswerda. Vgl. Christoph Wovtscherk: Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991, Göttingen 2014. Es folgten weitere fremdenfeindliche Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen im August 1992, aber auch in den westdeutschen Bundesländern (Mordanschläge in Mölln und Solingen im November 1992 bzw. Mai 1993).

300 Tagebuch Klaus Schucht, Eintrag zum 14.7.1992, BArch Koblenz, N 1585, Bd. 17, Bl. 710. Nach Angaben von Schucht sah Birgit Breuel nun keine Möglichkeit mehr, Liquidationen oder Stilllegungen »in größerem Stil« durchzusetzen.

leitende Mitarbeiter darüber hinaus in das ein oder andere Fettnäpfchen tappten. So erklärte der Treuhand-Verwaltungsdirektor den Umzug der Behördenzentrale vom Alexanderplatz in das einstige Reichsluftfahrtministerium mit den Worten: »Mich stört das Dritte Reich in diesem Zusammenhang überhaupt nicht.«³⁰¹ Hermann Görings früheres Ministerium, so schwärmte er, »eigne sich ganz hervorragend für die Zwecke der Treuhand«. Zu der mangelnden Sensibilität gegenüber der nationalsozialistischen Geschichte des Gebäudes kam auch noch die Unkenntnis der DDR-Geschichte hinzu, denn der Vorplatz des neuen Standorts war ein zentraler Ort des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 gewesen. Das für Bergbau zuständige Vorstandsmitglied Klaus Schucht hatte wiederum keine Bedenken, sich den Braunkohletagebau bei Senftenberg nur von oben aus einem Hubschrauber zeigen zu lassen, um damit die Vorurteile über die Abgehobenheit mancher Treuhandmanager ungewollt zu bestätigen.³⁰² Doch auch westdeutsche Politiker zeigten kein Fingerspitzengefühl beim Umgang mit ostdeutschen Befindlichkeiten. Der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Horst Köhler (CDU), der im Verwaltungsrat der Treuhandanstalt saß, kommentierte die Stilllegung unrentabler Betriebe wenig feinfühlig: »Es muss gestorben werden.«³⁰³

Während es der Treuhandspitze nicht gelang, eine überzeugende und kohärente Kommunikationsstrategie nach außen hin zu entwickeln, versuchte sie frühzeitig, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Schwierigkeiten und Risiken der Privatisierungspolitik einzustimmen. In einem internen Rundbrief räumte Birgit Breuel unumwunden ein:

301 Große und kleine Geschäfte in froher Stimmung. Wegen Platzmangels zieht die Treuhand ins einstige Reichsluftfahrt-Ministerium um, in: Frankfurter Rundschau vom 18.2.1991.

302 Tagebuch Klaus Schucht, Eintrag zum 17.6.1991, BArch Koblenz, N 1585, Bd. 12, Bl. 114.

303 Peter Christ: Zum Sündenbock gestempelt. Detlev Karsten Rohwedder und die Treuhand – eine Bilanz, in: Die Zeit vom 5.4.1991.

»Wir können gar nicht alles richtig machen, wir können nur versuchen, unseren Weg schrittweise zu finden.«³⁰⁴ Sie appellierte an die Treuhandmitarbeiter, jeden Einzelfall »so sorgfältig wie möglich zu prüfen – in menschlichen, sozialen und in wirtschaftlichen Belangen«. Darüber hinaus entwickelte der Personalvorstand eine Sprachregelung für die Zusammenarbeit mit Bundesbehörden, Landesregierungen, Bildungsträgern und Treuhandunternehmen. Die Behörde werde Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen in Gang setzen und unterstützen, könne aber die dazu getroffenen Maßnahmen »nicht selbst tragen oder finanzieren«.³⁰⁵ Die Treuhandanstalt konnte dennoch nicht verhindern, dass sie in beschäftigungs- und sozialpolitischen Fragen in einem sehr viel stärkeren Maße Verantwortung zugewiesen bekam, als ihr lieb war. Die Umsetzung der Sozialpläne und ABM-Maßnahmen war letztlich ein Aushandlungsprozess mit anderen politischen und gesellschaftlichen Akteuren auf Landes-, Kreis- und Kommunalebene.

Falls es jemals eine stringente Krisenbewältigungsstrategie gegeben haben sollte, so schien sie mit der Schließung des Kalibergwerks in Bischofferode, das zu DDR-Zeiten nach der Leitfigur des frühneuzeitlichen Bauernkrieges Thomas Müntzer benannt worden war, und dem dortigen Hungerstreik der Kalikumpel 1993 endgültig gescheitert zu sein.³⁰⁶ Die Auseinandersetzung um das Ende der Kaligewinnung in Bischofferode gilt als Höhe- und Wendepunkt der Protestwelle in Ostdeutschland,³⁰⁷ die danach an öffentlicher Aufmerksamkeit rasch verlor. Alle an der Privatisierung der Kaligrube beteiligten Akteure – von der Treuhandanstalt und der Bundesregierung bis hin zur thüringischen Landesregierung und

304 Anlage zum Rundbrief von Birgit Breuel vom 8.8.1991 an alle Treuhandmitarbeiter (»Machen wir wirklich alles richtig?«), BArch Berlin, B 412/9383, unfol.

305 Sprachregelung des THA-Personalvorstands vom 27.5.1991, BArch Berlin, B 412/9384, unfol.

306 Zu den bereits bekannten öffentlichen Debatten Böick: Die Treuhand (wie Anm. 9), S. 459–462; Großbölting: Wiedervereinigungsgesellschaft (wie Anm. 15), S. 403–407.

307 Vgl. dazu Detlev Brunner: Mitbestimmung und Protest. Ostdeutschland in der Transformationsphase der 1990er Jahre, in: Hoffmann/Brunnbauer (Hg.): Transformation als soziale Praxis (wie Anm. 280), S. 93–107, hier S. 101–103.

den Gewerkschaften – waren von der Wucht der öffentlichen Proteste und dem großen medialen Interesse komplett überrascht. Auf ein solches Szenario hatte sich niemand zuvor eingestellt. In der Bundes- und in der thüringischen Landeshauptstadt setzte hektisches Treiben ein, das der Öffentlichkeit nicht verborgen blieb. Die Treuhandanstalt sah sich an den Pranger gestellt, was auch auf die intransparente Verhandlungsführung des zuständigen Vorstandsmitglieds Schucht zurückzuführen war. Dieser strebte eine länderübergreifende Fusionslösung für den Kalibergbau (in Sachsen-Anhalt, Thüringen, Niedersachsen und Hessen) an, der sich zu diesem Zeitpunkt aufgrund weltweiter Überkapazitäten in einer schweren Krise befand. Nachdem die betroffenen Bergleute angekündigt hatten, die von der Schließung betroffene Grube zu besetzen, rechnete Schucht damit, dass sich die Landesregierung mit den Kumpeln solidarisieren würde.³⁰⁸ Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU), der eine einseitige Belastung Thüringens beim Arbeitsplatzabbau befürchtete, konnte sich im Verwaltungsrat der Treuhand mit seinem Vorschlag nicht durchsetzen, die Privatisierungsentscheidung vorerst zu vertagen. Als Einziger stimmte er im Verwaltungsrat gegen die eingereichte Beschlussvorlage, die das Ende für den Kaliabbau in Bischofferode bedeutete.³⁰⁹

An dieser Stelle können nicht alle Ebenen dieses umstrittenen und komplizierten Privatisierungsfalls durchleuchtet werden.³¹⁰ Festzuhalten bleibt: Bischofferode stellt bis heute nicht nur einen hochgradig kontaminierten Erinnerungsort des ostdeutschen Strukturwandels dar, sondern zeigt auch die selektive Wahrnehmung sozioökonomischer Prozesse in der Medienöffentlichkeit. Das öffentlich skandiierte Verdikt »Bischofferode ist überall« scheint bis heute zutreffend und überzeugend zu sein, denn das Werk steht stellvertretend für die Schließung von etwa 4000 Treuhand-

308 Tagebuch Klaus Schucht, Eintrag zum 15.12.1992, BArch Koblenz, N 1585, Bd. 18, Bl. 846.

309 Protokoll der 36. Sitzung des Verwaltungsrats am 23.4.1993, BArch Berlin, B 412/9036, Bl. 335–351, hier Bl. 341. Zum Ablauf der Sitzung Tagebuch Klaus Schucht, Eintrag zum 23.4.1993, BArch Koblenz, N 1585, Bd. 19, Bl. 913 f.

310 Dazu bereitet Christian Rau im Rahmen des IfZ-Treuhandprojekts eine quellen-sättigte Studie vor.

unternehmen. Doch bei näherer Betrachtung fallen einige Unterschiede auf. Um die hochexplosive Stimmung in der thüringischen Kaliregion zu beruhigen, waren die politischen Akteure in Bonn, Berlin und Erfurt bereit, Zugeständnisse bei den Sozialplänen und bei der Regionalförderung zur Ansiedlung neuer Arbeitsplätze zu machen. Darüber hinaus erhielten andere Treuhandunternehmen wie etwa in der Textilindustrie sehr viel weniger Aufmerksamkeit. Diese geraten erst in jüngster Zeit wieder etwas stärker in den Fokus des öffentlichen Interesses.³¹¹

Die Kritik an der Treuhandanstalt riss 1993 nicht ab. Kurz vor dem Hungerstreik in Bischofferode hatten staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, die sich gegen einzelne Mitarbeiter der Ende September 1992 geschlossenen Treuhandniederlassung in Halle richteten, den Verdacht der Korruption erhärtet und damit einen weiteren Skandal ausgelöst. Daraufhin drängte die SPD-Bundestagsfraktion im Juni 1993 auf die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt kritisch unter die Lupe nehmen sollte. Mit den Stimmen der sozialdemokratischen Opposition wurde im Bundestag am 30. September der Treuhand-Untersuchungsausschuss eingesetzt, der einen Monat später seine Arbeit aufnahm. Eile war geboten, denn die Legislaturperiode endete bereits ein Jahr später. Während der Ausschuss Akteneinsicht in einzelne Privatisierungsfälle erhielt, lehnten Vertreter der Treuhandanstalt und der Bundesregierung die Forderung des Ausschussvorsitzenden Otto Schily (SPD) ab, die Protokolle des Verwaltungsrats bereitzustellen. Sie erklärten, dass die Protokolle der Geheimhaltung unterlägen und Teil des »Kernbereich[s] exekutiver Verantwortung« seien.³¹² Der Vorsitzende des Verwaltungsrats, Manfred Lennings, argumentierte wiederum, dass »die Vertreter der Gewerkschaften und die Vertreter der Unternehmensseite, die diesen komplizierten

311 Vgl. das umfangreiche Datenprojekt des MDR, das jedoch nicht alle Treuhandbetriebe erfasst: Warum die Treuhand das Land spaltet, <https://www.treuhand-mythos.de> (Zugriff am 29.9.2021).

312 Protokoll der 44. Verwaltungsratssitzung am 21.1.1994, BArch Berlin, B 412/9037, Bl. 466–491, hier Bl. 481 f.

Meinungsbildungsprozess [im Verwaltungsrat] im Wesentlichen gestaltet haben, ein Anrecht darauf haben, geschützt zu werden.«.³¹³ Ein von der Bundesregierung dazu in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten warf die Frage auf, ob es möglicherweise eine »Versöhnung durch Geheimhaltung« geben könne.³¹⁴ Dahinter stand die Idee, zwischen den beiden konträren Positionen doch noch vermitteln zu können: Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses – so der Vorschlag – sollten Einblick in die Verwaltungratsprotokolle nehmen können und sich gleichzeitig zur Verschwiegenheit in der Öffentlichkeit verpflichten. Das Gutachten verwarf allerdings diese Überlegung, da der Kompromissvorschlag aus Sicht des Gutachters einer juristischen Prüfung nicht standhielt. In der als Frage formulierten These verdichtete sich letztlich die Kommunikationsstrategie der Bundesregierung und der Treuhandanstalt: Denn dahinter stand die Hoffnung, einer Spaltung der Gesellschaft vorzubeugen, indem das Thema unterhalb des Radarschirms der Öffentlichkeit gehalten wurde. Diese Rechnung ging bekanntlich nicht auf.

Zum Aufbau des Bandes

Vor dem Hintergrund aktueller Debatten über unbewältigte ostdeutsche Transformationserfahrungen, die für die Erfolge der AfD verantwortlich gemacht werden, widmet sich der Beitrag von *Christian Rau* den betrieblichen Protesten Anfang der 1990er-Jahre, die bislang vorwiegend als frühe ostdeutsche Reaktionen auf die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt wahrgenommen werden. Jenseits von nachträglichen Erfolgs- oder Verlustnarrativen stellt Rau die Protestaktivitäten ostdeutscher Betriebschaften in den Kontext einer verschränkten und offenen Protest- und

313 Beratungsprotokoll zur 24. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses »Treuhandanstalt« am 3.3.1994, Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags, Bestand 3328, UA 12/2, Bl. 15.

314 Prof. Dr. G. F. Schuppert, Die Rechtsstellung der Treuhandanstalt im Verfahren parlamentarischer Untersuchungsausschüsse. Rechts- und verwaltungswissenschaftliches Gutachten, 24.1.1994, BArch Berlin, B 412/3215, Teil 1, Bl. 225–234, hier Bl. 231 f.

Transformationsgeschichte Deutschlands. Die Proteste werden dabei als Mittel der politischen Kommunikation und Kontaktzonen sowie Projektionsflächen der durch die Wiedervereinigung zutiefst verunsicherten gesamtdeutschen Transformationsgesellschaft in den Blick genommen. Dabei wird deutlich, wie offen sich ostdeutsche Betriebsräte auch für Bündnisse mit radikalen Gruppen zeigten, wie fragil sich ost-westdeutsche Bündnisse aber letztlich gestalteten und an welchen internen Konflikten die Bündnisse scheiterten. Deutlich wird außerdem die besondere Rolle der durch das Ende des real existierenden Sozialismus verunsicherten politischen Linken für die Dynamik der Proteste, aber auch für die behördeninterne Lesart, in der Aktivitäten rechtsextremer Gruppen im Umfeld der Proteste marginalisiert wurden – mit langfristig fatalen Folgen.

Der Treuhandanstalt wurde wiederholt vorgeworfen, dass sie mit ihrer Privatisierungspolitik eine weitreichende Deindustrialisierung Ostdeutschlands verursacht habe. Darüber hinaus wird das immer noch bestehende ökonomische Gefälle zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern mit der Tätigkeit der Behörde in Verbindung gebracht. Dabei gerät die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) – die Nachfolgerin der Ende 1994 aufgelösten Treuhandanstalt – oft aus dem Blick. Die Besonderheiten der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur vor 1989 werden in dem Zusammenhang ebenso wenig berücksichtigt wie die dramatischen Folgen der Währungsunion und der Globalisierungsdruck, der von den internationalen Märkten ausging. *Wolf-Rüdiger Knoll* untersucht den Strukturwandel und die industrielle Entwicklung in Brandenburg zwischen 1970 und 2020. Auf diese Weise können Voraussetzungen, Rahmenbedingungen sowie Folgen der Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt am Beispiel eines ostdeutschen Bundeslandes dargestellt und kontextualisiert werden. Der Beitrag geht auch auf die Versuche der Landesregierung ein, eine eigenständige Struktur- und Wirtschaftspolitik als Reaktion auf die wirtschaftlichen Umbrüche zu betreiben. Darüber hinaus wird anhand einzelner Fallbeispiele die Nachhaltigkeit der Privatisierungsentscheidungen bis in die jüngste Zeit diskutiert.

Keith R. Allen analysiert in seinem Beitrag die konkreten Bestrebungen der politischen Akteure in Deutschland, die ostdeutsche Schiff-

bau- und Stahlindustrie mithilfe von massiv subventionierten Betriebsverkäufen neu zu strukturieren. Dabei wird der vielschichtige Prozess zur Reorganisation einiger weniger Unternehmen, die zu den größten Industriebetrieben Ostdeutschlands gehörten, in eine westeuropäische Perspektive eingebettet. In der staatlichen Subventionierung ostdeutscher Unternehmen lassen sich wie in einem Brennglas die Ziele und Interessen nicht nur der Bundesregierung und Landesregierungen erkennen, sondern auch der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft bzw. ab 1993 der Europäischen Union. Die notwendige grenzüberschreitende Aushandlung der industriellen Zukunft Ostdeutschlands hatte zur Folge, dass die getroffenen Entscheidungen über Unternehmen an der damaligen Ostgrenze der EG den im Entstehen begriffenen europäischen Binnenmarkt direkt betrafen.

Im Mittelpunkt des Beitrags von *Eva Schäffler* stehen Privatisierungskonzepte und -wege aus einer deutsch-tschechischen Perspektive. Dabei liegt der Fokus erstens auf der Wahrnehmung der *anderen* Privatisierung. Es wird folglich danach gefragt, wie viel Aufmerksamkeit dem Privatisierungsprozess im jeweiligen Nachbarland geschenkt wurde – sowohl auf politischer, wissenschaftlicher als auch auf medialer Ebene. Anschließend geht es um die Frage, ob und inwieweit (west- und ost-)deutsche Beobachter und Entscheidungsträger den tschechischen Fall als positives oder negatives Beispiel herangezogen haben und vice versa. Der Beitrag stellt zweitens die in Ostdeutschland nicht realisierte Ausgabe von Anteilscheinen der in Tschechien verwirklichten Kuponprivatisierung gegenüber. Dabei geraten nicht nur die unterschiedlichen Privatisierungskonzepte in den Blick, sondern auch die diskursiven Verhandlungen über die in beiden Ländern eingeschlagenen Wege. Mit Blick auf die Tschechische Republik werden außerdem die Ergebnisse der Kuponprivatisierung und die dabei aufgetretenen Schwierigkeiten erläutert.

Andreas Malycha untersucht umstrittene Personalentscheidungen in der Treuhandanstalt, für die sich insbesondere Detlev Rohwedder und Birgit Breuel öffentlich rechtfertigen mussten. Dies betraf vor allem Personen, die bis 1989 Leitungspositionen in der DDR-Zentralverwaltungswirtschaft oder in SED-Führungsgremien eingenommen hatten und die

von der Treuhandanstalt übernommen wurden. In der Öffentlichkeit kursierte rasch der Vorwurf, die Behörde sei in personeller Hinsicht von ehemaligen SED-Kadern unterwandert. Hinzu kam der Verdacht, in den Treuhandunternehmen seien »alte Seilschaften« aus Ostdeutschland eine unheilige Allianz mit »neuen Seilschaften« aus Westdeutschland eingegangen. Die Untersuchung derartiger Vorwürfe lag im ureigenen Interesse der Treuhandspitze und band personelle Ressourcen, die dem eigentlich notwendigen Controlling der Privatisierungspraxis in den Unternehmensbereichen bzw. der Revision entzogen wurden. Zu Entlassungen von ehemaligen Leitungskadern aus DDR-Ministerien ist es in einem größeren Umfang nicht gekommen. Einzelne Mitarbeiter, die als politisch belastet eingestuft wurden, schieden jedoch bis spätestens Ende 1992 aus der Treuhandanstalt aus oder wechselten in ausgegliederte Tochtergesellschaften. Obwohl interne Ermittlungen einen signifikanten ökonomischen Schaden nicht feststellen konnten, prägten diesbezügliche Vorwürfe noch lange Zeit das Image der Treuhandanstalt.

Abschließend thematisiert *Rainer Karlsch* die juristischen Grenzen der Privatisierungspolitik und geht der Frage nach, wo für die Zeitgenossen legales Handeln endete. Mit seinem Beitrag betritt er wissenschaftliches Neuland, denn die Zeit- und Wirtschaftshistoriker haben sich bisher kaum mit dem Phänomen der Wirtschaftskriminalität beschäftigt.³¹⁵ In der öffentlichen Erinnerung an die Transformation Ostdeutschlands Anfang der 1990er-Jahre spielt dieses Thema aber eine herausragende Rolle. Schon frühzeitig verfestigte sich nämlich der Eindruck, bei vielen Einzelprivatisierungen sei nicht alles mit rechten Dingen zugegangen. Die Vorwürfe reichten von Unterwertverkäufen, Bilanzmanipulationen, Immobilienspekulationen über Begünstigung von dubiosen Investoren, überhöhte Honorare für Liquidatoren bis hin zu Preisabsprachen. Darüber hinaus thematisiert der Beitrag die sogenannte Vereinigungskriminalität, unter die insbesondere die Aktivitäten einzelner DDR-Außenhandels-

315 Eine Ausnahme bildet der Sammelband: Hartmut Berghoff/Cornelia Rauh/Thomas Welskopp (Hg.): *Tatort Unternehmen. Zur Geschichte der Wirtschaftskriminalität im 20. und 21. Jahrhundert*, Berlin 2016.

betriebe sowie der Betrug mit Transferrubel fielen. Die Treuhandanstalt reagierte auf den öffentlichen Druck und richtete ein internes Kontrollgremium (Stabsstelle Besondere Aufgaben) ein, das mit der Aufgabe aber überfordert war. Obwohl nur einzelne Treuhandmitarbeiter wegen Vorteilsnahme oder Bestechlichkeit verurteilt wurden und die nachweisbaren Schäden geringer waren als vielfach vermutet, hatte das öffentliche Ansehen der Treuhandanstalt rasch Schaden genommen. Darüber hinaus vergrößerte sich langfristig die in Ostdeutschland weitverbreitete Skepsis gegenüber dem Rechtsstaat und den staatlichen Institutionen.